



## Stenografischer Bericht

### 99. Sitzung

Freitag, 16. Oktober 2015,

Magdeburg, Landtagsgebäude

#### Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten .....

#### Tagesordnungspunkt 5

- a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „25 Jahre Sachsen-Anhalt: Unser Land auf gutem Weg“**

Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff ..... 8233

- b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

Herr Gallert (DIE LINKE) ..... 8240, 8256  
Frau Budde (SPD) ..... 8245  
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... 8249  
Herr Schröder (CDU) ..... 8250, 8255, 8256  
Frau Lüddemann (GRÜNE) ..... 8254

#### Tagesordnungspunkt 30

Beratung

#### Waldschutz befördern - Pflanzenschutz weiterhin ermöglichen

Antrag Fraktionen CDU und SPD  
- **Drs. 6/4367**

Herr Geisthardt (CDU) ..... 8289, 8294  
Minister Herr Dr. Aeikens ..... 8290  
Herr Czeke (DIE LINKE) ..... 8291  
Herr Barth (SPD) ..... 8292  
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... 8293

Beschluss ..... 8295

#### Tagesordnungspunkt 33

Erste Beratung

#### Das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderteneinrichtungen und

### **Psychiatrien in der DDR aufarbeiten und anerkennen**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/4414**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE  
- **Drs. 6/4475**

|                                |      |
|--------------------------------|------|
| Frau Lüddemann (GRÜNE) .....   | 8282 |
| Minister Herr Bischoff .....   | 8284 |
| Herr Jantos (CDU) .....        | 8286 |
| Frau Hohmann (DIE LINKE) ..... | 8287 |
| Frau Dr. Späthe (SPD) .....    | 8287 |
| Frau Zoschke (DIE LINKE) ..... | 8288 |
| Ausschussüberweisung .....     | 8288 |

### **Tagesordnungspunkt 36**

Beratung

#### **Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 47. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt**

Fragestunde mehrere Abgeordnete  
- **Drs. 6/4468**

Frage 1:  
**Regelungen zur Beflaggung im Land Sachsen-Anhalt**

|                                 |      |
|---------------------------------|------|
| Frau Tiedge (DIE LINKE) .....   | 8273 |
| Minister Herr Stahlknecht ..... | 8273 |

Frage 2:  
**Schiffsgefäße mit geringem Tiefgang**

|                                      |            |
|--------------------------------------|------------|
| Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... | 8273       |
| Minister Herr Webel .....            | 8273, 8274 |
| Herr Czeke (DIE LINKE) .....         | 8274       |
| Herr Hoffmann (DIE LINKE) .....      | 8274       |

Frage 3:  
**Abriss von Mietwohnungen in Quedlinburg**

|                                |            |
|--------------------------------|------------|
| Herr Steppuhn (SPD) .....      | 8274, 8275 |
| Minister Herr Webel .....      | 8274, 8275 |
| Frau Hohmann (DIE LINKE) ..... | 8275       |

Frage 4:  
**Bisher nicht erteilte Zuwendungsbescheide**

|                                    |            |
|------------------------------------|------------|
| Frau Dr. Paschke (DIE LINKE) ..... | 8275, 8276 |
| Minister Herr Bischoff .....       | 8276, 8277 |
| Herr Dr. Thiel (DIE LINKE) .....   | 8277       |

Frage 5:  
**Vorübergehende Erleichterung des Haushaltsausgleichs für die Kommunen in Sachsen-Anhalt**

|                                 |      |
|---------------------------------|------|
| Herr Grünert (DIE LINKE) .....  | 8277 |
| Minister Herr Stahlknecht ..... | 8278 |

Frage 6:  
**Verhandlungen zu Regionalisierungsmitteln**

|                                 |                        |
|---------------------------------|------------------------|
| Herr Hoffmann (DIE LINKE) ..... | 8278, 8279, 8280       |
| Staatsminister Herr Robra ..... | 8278, 8279, 8280, 8281 |
| Herr Hövelmann (SPD) .....      | 8281                   |

### **Tagesordnungspunkt 38**

#### **Aktuelle Debatte**

#### **Verhängnisvolle Kürzungspolitik im Bildungsbereich**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/4473**

|                                      |                  |
|--------------------------------------|------------------|
| Herr Lange (DIE LINKE) .....         | 8258, 8265, 8266 |
| Minister Herr Möllring .....         | 8259             |
| Minister Herr Dorgerloh .....        | 8261, 8263       |
| Herr Gallert (DIE LINKE) .....       | 8262             |
| Herr Thomas (CDU) .....              | 8263, 8265       |
| Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... | 8266             |
| Frau Reinecke (SPD) .....            | 8268             |
| Frau Bull (DIE LINKE) .....          | 8269             |
| Frau Dr. Pähle (SPD) .....           | 8269, 8271       |
| Frau Hohmann (DIE LINKE) .....       | 8271             |

Beginn: 9.02 Uhr.

**Präsident Herr Gürth:**

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Mitglieder des Hohen Hauses! Ich eröffne die 99. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der sechsten Wahlperiode und begrüße alle herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen die 47. Sitzungsperiode fort und beginnen heute die Beratung mit - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Entschuldigung, ich will nicht stören, aber eigentlich haben wir begonnen.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit den Tagesordnungspunkten 5 und 38. Ich darf daran erinnern, dass sich für heute Herr Minister Bullerjahn bis 14 Uhr sowie Frau Ministerin Professor Dr. Kolb ganztägig entschuldigt haben. Heute ist Sitzung des Bundesrates.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5 a:**

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „25 Jahre Sachsen-Anhalt: Unser Land auf gutem Weg“**

Ich erteile nunmehr Herrn Ministerpräsidenten Dr. Haseloff zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

**Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Jahr feiern wir 25 Jahre deutsche Einheit. Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen sind längst Geschichte; nur noch Fragmente erinnern heute an die Mauer. Mit der friedlichen Revolution 1989/1990 haben sich Deutsche zum ersten Mal aus eigener Kraft selbst befreit und die nationale Einheit wieder herbeigeführt. Erst kam die Freiheit, dann die Einheit.

Die friedliche Revolution steht in der guten Tradition deutscher Freiheitsbewegungen, vom Hambacher Fest 1832 bis zum Juni-Aufstand 1953. Sie fand nicht gegen, sondern im Einverständnis mit den Nachbarn in Ost und West statt und sie war gewaltlos. Bis heute prägt diese große Erfolgsgeschichte zu wenig unser Selbst- und Geschichtsbewusstsein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Vierteljahrhundert deutsche Einheit legt auch den Blick frei auf die Entwicklung in Sachsen-Anhalt seit 1990.

In diesem Zeitraum hat sich vieles grundlegend verändert. Die Bilanz fällt erfreulich aus. Sachsen-Anhalt hat seine zweite Chance glücklich genutzt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Lebensstandard und Wirtschaftsleistung in unserem Bundesland haben sich gut entwickelt. Wir haben unter schwierigsten Bedingungen viel erreicht. Das gilt vor allem mit Blick auf den wirtschaftlichen Transformationsprozess. Zu ihm gab es, vor allem wegen des Zusammenbruchs des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, keine Alternative. Seine Umsetzung erwies sich aber als sehr schwierig, komplizierter jedenfalls, als viele damals ahnten.

Nach 1990 hat sich die Wirtschaftsstruktur im Osten Deutschlands nachhaltig verändert. Die neuen Länder standen vor einer wahren Herkulesaufgabe. Besonders herausfordernd war die Ausgangssituation in unserem Bundesland. Sachsen-Anhalt hatte aufgrund der riesigen Industriekombinate im Chemiedreieck Leuna, Halle und Bitterfeld sowie am Maschinenbaustandort Magdeburg unter allen neuen Bundesländern die schwierigsten Startbedingungen. Rund um Magdeburg und im Chemiedreieck gab es die größten Monoindustriestrukturen in der DDR.

Die strukturellen Probleme waren groß und die Wandlung von einer ineffektiven Planwirtschaft zu einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft war eine ganz besondere Herausforderung. Enttäuschungen blieben nicht aus. Wir haben Schrumpfung und Wachstum in vielen Regionen und den Niedergang und den Aufstieg von ganzen Industriezweigen erlebt. Aber wir haben auch gelernt, mit diesem Wandel umzugehen und ihn erfolgreich zu gestalten.

Richtig ist aber auch, während sich für die meisten Bürger der alten Bundesrepublik nach 1989 nichts oder nur wenig veränderte und grundsätzlich alles beim Alten blieb, kam es hier in den Biografien von vielen Bürgerinnen und Bürgern zu einschneidenden Veränderungen und Brüchen, vor allem durch den Verlust des Arbeitsplatzes.

Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf den Alltag und die Sozialbeziehungen bleiben. Der individuelle Arbeitsplatz hatte einen sehr großen Stellenwert. Die Arbeitsstelle war mehr als nur ein Ort produktiver Tätigkeit, sie war vor allem eine vertraute Umgebung und ein Ort sozialer Gemeinschaft. Im Westen dagegen wurde Beruf und Privates strikter getrennt. Im Osten war der Einzelne fest in sein Kollektiv eingebunden.

Das endete für viele Menschen abrupt. Ende 1993 waren nur noch 29 % der im November 1989 Erwerbstätigen ununterbrochen im selben Betrieb tätig. Mehr als die Hälfte hatte, oft mehrfach, an ar-

beitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen. Viele Menschen mussten sich neu orientieren und taten sich oft schwer. Manches wirkt sogar bis heute nach.

Das weiß ich auch aus meinen Bürgersprechstunden und aus vielen persönlichen Begegnungen. Manchen gelang der Neustart sehr gut, andere hatten ihre Schwierigkeiten und manche scheiterten auch. Vor diesen Menschen habe ich höchsten Respekt, weil ich weiß, wie deren Situation war.

Ich selbst habe die schwierigen Anfangsjahre in meinen damaligen Funktionen, erst als stellvertretender Landrat und dann als Arbeitsamtsdirektor in Wittenberg, erlebt und weiß sehr genau, was es bedeutet, sich solchen Herausforderungen zu stellen. Später habe ich als Wirtschaftsminister mit dem Modell Bürgerarbeit versucht, die sozialen Folgen abzufedern. Der Aufbau Ost war jedenfalls kein schlichter Nachbau West; oft musste kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden, deren Mittel und langfristige Auswirkungen kaum abschätzbar waren. Vieles war nicht planbar.

Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz aller Probleme gelang aber der Sprung von Marx zum Markt. Ich möchte einige Beispiele nennen: In den letzten 25 Jahren wurden die Verkehrswege unseres Bundeslandes auf die veränderten Mobilitätsbedürfnisse des Personenverkehrs und auf die Transportbedürfnisse einer modernisierten, international vernetzten Wirtschaft umgestellt. Mehrere tausend Kilometer Schienen, Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen wurden nach 1990 neu oder grundlegend ausgebaut. Hinzu kommen natürliche Wasserstraßen wie die Elbe oder der Mittellandkanal mit dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg. Das Flughafenkreuz Leipzig-Halle entwickelt sich immer mehr zu einem Drehkreuz im internationalen Luftfrachtverkehr. Heute bieten unsere modernen Verkehrsinfrastrukturen für Unternehmen optimale Bedingungen.

Sukzessive wurden die Kombiatsstrukturen im Maschinen- und Anlagenbau sowie der Chemieindustrie aufgelöst. Die Folgen des damit verbundenen Deindustrialisierungsprozesses und enormen Modernisierungsdrucks konnten nach anfänglichen Schwierigkeiten überwunden werden. Heute prägen nicht mehr ineffiziente Staatsunternehmen das Bild; an ihre Stelle sind moderne und wettbewerbsfähige Firmen getreten. Sie haben den Wandel erfolgreich bewältigt, Nischen gefunden und besetzt oder sind sogar als „Hidden Champions“ führend in ihrem Marktsegment. Solche Erfolgsgeschichten sind keine Seltenheit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Viele Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren für eine Ansiedlung in Sachsen-Anhalt oder den Ausbau ihres Standortes entschieden.

Besonders viele von ihnen sind aus dem Ausland zu uns gekommen.

Das Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt hat sich zwischen 1991 und 2013 von 20,2 Milliarden € auf 53 Milliarden € erhöht und damit verzweieinhalbfacht. Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich deutlich entspannt, was mich sehr freut. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich zwischen 2005 und 2014 halbiert. Im Herbst 2014 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt erstmals unter 10 %. Im September 2015 betrug sie 9,7 % und lag damit erneut unterhalb von 10 %.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie dauerhaft unter diese Marke zu drücken, bleibt ein wichtiges Ziel meiner Regierung. Ebenso erfreulich ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zwischen 2010 und 2014 trotz des Personalabbaus im öffentlichen Dienst durchschnittlich um 0,3 % pro Jahr gewachsen ist. Damit verbunden ist eine sukzessive Angleichung der Arbeitsproduktivität an das westdeutsche Niveau. Allerdings ist dieser wirtschaftliche Aufholprozess noch längst nicht abgeschlossen.

Zweifellos hat sich unsere Wirtschaft deutlich stabilisiert. Sie hat an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, auch dank solidarischer Hilfe aus den alten Bundesländern und großzügiger Hilfe der Europäischen Union. Diese erfolgreiche Investitions- und Innovationsförderung wollen wir als Landesregierung fortsetzen. Entscheidend ist vor allem eine Stärkung der Innovationskraft und Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft hat deshalb im November 2014 eine Mittelstandsoffensive „i 3“ - das ist der Dreiklang von Wachstum durch Innovationen, Investitionen und Internationalisierung - gestartet. Die regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2014 bis 2020 soll die Forschungs- und Entwicklungsleistungen aus Hochschulen und wirtschaftsnahen außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch wirksamer in den Dienst der Unternehmen stellen. Die Voraussetzungen dafür sind sehr gut.

Seit Anfang der 90er-Jahre wurde eine Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt angesiedelt: fünf Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, drei Max-Planck-Institute, eine Max-Planck-Forschungsstelle und zwei Fraunhofer-Einrichtungen. Hinzu kommen Standorte von zwei Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft und der Partnerstandort Magdeburg des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Darüber hinaus hat sich unser Bundesland zu einem attraktiven Hochschulstandort, auch für Studentinnen und Studenten aus den westlichen Bundesländern und dem Ausland, entwickelt. Zwei Universitäten, eine Kunsthochschule, vier Fachhochschulen inklusive eines Fachbereichs Verwaltungswissenschaften, zwei kirchliche Hochschulen und eine Fachhochschule Polizei sind in Sachsen-Anhalt ansässig.

Im Ranking des Zentrums für Hochschulentwicklung 2015 belegten die Studiengänge Mathematik und Informatik der Otto-von-Guericke-Universität Spitzenplätze, vor allem bei den exzellenten Studienbedingungen.

Die Martin-Luther-Universität Halle hat zum dritten Mal eine Alexander-von-Humboldt-Professur, den Nobelpreis Deutschlands, eingeworben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens - Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich möchte auch an die Einweihung des neuen Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums vorgestern in Halle erinnern. Das ist übrigens eine der größten Investitionen in diesem Bereich, die wir nach der Wiedervereinigung im Land Sachsen-Anhalt realisiert haben. Die Konzentration der bisher über die Stadt verstreuten Institute bringt für Studierende und Stadt erhebliche positive Veränderungen mit sich. Hier wird ein attraktives Umfeld geschaffen, das die Universität deutlich voranbringt. In der Bernburger Vereinbarung haben sich die Hochschulen und das Land 2013 zudem auf einen vernünftigen Finanzierungskurs geeinigt, den beide Seiten jetzt einhalten.

(Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht)

Trotz unserer Erfolge stehen wir vor großen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen. Die Besetzung offener Stellen ist schwieriger geworden. Bereits heute klagen Unternehmen verschiedener Branchen in Sachsen-Anhalt punktuell über Probleme, geeignete Fachkräfte zu finden.

So ist die Zahl der Schulabgänger in Sachsen-Anhalt seit langer Zeit rückläufig und die Zahl der Auszubildenden hat sich zwischen 1997 und 2003 mehr als halbiert. Das heißt im Umkehrschluss: Mittlerweile kann jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ein betrieblicher Ausbildungsplatz zugesichert werden.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Die Chancen, einen Ausbildungsplatz im Heimatbundesland zu bekommen, waren nie besser als heute. Dies ist sehr erfreulich, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist eine unabding-

bare Voraussetzung für den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.

Zudem ist ein hohes Bildungsniveau eine wichtige Grundlage für eine stabile Demokratie. Die Demokratie ist aber auch komplex. Die Welt wächst zusammen und ist so nicht einfacher geworden. Deshalb ist eine gute Bildung wichtig, denn sie schützt vor den Parolen der schrecklichen Vereinfacher, der Demagogen.

Für eine gute Bildung tun wir sehr viel in Sachsen-Anhalt: von der Sanierung und Modernisierung aller bestandsfähigen Schulen und Kindertagesstätten im Rahmen des Stark-III-Programms über eine im Ländervergleich sehr gute Unterrichtsversorgung - in den letzten Monaten wurden mehr als 500 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt - bis hin zur Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten an öffentlichen Schulen.

Zudem lernen heute immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen. Die gemeinsame Beschulung ist eine von vielen Maßnahmen und Programmen zur Verwirklichung der Inklusion, die mir sehr am Herzen liegt. Beispielhaft möchte ich an das Behindertengleichstellungsgesetz und den Landesaktionsplan erinnern, mit denen aus einem Nebeneinander ein Miteinander wird.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Problem war bisher der Bevölkerungsrückgang. Aufgrund der Zuwanderung könnte sich das sehr grundsätzlich ändern. Positive Signale gab es auch schon in den vergangenen Jahren. Im Jahr 2013 war der Wanderungssaldo nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2014 zogen mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt, als fortgingen. Zwar konnte das Zuzugsplus das Geburtendefizit gegenüber den Sterbefällen nicht ausgleichen, aber der Bevölkerungsrückgang verlangsamte sich deutlich.

In diesem Kontext sind auch unsere Bemühungen um Rückkehrer zu sehen. Die Botschaft ist klar und ich möchte sie von hier aus noch deutlicher unter das Volk bringen: Junge Familien sind in Sachsen-Anhalt herzlich willkommen. Dass auch im Jahr 2025 immer noch mehr als zwei Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt leben, halte ich deshalb für sehr realistisch.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Deshalb müssen wir eine vernünftig geordnete Zuwanderung als Chance begreifen und wahrnehmen. Eine aufrichtige Willkommenskultur zielt auf Offenheit gegenüber Migranten sowie auf Teilhabe und Inklusion ab. Was wir entschlossen bekämp-

fen, ist jede Form von Rassismus und Fremdenhass.

Ich habe mich sehr frühzeitig für einen neuerlichen Antrag auf Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens ausgesprochen. Sachsen-Anhalt hat den am 3. Dezember 2013 vom Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen federführend initiiert und wirkt in der das Verfahren begleitenden Arbeitsgruppe mit.

Rechtsextremistische und menschenverachtende Parolen haben in einer pluralen und offenen Gesellschaft keinen Platz.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich sage hier als Ministerpräsident und als Sachsen-Anhalter mit allem Nachdruck: Lasst uns in einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und Diskriminierung leben. Lasst uns in einer Gesellschaft leben, in der man ohne Angst verschieden sein kann und in der es normal ist, verschieden zu sein.

(Beifall im ganzen Hause)

Sehr geehrte Damen und Herren! Einwanderer - dazu gehören auch bleiberechtigte Flüchtlinge und Asylbewerber - müssen sich in unserem Land wohlfühlen. Zuwanderer sollen aktive Bürger sein, zum Gemeinwohl beitragen und sich zu unserem Grundgesetz wie zu unseren Werten bekennen, nämlich zu den unveräußerlichen Menschenrechten, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie.

Unsere Rechts- und Verfassungsordnung ist unsere normative Grundlage. Alle Menschen, auch die, die bei uns Schutz und Zukunft suchen, müssen sich zu unserem Grundgesetz und den Grundlagen unseres Staates bekennen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Ich habe ein klares Amtsverständnis und verstehe mich als Ministerpräsident für alle Menschen in Sachsen-Anhalt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Niemand soll in der gegenwärtigen Situation alleingelassen werden. Die Sorgen der Menschen nehme ich sehr ernst. Das heißt auch, dass unsere Politik nur dann auf Dauer mitgetragen wird, wenn wir die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land immer wieder motivieren, aber auch nicht überfordern.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Die Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, stellen uns vor eine große Heraus-

forderung. Wir werden unserer solidarischen Verpflichtung für die Erstaufnahme nach dem Königsteiner Schlüssel voll nachkommen. In der jetzigen Größenordnung werden wir jedoch die Menschen nicht auf Dauer und erfolgreich integrieren können; denn eine wirkliche Integration heißt nicht nur Erstunterbringung, sondern heißt auch dauerhafter Wohnraum, heißt Erwerb von Sprachkompetenzen, schließt Kita-Betreuung, schulische Bildung, Berufsausbildung, Arbeit mit eingeschränkten Eingangsvoraussetzungen und vieles mehr ein. Es geht hierbei nicht um das Wünschenswerte, sondern um das Machbare.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Gefordert sind neben Realitätssinn vor allem Phantasie und Mut, um neue Wege zu gehen, wie viele erfolgreiche Projekte in unserem Land bereits zeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Deshalb sage ich den Landräten und Oberbürgermeistern unseres Landes von hier aus Folgendes zu: Wir lassen euch mit den Sorgen und Lasten nicht alleine. Wir werden mit euch in dem neuen Umfeld, das sich nach Verabschiedung des Asylreformgesetzes heute im Bundesrat einstellen wird, die Kostenstrukturen analysieren und die Kommunen von den Kosten der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern angemessen entlasten.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Es wird in Sachsen-Anhalt auch in Zukunft möglich sein, dass Kommunen freiwillige Aufgaben wahrnehmen.

Bei unseren Entscheidungen müssen wir die Menschen mitnehmen. Aus vielen persönlichen Gesprächen in allen Teilen unseres Landes weiß ich, wo der Schuh drückt. Deshalb habe ich entschieden, dass ab sofort im Anschluss an die Kabinettsitzungen unter meiner Leitung ein Kabinettsausschuss tagen wird. Ihm gehören der Minister für Inneres und Sport, der Minister der Finanzen, der Minister für Arbeit und Soziales und der Chef der Staatskanzlei an. Nach Bedarf können weitere Kabinettsmitglieder, insbesondere der Kultusminister und der Minister für Landesentwicklung und Verkehr, sowie Mitarbeiter an den Sitzungen teilnehmen. Anfallende Entscheidungen zu Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten sollen so noch schneller umgesetzt werden.

Natürlich müssen sich auch unser Bundesland und die Gesellschaft auf die Zuwanderer einstellen und ihnen entgegenkommen. Es ist ein Geben und ein Nehmen. Deshalb hat die von mir geführte Lan-

desregierung in jüngster Zeit verschiedene Initiativen beschlossen. Sie reichen von der Landesnetzwerkstelle „Engagierte Nachbarschaft - Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt“ über ehrenamtliche Integrationslotsen bis hin zur Förderung von Engagement, Selbstorganisation und Partizipation.

Mein Dank gilt allen, die sich in diesen Projekten engagieren. Sie zählen zu den 550 000 ehrenamtlich engagierten Menschen in Sachsen-Anhalt und repräsentieren eine ganz starke Seite unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt ist gelebte Solidarität. Es vereinigt Freiwilligkeit und Verantwortung. Ehrenamtliche gestalten unsere Gesellschaft an 365 Tagen im Jahr und in Schaltjahren auch an 366. Sie geben ihr ein menschliches Gesicht, stärken ihren Zusammenhalt und bauen Brücken. Unsere Gesellschaft kann auf ihr Wissen und ihre soziale Kompetenz nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Die Herausforderungen der Zukunft werden wir ohne eine gefestigte Bürgergesellschaft und ohne einen ausgeprägten Gemeinsinn nicht bewältigen.

Sachsen-Anhalt wird sich auch in die gegenwärtig auf Bundesebene laufende Debatte über ein Zuwanderungsgesetz einbringen. Wir müssen Einwanderung gestalten und können von anderen Nationen dabei lernen. Dort bewährte Steuerungsinstrumente sollten sorgfältig geprüft und gegebenenfalls übernommen werden.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU, und von Minister Herrn Stahlknecht)

Durch die Schaffung legaler Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen gesteuerter Einwanderung, wie sie jetzt in den Westbalkanstaaten beginnen wird, könnte auch das hoch beanspruchte Asylsystem entlastet werden.

Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört aber auch die Rückkehr abgelehnter Asylbewerber in ihr Heimatland.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Begrenzen, beschleunigen, zurückführen - auch darum geht es und dafür habe ich mich auf dem Asylgipfel stark gemacht. Die dort Ende September beschlossene Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Albanien, Kosovo und Montenegro und die Beseitigung möglicher Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge waren unumgänglich. Ebenso wichtig ist die Beschleunigung der Verfahren.

Ich bin mir sicher, dass diese Maßnahmen zu einer spürbaren Entlastung der Länder führen werden. Und ich füge hinzu: Europa braucht stabile Außen-

grenzen. Ein unkontrollierter Zustrom gefährdet unsere Werte und die Akzeptanz für andere Kulturen. Zudem müssen wir die Ursachen vor Ort bekämpfen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht und von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Syrien ist das Epizentrum der Fluchtbewegungen. 16 Millionen Menschen haben dort bereits ihre Heimat verlassen oder stehen unmittelbar davor. Für diesen Konflikt und diese Fluchtbewegung kann es nur eine politische Lösung geben, und zwar nicht nur im Rahmen der EU, sondern auf der weit größeren Plattform des Europarates.

Menschen mit einer sicheren Bleibeperspektive wollen wir in Sachsen-Anhalt eine neue Heimat bieten. Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes und tolerantes Land und es hat seinen Menschen sehr viel zu bieten.

Seit dem Jahr 1990 hat sich die Umweltsituation deutlich gebessert. Sachsen-Anhalt hat sich für eine effiziente Altlastenbefreiung optimale Strukturen geschaffen. Zum einen organisatorisch mit der Landesanstalt für Altlastenfreistellung. Zum anderen bilden die vom Bund aus einem Generalvertrag erhaltenen Gelder in Höhe von ca. 1 Milliarde € und das Verwaltungsabkommen zur Finanzierung der Braunkohlesanierung eine solide finanzielle Grundlage.

Heute sieht man in unserem Bundesland kaum mehr etwas von den Umweltsünden der Vergangenheit. Durch den Bau von Kläranlagen, die Umstellung auf Erdgasheizungen und Filteranlagen an den Schornsteinen sind Bitterfeld und Wolfen wieder lebenswerte, grüne Städte mit sauberer Luft.

Bereits im Jahr 2006 schrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“:

„Nach zehn Jahren war der Himmel über Bitterfeld wieder blau und die Luft sauber wie seit Menschengedenken nicht.“

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wer heute die Situation in Sachsen-Anhalt mit der der Jahre 1989 und 1990 vergleicht, erkennt, wie viel sich verändert hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien ist in Sachsen-Anhalt groß, ja überproportional. Das ist auch ein Ergebnis des wirtschaftlichen Wandels.

Nach 1990 kam es zu erheblichen strukturellen Zäsuren. Ganze Industrien - ich sagte es bereits - brachen weg und es kam zu einem massiven Stellenabbau. Damals war der Druck, sich neu zu orientieren und neue Branchen mit guten Zukunftschancen anzusiedeln, groß. Heute zwingen uns

der Klimawandel und seine möglichen Folgen sowie die Energiewende, auf neue Technologien und erneuerbare Energien umzusteigen.

Unser Bundesland ist hierauf gut vorbereitet. Im Energiekonzept 2030 der Landesregierung von Sachsen-Anhalt wurde für den Bereich der erneuerbaren Energien ein ambitioniertes Gesamtziel formuliert. Bis zum Jahr 2030 sollen 26 % des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Das ist ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel. Grundsätzlich sind wir gut aufgestellt.

Im Jahr 2014 waren in Sachsen-Anhalt rund 4,3 GW an Windleistung installiert, verteilt auf über 2 600 Windkraftanlagen. Im gleichen Jahr standen in Sachsen-Anhalt gut 1,8 GW an installierter Photovoltaikleistung zur Verfügung, produziert von fast 25 000 Anlagen. Zudem gab es im letzten Jahr mehr als 400 Biomasseanlagen mit einer installierten Leistung von fast 400 MW.

Zum Ende des Jahres 2014 waren in Sachsen-Anhalt rund 6,6 GW Leistung aus erneuerbaren Energien installiert. In Sachsen-Anhalt ist aufgrund des hohen Ausbaustandes eine rechnerische Vollversorgung mit Strom aus regenerativen Energien bereits für das Jahr 2030 möglich. Unser Bundesland zählt deshalb bundesweit zu den absoluten Vorreitern der Energiewende. Dennoch benötigen wir weiter grundlastfähige konventionelle Kraftwerke.

Deshalb setze ich mich mit meinen Kollegen aus Brandenburg und Sachsen für den Erhalt einer umweltschonenden Braunkohlenutzung ein, übrigens auch für ihre stoffliche Nutzung.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Die Braunkohle ist nicht irgendein Energieträger. Als Brückentechnologie wird sie noch über Jahrzehnte gebraucht. In der Stromerzeugung ist sie in Deutschland mit 25 % führend; ihr Anteil an der Grundlaststromerzeugung beträgt 50 %. Auch vor dem Hintergrund des Atomausstiegs kommt deshalb der Braunkohle für die Versorgungssicherheit eine immense Bedeutung zu.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben heute im Zeitalter der digitalen Revolution und eines rasanten Wandels. Die Digitalisierung war eine der einschneidendsten Veränderungen im ausgehenden 20. Jahrhundert. Unser Wissen wächst exponentiell. Vor 25 Jahren wartete man in Sachsen-Anhalt vor Telefonzellen. Im Jahr 1989 besaßen nur elf von 100 DDR-Bürgern ein Telefon.

Heute kommunizieren wir weltweit per Mobiltelefon, Videochats oder Textnachrichten auf dem Smartphone. Die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen ist mittlerweile einer der wichtigsten Standortfaktoren. Der schnelle Internetzugang gehört zwar noch nicht offiziell zur Daseinsvorsor-

ge, faktisch muss er aber wohl dazu gezählt werden.

Deshalb hat dieses Thema für die Landesregierung höchste Priorität. Ende 2018 wollen wir schnelle Netze überall im Land, in jedem Stadtteil Magdeburgs und Halles ebenso wie in allen Ortsteilen unserer Altmarkgemeinden und im Landkreis Wittenberg genauso wie im Harz, realisiert haben. Für die Realisierung dieses Ziels sind wir finanziell gut aufgestellt.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, an die Vergangenheit anzuknüpfen und neue Wege in die Zukunft zu gehen. Um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, arbeiten wir an einer laufend fortzuschreibenden digitalen Agenda für Sachsen-Anhalt.

Sie wird mit dem nötigen Weitblick die Leitlinien für unsere Digitalpolitik weiterentwickeln. In Zukunft ist sowohl mit steigenden Nutzerzahlen als auch mit einem wachsenden Informationsangebot zu rechnen. Die Bedeutungssteigerung des Internets betrifft uns alle, besonders aber junge Menschen.

Sachsen-Anhalt befürwortet deshalb das Projekt eines neuen Jugendangebots von ARD und ZDF im Internet. Dieses Projekt soll sich konsequent auf die Internetnutzung fokussieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine nachhaltige und generationsgerechte Haushaltspolitik bleibt weiterhin ein vorrangiges Ziel unserer Politik. Die Landesregierung lässt sich dabei leiten von Maß, Dosierung und der Einsicht in die Sparnotwendigkeit. Dabei gehen wir von dem Dreiklang „Konsolidieren, Vorsorgen und Investieren“ aus. Unser Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt 2020. Wir wollen dann in der finanzpolitischen Normalität bestehen, das heißt, auf eigenen Füßen stehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Finanzminister Bullerjahn hat dazu gestern Grundsätzliches gesagt. Den Nachtragshaushalt haben wir beschlossen.

Alles wirkliche Leben ist Begegnung. Aus vielen Gesprächen, die ich geführt habe, weiß ich: Identität gewinnt man nicht nur über die Gegenwart und über die Ziele, die ein Land sich und seinen Menschen setzt. Mindestens genauso wichtig für deren Ausprägung ist die Geschichte.

Denn ohne ein Bekenntnis zur eigenen Geschichte kann es keine gestaltungsfähige Zukunft geben. Jede Zukunft braucht eine Herkunft. In Sachsen-Anhalt haben wir viel Herkunft, die wir für die Zukunftsgestaltung nutzbar machen wollen und können.

(Beifall bei der CDU)

Unser Sachsen-Anhalt zählt zu den interessantesten Geschichts- und Kulturräumen in Deutschland. Das wird von immer mehr Menschen wahrgenommen. So hat unser Bundesland als Medienstandort und Drehort für nationale und internationale Kinofilme stetig an Profil gewonnen. Diese Entwicklung ist auch auf die nachhaltige Förderpolitik zurückzuführen.

Ich erinnere an die aktuelle Landesausstellung „Lucas Cranach der Jüngere“. Sie zeigt den jüngeren Cranach als einen innovativen, den umfassenden Wandel im konfessionellen Zeitalter reflektierenden Künstler, der auch als Stadtkämmerer, Wittenberger Bürgermeister und Unternehmer erfolgreich war.

Natürlich ist diese Landesausstellung ein wichtiger Beitrag zum Reformationsjubiläum 2017 und insbesondere zum diesjährigen Themenjahr „Reformation - Bild und Bibel“.

Nur zwei Jahre später feiert das Bauhaus sein 100-jähriges Bestehen. Die Geschichte des Dessauer Bauhauses ist eng verbunden mit der politischen Kulturgeschichte der ersten deutschen Republik. Es prägte die Klassische Moderne und stellte am radikalsten die Frage nach der Beherrschbarkeit des Modernisierungsprozesses mit den Mitteln der Gestaltung.

Nicht zufällig wählte das Bauhaus nach dem aus politischen Gründen erfolgten Umzug aus Weimar das anhaltische Dessau als Sitz aus. Anhalt galt als liberal und weltoffen. Sachsen-Anhalt als neues und junges Bundesland zu bezeichnen, macht nur Sinn im Hinblick auf seine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland.

Aufgrund der großen Bedeutung Sachsen-Anhalts im Bereich der Kulturpolitik hat die Kulturstiftung des Bundes ihren Sitz in Halle an der Saale gefunden. Das war nur konsequent. Eine weitere nationale Spitzeninstitution, die Nationale Akademie der Wissenschaften, sitzt ebenfalls in Halle - eine hohe Anerkennung für die traditionsreiche Wissenschaftsakademie Leopoldina.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste ist seit jüngstem in der Landeshauptstadt Magdeburg beheimatet. Es kann an die besondere Fachkompetenz anknüpfen, die wir seit vielen Jahren in diesem wichtigen Bereich vorhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben seit 1990 viel erreicht und wir sind auf einem guten Weg. Das macht Mut. Aus dem Trennungsstrich im Namen unseres Bundeslandes ist längst ein Bindestrich geworden. Die Jahre nach 1990 haben gezeigt: Große Probleme lassen sich in gemeinsamer Verantwortung und im gemeinsamen Handeln bewältigen.

Wir bleiben dabei Realisten. Der Wirklichkeitssinn, so hat es Robert Musil formuliert, muss sein Gegenstück im Möglichkeitssinn finden. Fehlt dieser Sinn, kann die Politik leicht in Utopien abgleiten.

Aber wir wollen nicht ins Utopia des Thomas Morus' aufbrechen, sondern in eine gute Zukunft. Es geht um realistische Zukunftsvisionen. Vor uns liegen neue Herausforderungen. Sie pragmatisch anzunehmen und gemeinsam zu lösen ist möglich.

Bei ihrer Bewältigung können uns unsere gemeinsamen Erfahrungen und Erkenntnisse aus 25 Jahren sehr helfen. Ich bin sicher, wir werden auch diese Herausforderungen bewältigen und nicht die Herausforderungen uns. Wir können stolz sein auf unser Land und unseren Staat, denn daraus schöpfen wir die Kraft für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein ausdrücklicher Dank gilt meinen Vorgängern Dr. Gerd Gies, Dr. Werner Münch, Dr. Christoph Bergner, dem im vergangenen Jahr verstorbenen Dr. Reinhard Höppner und Professor Dr. Wolfgang Böhmer. Sie alle haben sich um unser Bundesland verdient gemacht.

Jeder von ihnen hat auf seine je eigene Art und Weise zum Ansehen unseres Bundeslandes Wesentliches beigetragen. Heute hat Sachsen-Anhalt in der Gemeinschaft der 16 Bundesländer ein unverwechselbares und von allen respektiertes Profil. Das ist auch meinen Vorgängern im Amt des Ministerpräsidenten zu verdanken.

Mein Dank gilt aber auch allen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und in der Landesverwaltung und allen, mit denen wir im Parlament und in den Kommunen 25 Jahre eine Erfolgsgeschichte mit-schreiben durften.

Für Sachsen-Anhalt war der 3. Oktober 1990 eine Wiedergeburt. Nach abermals 25 Jahren wollen wir eine der modernsten Regionen Europas, ein Zugpferd unter den deutschen Ländern sein. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, lohnt es sich zu arbeiten! - Herzlichen Dank.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 5 b** auf:

**Aussprache zur Regierungserklärung**

Zunächst spricht der Oppositionsführer des Hohen Hauses, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Gallert.

Zuvor können wir - das will ich schnell noch tun - Seniorinnen und Senioren der Gewerkschaft Eisenbahn und Verkehr aus Halle als Gäste begrüßen. Willkommen im Landtag!

(Beifall im ganzen Hause)

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen unseres Landtages! 25 Jahre Sachsen-Anhalt - das sind 25 Jahre gemeinsames, demokratisches, politisches, soziales, ökonomisches Gestalten in diesem Land mit mehr als zwei Millionen Einwohnern. 25 Jahre, in denen fast jeder, der heute hier in diesem Raum sitzt, auch schon an der einen oder anderen Stelle seine Spuren hinterlassen hat, und dies in einem gemeinsamen demokratischen Prozess.

Das ist der große Unterschied zu der politischen Situation vorher in Sachsen-Anhalt. Das ist der große Gewinn der letzten 25 Jahre: gemeinsames demokratisches Gestalten. Deswegen ist dieser Tag ein Feiertag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es ist auf der anderen Seite aber heute auch schon wieder keine Selbstverständlichkeit mehr, das zu sagen. Denn es gibt inzwischen viele Menschen, die auf der Straße genau diesen demokratischen Grundcharakter unseres politischen Systems infrage stellen. AfD, Pegida, Magida, NPD werfen uns allen längst vor, mitnichten die Interessen derjenigen zu vertreten, die uns gewählt haben oder leider bei der letzten Wahl nicht mehr zur Wahl gegangen sind.

Wenn es heute darum geht, sich für Demokratie einzusetzen, sich dafür einzusetzen, dass dieses politische System ein demokratisches bleibt, dann ist es unser aller gemeinsame Pflicht, sich gegen diese Angriffe zu wehren und die Demokratie zu verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Land Sachsen-Anhalt hatte Höhen und Tiefen. Aber - auch das will ich ganz deutlich sagen - es hat eine wirtschaftliche Entwicklung genommen, die deutlich Fortschritte in den letzten 25 Jahren an den Tag gelegt hat. Eine Infrastruktur, die mit der Situation von 1989 kaum oder gar nicht mehr zu vergleichen ist und wirklich für fast alle Menschen in diesem Land eine reale Verbesserung der Lebenssituation erbracht hat.

Bei aller Kritik, die gerade auch meine Partei natürlich völlig berechtigt äußert, bleibt es, dies festzuhalten. Tun wir es nicht, würden wir die Leistungen der Menschen in diesem Land schmälern. Sie sind nämlich dafür verantwortlich und keine Regierung an sich, auch keiner, der ihnen das geschenkt hat. Wir würden in einen völlig unangebrachten Pessimismus verfallen. Diesen hätte dieses Land nicht verdient. Wir haben die Chance, eine positive Zukunft in diesem Land zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Aber - das ist so -: Vergleichen wir die fünf neuen Bundesländer in ihrer Situation von damals bis heute, muss man klar sagen: Sachsen-Anhalt hat wahrscheinlich den schwierigsten Weg hinter sich.

Ich will mich auf zwei Faktoren beschränken, die dies illustrieren. Das ist zum einen die Geschichte mit der Landesidentität: Sachsen-Anhalt als Land. Dass wir es heute überhaupt haben, war im Vereinigungsprozess bei weitem nicht so eindeutig und klar. Das sahen die Sachsen und die Brandenburger immer anders. Sachsen-Anhalt ist jetzt nichts, was eine tausendjährige Geschichte zurückblickend in dieser Kontinuität hatte.

Wir haben Vorläufer; das wissen wir auch. Aber mal ehrlich: Wie hieß denn dieser Vorläufer? - Preußische Provinz Sachsen. Unter Marketingaspekten ist das wahrscheinlich ein Totalausfall. Die einen wollen keine Preußen, die anderen keine Sachsen und keiner will Provinz sein. Das ist schon einmal eine Geschichte, wo wir historisch nicht unbedingt die stärksten Positionen hatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist bis heute so: Die Menschen - das zeigt sich - sagen bei allen Umfragen: zuerst einmal der Ort, in dem ich wohne, dann die Region, in der ich lebe, dann fühle ich mich als Ostdeutscher, dann auch noch irgendwie als jemand, der in Sachsen-Anhalt wohnt. Na ja, das ist jetzt so; darüber kann man jammern, muss man aber nicht unbedingt.

Ich sage ausdrücklich: Inzwischen haben wir eine andere Situation. Inzwischen ist eine ganze Generation in diesem Land Sachsen-Anhalt groß geworden. Daher gibt es so eine Macht des Faktischen. Man liebt es vielleicht nicht immer und an jeder Stelle, aber auf jeden Fall hat man sich schon einmal daran gewöhnt. Man ist zwar nicht der enthusiastische Vertreter für dieses Land, aber man kriegt zumindest in der letzten Zeit öfter einmal den Spruch zu hören: Woanders ist es auch nicht besser.

Das ist vielleicht nicht Ausdruck eines überzeugenden Selbstbewusstseins. Aber da entwickelt sich langsam etwas und es entwickelt sich auch in den nächsten 25 Jahren. In 50 Jahren wird man wahr-

scheinlich keinen Unterschied mehr hinsichtlich der Landesidentität finden. Daher sage ich: Wir befinden uns mitten in dem Prozess. Es gehört auch Selbstbewusstsein dazu, das nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

In jeder Kritik steckt auch etwas Gutes. Schauen wir uns heute diejenigen an, die sich mit ihrer landsmannschaftlichen Identität brüsten wie die Sachsen, die Thüringer. Ich sage mit aller Deutlichkeit: Vielleicht ist eine zu starke Bezugnahme auf die eigene landsmannschaftliche Identität auch ein Sperrriegel, sich Neuem zu öffnen.

Vielleicht hat Sachsen-Anhalt gerade wegen dieser komplizierten Landesidentität bessere Voraussetzungen, sich Neuem zu öffnen. Auch das ist eine Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber natürlich haben wir - damit kommen wir zu dem zweiten Punkt - die große Schwierigkeit der ökonomischen Entwicklung. Es ist ja so - das wissen alle hier im Raum -, dass der Ministerpräsident, wenn er eine Regierungserklärung hält, diese am Abend vorher den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis gibt.

An der Stelle gab es gestern tatsächlich Heiterkeit in der Geschäftsstelle meiner Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Na so was!)

Sie kamen tatsächlich alle zu mir und haben gesagt: Wulff, wir haben ein Problem. Das, was er zu dem Beginn der Entwicklung Sachsens-Anhalts sagt, ist fast wortgleich mit dem, was du aufgeschrieben hast.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Du hast die Wahrheit aufgeschrieben!)

Daher haben wir die Überlegung gehabt: Ändern wir das jetzt noch? Man ist ja hier Oppositionsführer. - Dann haben wir gesagt: Nein, das ist auch albern. Wir lassen das jetzt so.

Deswegen glaube ich, auch in diesem Land Sachsen-Anhalt bildet sich wahrscheinlich ein bisschen ein gemeinschaftlich-kollektives Geschichtsbewusstsein heraus. Denn es ist natürlich so: Wie in keinem anderen Land waren wir durch die alten RGW-orientierten Kombinate strukturiert und von deren Zusammenbruch, übrigens auch weil die Ostmärkte zusammengebrochen sind, betroffen, also jene, für die sie zum großen Teil produziert haben. Das hat uns in einer Art und Weise zurückgeworfen wie kein anderes ostdeutsches Bundesland. Das war tatsächlich Teil dieser Geschichte.

Man muss dann einmal über die Konsequenzen dessen reden. Die Konsequenzen waren Massenarbeitslosigkeit in den gesamten 90er-Jahren bis Anfang der 2000er-Jahre.

Die Konsequenzen - auch das will ich klar sagen - in dieser Zeit waren, dass die öffentliche Hand an vielen, vielen Stellen viel stärker Reparaturbetrieb gewesen ist, als sie es ohne diese Massenarbeitslosigkeit gewesen wäre.

Ich sage einmal ganz klar: Wir mussten zum Teil mit öffentlichen Geldern in den 90er-Jahren diese Folgen von Massenarbeitslosigkeit auffangen, zum Beispiel indem wir in den Kommunen in den 90er-Jahren wie kein anderes ostdeutsches Bundesland vom Umfang und von der Verwendung her eine Investitionspauschale aufgelegt haben. Das haben wir auch deshalb gemacht, weil wir öffentliche Auftragsvergabe in diesem Land brauchten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese zusätzlichen Aufgaben heute zu einem besonderen Schuldenberg geführt haben. Das ist eine Situation, die etwas mit der Geschichte dieses Landes zu tun hat. Deswegen fand ich es immer falsch, sich diese Schulden gegenseitig um die Ohren zu hauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn alle, auch die CDU, die in den 90er-Jahren im Landtag gesessen hat, wussten, dass es zu dieser Geschichte nicht wirklich eine Alternative gegeben hat.

Aber die ökonomische Entwicklung ist vorangeschritten. Tatsächlich gab es einen großen ökonomischen Sprung im Land Sachsen-Anhalt. Wer sich mit Statistiken auseinandersetzt - das will ich Ihnen heute alles ersparen -, der sieht, dass dieser große Sprung in etwa um die Jahrtausendwende kam; das war relativ einfach. Wir hatten die großen Investitionen im Chemiedreieck, die in dem Augenblick, in dem sie sozusagen ans Netz gingen, tatsächlich neben anderen positiven Entwicklungen, die sich langsam andeuteten und aus dem tiefen Tal der Arbeitslosigkeit herauskamen, wirklich zu einem extremen Produktivitätssprung in dieser Zeit geführt haben.

Im Jahr 2001 war Sachsen-Anhalt das erste Mal in seiner Geschichte das Land in Ostdeutschland mit der höchsten Arbeitsproduktivität. Wir haben das 2002/2003 an Brandenburg verloren. Wir haben, glaube ich, noch heute die zweithöchste Arbeitsproduktivität unter den ostdeutschen Ländern.

Allerdings - auch das will ich sagen -: Dieses Problem bezog sich auf wenige Tausend Arbeitsplätze in hochproduktiven Chemie-Anlagen. Was daneben übrig blieb, war immer noch eine extrem hohe Arbeitslosigkeit bei uns in Sachsen-Anhalt.

Erinnern Sie sich: Im Jahr 2002 war das Motto der CDU die Rote-Laterne-Kampagne: Wir müssen diese Regierung ablösen; in diesem Land passiert nichts mehr, in diesem Land entwickelt sich nichts mehr und besteht eine große Arbeitslosigkeit.

- Das war damals die Aussage. Es war eine erfolgreiche Strategie. Sie hat aber - auch das will ich ganz klar sagen - maßgeblich dazu beigetragen, dass wir in Sachsen-Anhalt heute noch immer Selbstbewusstsein aufbauen müssen, das es woanders ohnehin gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese positive Entwicklung hat sich bis 2004/2005 durchgezogen; das können Sie an den Statistiken sehen. Seitdem haben wir aber ein riesiges Problem. Das sind die einzigen Zahlen, die ich hier heute zur wirtschaftlichen Entwicklung bringen möchte.

Seit dem Jahr 2005 hat sich das Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland um etwa 20 % nach oben entwickelt - real, ohne Inflation -, in allen anderen ostdeutschen Bundesländern fast synchron um eine Spanne zwischen 10 % und 11 % und in Sachsen-Anhalt um 2,5 % seit zehn Jahren. Sachsen-Anhalt ist heute das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das die Wirtschaftskraft des Vorkrisenjahres 2008 noch nicht erreicht hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines erwarte ich von dieser Landesregierung - diese Erwartung ist aber immer enttäuscht worden -, nämlich dass sie zumindest diesen Fakt der Wachstums- und Entwicklungsschwäche überhaupt zur Kenntnis nimmt. Mein zentraler Vorwurf, Herr Haseloff, ist: Auch heute haben Sie es verpasst, diesen Fakt einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen. Der ist die Realität und daran haben Sie heute wieder vorbeigeredet.

(Beifall bei der LINKEN - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Sie müssen den öffentlichen Dienst mit berücksichtigen! Dann kommen Sie darauf!)

- Der öffentliche Dienst ist überall abgebaut worden. Ich kann übrigens den Abbau des öffentlichen Dienstes - das sehen wir heute - nicht als Erfolgsgeschichte definieren. Abbau von öffentlichem Dienst bedeutet unter Umständen auch Abbau von Leistungsfähigkeit, von Perspektive und von Produktivitätsentwicklung, Herr Haseloff.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist wahrscheinlich unser politisches Problem. Ich will auch nicht sagen, dass es sich hierbei um eine Wachstumsschwäche handelt; eigentlich handelt es sich um eine Entwicklungsschwäche. Ich will nicht verkennen, dass es positive Entwicklungen danach gegeben hat.

Natürlich ist die Arbeitslosigkeit - wie überall im Osten - bei uns stark gesunken, in erster Linie wegen der demografischen Entwicklung und des Un-

terschieds zwischen den Menschen, die in den Arbeitsmarkt hineingekommen sind, und den Menschen, die herausgegangen sind.

Das will ich klar sagen: Sachsen-Anhalt war in den letzten 15 Jahren bis 2013 das Land mit dem stärksten negativen Wanderungssaldo. Wir haben bis zum Jahr 2013 noch mehr Menschen im Wanderungssaldo verloren, als zu uns gekommen sind. Alle anderen ostdeutschen Bundesländer hatten dort schon einen positiven Ausgleich. Auch das führte übrigens dazu, dass die Arbeitslosenquote bei uns sank, in etwa so wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Kommen wir einmal zur Analyse dieser Entwicklungsschwäche. Ich sage ganz deutlich: Auch an der Stelle ist viel einfaches Modellgeschehen unterwegs. Wenn ich über eine zehnjährige Entwicklungsschwäche in diesem Land rede, Herr Haseloff, dann sage ich aber an der anderen Stelle: Einfache Antworten sind dafür nicht passend.

Eine einfache Antwort darauf, dass wir es hier mit einem Wirtschaftsminister zu tun haben, der unambitioniert wirkt, ist: Dann mag er Symbol dieses Problems sein; die Ursache ist er definitiv nicht. Zehn Jahre Entwicklungsschwäche können sich so nicht erklären.

(Beifall bei der LINKEN)

Fehlende Konzernzentralen können diese Entwicklungsschwäche auch nicht erklären. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg auch nicht anders. Sie haben dort auch nicht die ganzen Dax-Unternehmen sitzen.

Und: Die vier Jahreszeiten waren schon vor 1989 schlechte Ausreden; wir sollten sie an der Stelle auch nicht für uns heranziehen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das machen wir ja gerade nicht! - Zurufe von der CDU)

Diese Geschichte - deswegen will ich mich tatsächlich nicht in Zahlen verlieren - hat, glaube ich, viel mit Psychologie zu tun. Das primäre Problem, vor dem wir stehen, ist, dass in Sachsen-Anhalt immer noch sehr viele junge Menschen, sehr viele Frauen und sehr viele gut ausgebildete Menschen abwandern, dass sie nicht hier ihre Perspektive sehen, sondern dass sie überlegen, ihre Lebensperspektive, ihre Entwicklung in einem anderen Teil Deutschlands oder Europas zu suchen, was überhaupt nicht schlecht ist. Aber: Viel weniger Menschen kommen zu uns, als in diesem Bereich weggehen.

Wir sind offensichtlich für viele Menschen, die die wirtschaftliche Entwicklung wirklich voranbringen können, als Land inzwischen einfach nicht attraktiv, weil sie nicht glauben, dass sie hier eine Pers-

pektive finden. Das können und müssen wir ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich gibt es dafür Gründe. Die permanente Debatte um Kürzen, um Sparen, um Streichen hat dazu geführt, dass diese Landesregierung maßgeblich die pessimistischen Perspektiven in diesem Land ausgestrahlt hat. Wir mussten schrumpfen, schrumpfen, schrumpfen, der öffentliche Sektor noch schneller als die demografische Entwicklung.

Das ist das Signal, das Menschen irgendwann geglaubt haben. Deswegen sind sie weggegangen, wenn sie eine Alternative haben. Das ist ein Prozess, den wir umkehren können. Dieses Land hat es verdient, nicht mit Pessimismus, sondern mit Optimismus, nicht mit Streichungsdebatten, sondern mit Aufbau regiert zu werden. Darin liegt unsere Alternative, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich das ganz kurz illustrieren. Vor einigen Tagen war in der „Volksstimme“ ein großer Artikel über die Entwicklung der IT-Branche. Diese entwickelt sich bei uns hervorragend. Sie stößt jetzt aber an ihre Grenzen. Die Grenzen bestehen nicht in fehlendem Kapital. Sie bestehen nicht in fehlenden Gewerbeflächen.

Die Leute, die in dieser Branche gebraucht werden, sind weg. Die Aufträge wären da, und die Firmen, die in dieser Branche tätig sind, können die Aufträge jedoch nicht annehmen, weil die Leute inzwischen nach München oder nach Berlin, übrigens dem Hotspot junger Start-up-Unternehmen in der gesamten Bundesrepublik - übrigens ist Berlin deutlich besser als Bayern -, gegangen sind.

Diese Menschen brauchen Optimismus. Diese Menschen brauchen keine Streichungs- und Schließungsdebatten. Diese Menschen brauchen die Ansage, hier kann sich etwas entwickeln, hier wird sich etwas entwickeln. Deswegen brauchen wir eine andere Politik in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will kurz noch auf zwei andere Dingen eingehen, die die Ursachen dieser Entwicklungsschwäche sind.

Das ist zum einen das autoritäre Selbstverständnis der Landesregierung. Schauen wir uns einmal an, wie diese Landesregierung mit den Kommunen umgeht. Ich will nicht die permanente Debatte darüber führen, sie kriegen zu viel oder zu wenig Geld. Kommunen kriegen immer zu wenig Geld.

Aber schauen wir uns einmal an, wie sich die Summe bei den Kommunen entwickelt hat, über die sie frei verfügen konnten, nämlich die FAG-Summe, und die Summen, die in Sonderprogram-

men gespeichert und gebunden gewesen sind, die jeweils ein Minister in Magdeburg ausgibt, nämlich das Verhältnis von FAG-Summe und Stark-Programmen. Dabei haben wir eine ganz eindeutige Entwicklung zu verzeichnen.

Gelder sind aus der allgemeinen Verfügungsmasse der Kommunen herausgenommen worden, um sie in Sonderförderprogramme zu stecken. Über die Sonderförderprogramme wird aber nicht mehr im Gemeinderat und im Kreistag entschieden, sondern am Ministeriumstisch; das ist ein Problem. Das ist autoritäres Politikverständnis dieser Landesregierung; damit muss Schluss sein.

Dazu gehört auch der Umgang mit Protesten, zum Beispiel im Bereich der Hochschulen, im Bereich Kunst und Kultur. Dazu gehört auch ein Prinzip des Durchstellens und des Durchorganisierens statt des Diskurses. Das hat sogar eine CDU-Wirtschaftsministerin in diesem Land erfahren, die meinte, dass man politische Entscheidungen ausdiskutieren müsste und dass sie nicht durchexerziert werden. Sie ist eines Besseren belohnt - belehrt worden.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Belohnt auch!)

- „Belohnt“ kann man inzwischen sagen, aus ihrer eigenen Perspektive, wohl wahr. - Inzwischen kann man aber auch ganz klar sagen: Natürlich war sie diejenige, die die Wirtschaftsförderung wirklich einmal konzentriert auf Innovationen ausrichten wollte. Dafür ist sie nicht geliebt worden, nicht von dieser Landesregierung und auch nicht - das will ich auch ganz klar sagen - von den Wirtschaftsfunktionären in diesem Land. Sie hat diese Linie damals richtig erkannt, die von ihrem Nachfolger aber leider nicht fortgeführt worden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

All diese Probleme lassen sich aber beheben. All diese Probleme sind Ausfluss von Politik und all diese Probleme kann man anpacken. Deswegen, glaube ich, hat dieses Land Sachsen-Anhalt mit seinen Potenzialen sehr wohl eine Zukunft, deswegen hat dieses Land Sachsen-Anhalt mit seinen Potenzialen eine positive Entwicklung in den nächsten 25 Jahren vor sich, wenn wir endlich in der Lage sind, die Stellschrauben zu lösen, die diese Landespolitik festgezogen hat.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Natürlich kann man sich in diesen Tagen über die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt nicht unterhalten, ohne etwas zur Flüchtlingsfrage zu sagen. Ich will einmal ganz klar sagen: Herr Haseloff, wir haben eine ganz klare politische Bruchlinie zwischen uns.

(Herr Schröder, CDU: Richtig!)

Wir brauchen in diesem Land keine Debatten darüber, wie viele Flüchtlinge wir zu wollen meinen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Debatte geht an den Realitäten völlig vorbei.

Ich habe gestern kurz gezuckt, als Frau Feußner für die CDU-Fraktion folgende Formulierung gebraucht hat. Sie hat gesagt, die SPD will ja jedes Jahr 30 000 Flüchtlinge haben. Diese Formulierung hat sie so verwendet. Dazu sage ich: Was für eine Vorstellung! Was für ein Quatsch! Niemand von uns will Leute nach Sachsen-Anhalt locken, die auf ihrer Flucht das schärfste und schlimmste Schicksal erlebt haben, das man sich überhaupt vorstellen kann.

Was wir hier machen, ist die Aufnahme von Menschen, die keine Alternative mehr haben, von Menschen, die ausgebombt sind, vom Tod bedroht sind, die ausgeraubt worden sind, denen von Schleppern das letzte Geld abgenommen worden ist. Diese Menschen kommen zu uns, nicht weil wir das wollen, sondern weil sie ansonsten nur noch die Alternative des langsamen Sterbens haben. Das ist die Alternative, vor der wir stehen. Wir sind nicht diejenigen, die sagen, wir wollen 30 000 oder 40 000 Flüchtlinge. Wir sind diejenigen, die sagen: Wenn Menschen vom Tode bedroht sind, wenn Menschen vom Elend bedroht sind, dann sind wir bereit, sie aufzunehmen und dieses Land gemeinsam mit ihnen zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Natürlich, Herr Haseloff - Sie sind in einem Interview mit der „Volksstimme“ gefragt worden, wie Sie es regeln wollen -, sind wir alle dafür, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Offensichtlich scheint das aber nicht sonderlich erfolgreich zu sein, wenn man überallhin Waffen liefert. Natürlich würden wir gern dafür sorgen, dass das UNHCR in Jordanien und in der Türkei endlich vernünftig unterstützt wird, damit die Leute dort nicht verhungern müssen, weil sie kein Geld mehr haben. Aber die Situation ist offensichtlich so, dass das nicht funktioniert. Und dann reden Sie über Grenzsicherung.

Wissen Sie, ich war mit Frau Quade vor Kurzem in Tunis und in Palermo. Wir haben uns die sogenannte Nordafrikaroute angesehen. Wenn Sie diese Menschen aufhalten wollen, genauso wie die Menschen aus Syrien, dann reicht keine Mauer, kein Stacheldraht.

(Frau Niestädt, SPD: So ist es!)

Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der „Zeit“ schreibt das am 14. Oktober 2015 so:

„Das eben ist die grausame Wahrheit: Wer eine Mauer nicht zur Kontrolle, sondern zur Abschottung errichtet, der braucht zu der

Mauer einen Schießbefehl. Diese Albträumereien zeigen, wo die Angst landet, wenn der Wirklichkeitssinn verloren geht. Gibt man ihr nach, dann wird die ganze Gesellschaft davon vergiftet; denn die Fantasie einer dichten Grenze muss diejenigen, die da abgewehrt werden sollen, umdeuten: von Opfern zu Invasoren, von Mitmenschen zu Feinden. Starke Mauern brauchen eine starke, aggressive Legende.“

Das ist die klare Wahrheit. Und ich sage: Jawohl, das ist die Wahrheit, die vor 1989 gegolten hat, das ist aber auch die Wahrheit, die nach 1989 gilt. Dieser Verantwortung müssen wir uns gemeinsam stellen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN und von Frau Schindler, SPD)

Herr Haseloff, wir wollen diese Alternative nicht, und zwar aus unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung heraus. Herr Haseloff, ich weiß, wovon ich spreche, ich habe selbst an einer solchen Grenze gestanden. Wenn meine politische Entwicklung in den letzten 25 Jahren irgendeine Bedeutung hatte, dann die, dass ich eine solche Grenze nie wieder in meinem Leben politisch legitimieren will.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Situation führt uns dazu, dass wir Aufnahmebereitschaft beweisen können, und diese Situation führt dazu, dass wir Aufnahmebereitschaft beweisen müssen. Ich finde es angstbesetzt und ich finde es falsch zu sagen: Wir sind nicht in der Lage, 30 000 Menschen - das sind etwa 1,3 % der Bevölkerung - zu integrieren. Das wird - das hat Jens Bullerjahn gestern völlig richtig formuliert - die zentrale Herausforderung in der nächsten Legislaturperiode sein. Angesichts dessen heißt es nicht, wie ein ängstliches Kaninchen vor der Schlange zu sitzen, sondern es geht darum, die Dinge anzupacken und hinzukriegen. Das ist ein Weg, den schafft dieses Land! Dafür sind wir stark genug!

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir erleben diese Auseinandersetzung. Wir haben sie vorgestern auf dem Domplatz erlebt und wir erleben Sie täglich. Die Alternative dazu ist Angst, Abschottung, Hass und Gewalt. Wenn wir diese Auseinandersetzung um die Köpfe der Menschen nicht gewinnen, dann wird sich diese Gesellschaft brachial verändern. Dann wird sie sich nicht nur für Flüchtlinge brachial verändern, sondern auch für unsere eigene Wahrnehmung.

Niemand von uns, der heute hier sitzt, kann sich dieser Auseinandersetzung entziehen. Jeder ist gefragt: Auf welche Seite stellst du dich? Auf die von Weltoffenheit, Solidarität, Internationalität und

Zukunft oder auf die von Angst, Gewalt und Hass? - Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind bereit, diese Auseinandersetzung um die Köpfe der Menschen zu führen, und wir glauben, wir können sie gewinnen. - Danke.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön. - Nach der Erwidern des Oppositionsführers spricht nun die Vorsitzende der SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Budde.

#### **Frau Budde (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land Sachsen-Anhalt, das mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 neu erstand, hat am 14. Oktober 1990, also vorgestern vor 25 Jahren, seinen ersten neuen Landtag gewählt. Dieser Landtag hat in 25 Jahren viele Gesichter gehabt und er wurde durch sehr viele Gesichter repräsentiert.

Wenn ich in die Runde blicke, dann sehe ich nicht mehr ganz so viele Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Jahr 1990 in das Parlament gewählt worden sind. In meiner Fraktion sind die Abgeordneten der ersten Stunde Finanzminister Bullerjahn, Thomas Felke und Tilmann Tögel. Das sind bei der CDU Detlef Gürth, der Landtagspräsident, und Jürgen Scharf. Und das ist bei der LINKEN, wenn ich das richtig sehe, Hans-Jörg Krause.

Ich selbst war damals jüngste Abgeordnete des neuen Landtages, Schriftführerin bei der Konstituierung des Landtags in Dessau, 25 Jahre jung, hatte also, von heute aus betrachtet, die Hälfte meines jetzigen Lebens hinter mir.

(Herr Güssau, CDU: Nicht verraten!)

Ich habe ganz bestimmt nicht den Ehrgeiz, auch noch Alterspräsidentin dieses Landtags zu werden.

(Herr Güssau, CDU: Abwarten! - Herr Gallert, DIE LINKE: Zum 50. Jahrestag!)

Im Moment, finde ich, gibt es noch einiges zu tun.

„Sachsen-Anhalt auf gutem Weg“ - so hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung überschrieben. Das werden ganz sicher - das stimmt auch - ganz viele zu Recht teilen, aber nicht jede und nicht jeder in unserem Land wird das unterschreiben.

Blickt man auf die Geschichte, ist jedenfalls eines sicher: Es war ein harter Weg, auf den sich Sachsen-Anhalt im Jahr 1990 gemacht hat, vor allem ein Weg mit ganz vielen Starthindernissen. Von den Stadthindernissen konnten wir, die damals da-

bei waren, nur einige erahnen. Dass es drei Ministerpräsidenten geben würde, gleich in der ersten Legislaturperiode des Landes, ahnten wir zum Beispiel nicht. Dass es ein schwieriger wirtschaftlicher Strukturwandel werden würde, das konnten wir erahnen, aber sich vorstellen, was das wirklich heißt, das konnte damals niemand.

Kein Teil der ehemaligen DDR musste die Strukturbrüche mit solcher Härte durchleben wie Sachsen-Anhalt. Kein Land war so abhängig von so starken industriellen Prägungen, von regional bestimmenden Großkombinaten. In keinem Land schlugen deshalb Betriebsschließungen und Massenentlassungen mit all ihren Auswirkungen auf die Familien der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in solchem Umfang zu Buche wie in Sachsen-Anhalt.

Im Vergleich zu diesen harten ökonomischen Fakten war es das deutlich geringere Problem, dass Sachsen-Anhalt - ein Bindestrichland - ein Land mit nur kurzer gemeinsamer Geschichte und ohne gewachsene Identität war. Wie es Professor Böhrmer bei seiner Ehrung am Mittwoch ausdrückte: Als die neuen Länder entstanden, waren die Sachsen schon lange Sachsen, die Thüringer schon lange Thüringer, die Mecklenburger schon Mecklenburger und die Brandenburger wären sowieso am liebsten wieder Preußen geworden, aber Brandenburg war auch ganz schön - nur die Sachsen-Anhalter haderten mit ihrer Landesidentität.

Gleichwohl hat sich das Land in den letzten 25 Jahren gut gefunden und es steht nicht zur Disposition. Mein Kollege Bernward Rothe hatte mit einem verschmitzten Lächeln am Dienstag angeboten, er würde den Redebeitrag heute übernehmen.

(Heiterkeit)

Ich habe dankend abgelehnt. Ich möchte das Land, mein Land Sachsen-Anhalt, nicht an ein anderes Bundesland anschließen. Ich möchte mehr aus ihm machen, als es jetzt schon ist.

(Beifall bei der SPD)

Die harten Einbrüche in der Industrie, die hohen Arbeitslosenzahlen, die großen Strukturprobleme in den Regionen des Landes sorgten aber auch - erinnern wir uns - für Kreativität, für das Freisetzen von Kreativität für neue Ideen. Wir waren die Ersten, die neue Ideen umsetzten, die später ein Vorbild für ganz viele Regionen waren.

Mit Klaus Schucht als Wirtschaftsminister haben wir aus den großen, in der bisherigen Struktur längst nicht mehr wettbewerbsfähigen und ökologisch katastrophalen Chemiekombinaten hochmoderne und saubere Chemieparke gemacht, die am Weltmarkt agieren und auf deren Flächen sich moderne Unternehmen befinden.

Wir in Sachsen-Anhalt haben es auch geschafft, die historisch gewachsene Maschinenbaukompetenz zu nutzen, um ein hochleistungsfähiges Netz an Automobilzulieferern aufzubauen - beides keineswegs Branchen, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch Niedriglohnpolitik oder durch das Unterlaufen von Tarifverträgen erreicht hätten; im Gegenteil: Hier gelten schon seit Langem gute Löhne und gute Bedingungen.

Und Sachsen-Anhalt ist ganz vorn gewesen, Vorreiter bei erneuerbaren Energien, nicht nur bei der Stromerzeugung, sondern, trotz der bekannten Rückschläge, insbesondere auch beim Anlagenbau, in der Nahrungsgüterindustrie, im Bergbau, bei Glaswerken oder in der Holzverarbeitung. All das sind gute Ansätze, um die Unternehmensdichte weiter zu erhöhen; denn daran fehlt es in Sachsen-Anhalt noch.

Wir sind in den 90er-Jahren mutige Wege gegangen, von denen wir keineswegs wussten, ob sie Erfolg haben würden. Warum, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir das nicht wieder? - Das Gleiche zu tun, was auch andere tun, das wird langfristig nicht reichen. In der Forschung, bei der Gestaltung der Infrastruktur, in der Bildung oder in der Ansiedlungspolitik brauchen wir Ideen, die unser Land positiv aus dem Konzert der Bundesländer in der Bundesrepublik herausheben.

Ich finde, das Jubiläum „25 Jahre Sachsen-Anhalt“ ist auch ein Grund, sich einmal eine Runde positiver Spekulationen zu erlauben. Wie werden wohl die nächsten 25 Jahre verlaufen? Wie mag im Oktober 2040 zum Jubiläum „50 Jahre Sachsen-Anhalt“ der Rückblick ausfallen? - Wir wissen es natürlich nicht, aber wir könnten uns Ereignisse vorstellen, an die wir uns gern erinnern würden, Ereignisse, die heute selbstverständlich fiktiv sind, die es aber nicht bleiben müssen.

Ja, Herr Ministerpräsident, man muss ganz sicher wissen, woher man kommt. Man muss aber auch wissen, wohin man will. Ich nenne Ihnen ein paar fiktive Beispiele: September 2022 - Sachsen-Anhalt startet zum ersten Mal in ein Schuljahr mit flächendeckendem Ganztagsunterricht.

(Beifall bei der SPD)

Von der Kita über die Grundschule, die Sekundarschule und das Gymnasium bis zur Berufsausbildung und zum Studium haben wir es geschafft, Zweisprachigkeit anzubieten, und das nicht nur als Reaktion auf die zu integrierenden Flüchtlingskinder mit ihrem Sprachengewirr, sondern weil es eine Anforderung der Wirtschaft ist, die sagt: Wir brauchen zweisprachige Schulabgängerinnen und Schulabgänger, egal ob aus der 10. oder der 12. Klasse.

(Beifall bei der SPD)

Bevor ich den nächsten Punkt nenne, muss ich Ihnen sagen, dass dieser schon vor Mittwoch in meiner Rede stand.

Oktober 2023: Die Landeshauptstadt Magdeburg schließt eine Städtepartnerschaft mit dem syrischen Aleppo ab, einer Stadt im Wiederaufbau, aber befreit von Krieg und Diktatur. Wer einmal in Dubrovnik war, weiß, was ich meine: Diese Stadt war zerstört, es lebte niemand mehr dort. Heute ist sie eine blühende kleine Metropole in Kroatien. Aleppo, eine Stadt im Wiederaufbau, befreit von Krieg und Diktatur. Grundlage der Partnerschaft sind nicht zuletzt die zahlreichen familiären Bande zwischen Deutschland und Syrien.

Januar 2024: Sachsen-Anhalt verzeichnet im zehnten Jahr in Folge einen Wanderungsgewinn

(Beifall bei der SPD)

- das könnte ich sogar noch erleben -, weil anhaltend mehr Menschen zuziehen als wegziehen. Verstärkt wird das durch die positive Entwicklung weiterhin steigender Geburtenraten.

Sommer 2024: Wir holen fünf Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

2030: Im Vorjahr wurden aus Sachsen-Anhalt erstmals mehr Patente angemeldet als aus Stuttgart. Möglich macht das eine aktive Gründerszene, die von einer vorbildlichen innovativen Förderstrategie des Landes profitiert.

Das wären doch gute Nachrichten aus der Zukunft, die mir schon heute gefallen würden.

(Beifall bei der SPD)

Das können aber nur Nachrichten werden, wenn wir uns schon heute überlegen, wie wir sie möglich machen wollen. In möchte nicht in die Glaskugel schauen. Ich bin Realpolitikerin, Wirtschaftspolitikerin, da schaut man nicht in Glaskugeln. Ich möchte auch nicht „Wünsch dir was“ spielen. Aber wenn ich mir wirklich etwas wünschen dürfte, dann, dass wir uns an den Elan und an die visionäre Kraft erinnern, die in den 90er-Jahren bei allen Problemen unser Handeln bestimmt haben. Unser Land kann ganz sicher mehr als früh aufstehen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich finde, dass das Land Sachsen-Anhalt eine gesunde Mischung braucht: einerseits neue ehrgeizige Zielstellungen für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, andererseits ein professionelles Management, das die Weichen dafür stellt, dass diese Ziele auch erreicht werden können. Die Voraussetzung dafür ist eine ehrliche Bestandsaufnahme - ehrlich, ohne die Aufgaben, die vor uns liegen, zu überhöhen und ohne zu beklagen, dass es noch viel Arbeit gibt.

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen wirklich aus tiefstem Herzen bei sehr vielem, was Sie gesagt haben, zustimmen.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Dennoch müssen wir uns, wenn wir die richtigen Strategien für die Zukunft entwickeln wollen, auch Fragen stellen, vielleicht auch nur leise. Können wir wirklich sagen, dass Sachsen-Anhalt auf einem guten Weg ist, wenn wir für ein ganzes Halbjahr und länger Nullwachstum zu verzeichnen haben? Sind wir auf einem guten Weg, wenn ganze Branchen von der Tarifbindung weitgehend abgekoppelt sind,

(Zustimmung bei der LINKEN)

wenn prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit sich breitgemacht haben?

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sind wir auf einem guten Weg, wenn junge Menschen nach einer sehr guten Ausbildung in Sachsen-Anhalt noch immer den gut bezahlten Arbeitsplatz in Bayern oder in Hamburg annehmen? Sind wir auf einem guten Weg, wenn uns Forschungsinstitute und Wirtschaftsverbände unisono einen hohen Fachkräftemangel prophezeien? Sind wir auf einem guten Weg, wenn es an Straßen und Brücken in Sachsen-Anhalt einen hohen Investitionsstau gibt, die A 14 nach Norden noch nicht fertiggestellt ist und die A 143 bei Halle noch gar keine Perspektive hat?

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ja, es gibt unterschiedliche Meinungen dazu, klar. Das kommt dann auch, meine lieben Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das ist so. Deshalb sind wir in unterschiedlichen Parteien und Fraktionen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank - Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

- Sie hätten schon beim Bergbau nicht klatschen dürfen.

Sind wir schon auf einem guten Weg für die Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt? Haben wir schon die Lösung gefunden, um gleichwertige Lebensbedingungen auch in Gegenden mit dünner Besiedlung zu garantieren?

Das sind Fragen, die sich sicherlich auch andere Regionen in der Bundesrepublik stellen. Ja, ich finde, Ehrlichkeit muss zum Geschäft gehören. Realitätssinn und Zuversicht umschreiben, glaube ich, richtig, wie wir handeln müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, die genannten Fragen umreißen schon, dass den nicht zu bestreitenden Erfolgen der letzten 25 Jahre - auf die wir zu Recht stolz sind und

von denen wir erzählen müssen, um unser Land nicht, wie es Professor Böhmer sagte, dem Selbstmitleid zu überlassen - aber auch große Baustellen und Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft gegenüberstehen.

Ich möchte auf die größte Baustelle der Gegenwart eingehen. Gestern ist im Zuge der Debatte zum Nachtragshaushalt überwiegend sehr verantwortungsvoll, wie ich finde, mit dem Thema Flüchtlinge umgegangen und diskutiert worden. Was uns unterscheidet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist nicht die abstrakte Frage, ob Flüchtlingsbewegungen begrenzt werden müssen. Natürlich kann keine Gesellschaft einen unbegrenzten Flüchtlingszuzug verkraften. Aber das Land Sachsen-Anhalt hat kein Machtmittel in der Hand, um darauf Einfluss zu nehmen. Das wissen wir alle.

Uns unterscheidet, dass uns das Hier und Jetzt Kopfzerbrechen bereitet und Ihnen die Zukunft. Realitätssinn und Zuversicht sind hierbei nötig, gerade hierbei. Die Anerkennung der Realität widerspricht nicht der Notwendigkeit, diesen Prozess zu gestalten. Das heißt selbstverständlich - jeder hier im Raum wird das unterschreiben -, klare Regeln aufzustellen.

(Beifall bei der SPD - Herr Borgwardt, CDU: Das wollen wir doch!)

Für mich gehören dazu die Akzeptanz von Religions- und Meinungsfreiheit,

(Zustimmung bei der SPD)

die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Integration in unsere Arbeitsgesellschaft - denn das sind wir - und die deutsche Sprache und Kultur.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Für uns, die wir offen sind für gesellschaftliche Integration, heißt das aber auch: Wir müssen Bedenken, Sorgen, Ängste ernst nehmen und anerkennen. Unser Land erwartet jetzt 40 000 Flüchtlinge, lese ich heute in der Zeitung. Ich stelle einmal die Frage: Wäre es nicht besser gewesen, das ehrlich zu sagen?

79 % der jetzt Ankommenden sind Syrer, 90 % haben eine Bleibeperspektive. Ich nenne nur die Zahlen; überlegen Sie selbst, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Ich habe in den letzten Tagen gelernt, dass es, egal wie vorsichtig ich mich dabei ausdrücke, immer so geschrieben wird, wie es gerade ins Bild passt. Deshalb gebe ich Ihnen nur die Fragen mit. Mag jeder selbst überlegen, welche Herausforderungen das an uns stellt und welche Konsequenzen das hat.

(Beifall bei der SPD)

Gegenwärtig sehen wir, dass die Unterbringung, sowohl die Erstaufnahme durch das Land als auch

die kommunale Unterbringung, noch nicht in geordneten Bahnen verläuft und dass sich ständig neue Probleme auftun. Wir alle wissen das von unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und wir wissen es auch selbst.

Es ist gut, dass wir bei der Lösung dieser akuten Probleme an einem Strang ziehen. Wir wollen das weiterhin tun, und zwar auch bei der Frage der Erstattung der Kosten für die Kommunen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Herr Ministerpräsident, wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich versuchen, alle Fraktionen mitzunehmen. Ich glaube, dass das eine Aufgabe ist, die alle Demokraten zusammen stemmen müssen, bei der alle Demokraten zusammenstehen müssen und bei der jeder Hinweis und jede Idee wichtig sind. Vielleicht überlegen wir einmal gemeinsam, wie nicht nur das Kabinett gemeinsam an diese Aufgabe herangeht, sondern - -

(Zuruf von Ministerpräsident Herrn Dr. Haseloff)

- Der Flüchtlingsgipfel wird dafür nicht ausreichen; es reicht nicht, sich alle acht Wochen allgemein zusammzusetzen. - Ich meine das ernst: Lassen Sie uns einfach einmal überlegen, wie wir die Fraktionen so einbeziehen können, damit wir uns mit diesem Thema nicht in der Öffentlichkeit auseinandersetzen müssen, sondern gemeinsam geordnete, kluge Wege finden, wie wir die Situation hier bewältigen. Ich glaube, dass alle Fraktionen in diesem Landtag dazu bereit sind.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Realistisch und zuversichtlich zu sein, heißt aber auch: Ein Land, das einen Verlust von einer Million Menschen in 25 Jahren verkraften muss, wird auch Zuzug brauchen. Den Zuzug von einigen Tausend Menschen verkraften wir, wenn wir es klug machen und wenn die Regeln klar sind.

Heute beschäftigen uns die so nicht erwarteten Flüchtlingsströme. Wir müssen doch zugeben, dass wir alle von dieser Massivität überrascht worden sind. Vorsorge oder eine geordnete Aufnahme sind nicht die Realität. Daraus entstehen die Spannungen. Das verursacht die Probleme. Deshalb müssen wir parallel schon heute daran arbeiten, dass ein geordneter Zuzug möglich ist - schnell. Dafür brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz in der Bundesrepublik, und zwar eines, das den Übergang vom Flüchtlingsstatus oder vom Asylstatus in den Zuwanderungsstatus ermöglicht.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Wir brauchen ferner eine internationale Politik, die Flucht unnötig macht.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

In Ihrem Dreiklang zur Flüchtlingspolitik aus Begrenzen, Beschleunigen, Zurückführen fehlen mir die Menschen. Es geht um die Menschen, die hier sind und hier bleiben werden. Mir fehlt auch der Mehrwert für unser Land, der Gewinn, auch wenn sich angesichts der hohen Kostenlast, die wir momentan haben, nicht alle diesen Gewinn vorstellen können.

(Herr Borgwardt, CDU: Das stimmt!)

Es gehört auch viel Fantasie dazu, das stimmt. Wenn wir uns aber nur darauf beschränken, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, und ansonsten zuschauen, dass sie nach abgeschlossenem Verfahren nach Westdeutschland weiterziehen, dann bleiben uns nur die Kosten und die anderen haben den Bevölkerungsgewinn. Lassen Sie uns darüber einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Deshalb könnte unser gemeinsamer Dreiklang in der Flüchtlingspolitik sein: anständig ankommen lassen und aufnehmen, schnell entscheiden, aber auch zurückschicken. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt: 79 % und 90 % - das ist nicht mehr das Problem des Tages, das sind noch Notwendigkeiten aus der Vergangenheit. Heute sind die Ankommen andere. Ich wiederhole: anständig aufnehmen, schnell entscheiden, bewusst integrieren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Herbst, GRÜNE)

All das, meine Damen und Herren, ohne zu vergessen, dass es Aufgaben neben der Flüchtlingspolitik gibt, die noch bis vor acht Wochen unsere alltäglichen Aufgaben waren: Entwicklung unseres Landes als Wirtschaftsstandort, bessere Löhne und Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger, ohne dabei zu vergessen, dass es Aufgaben gibt, die ohnehin anstehen: die Lehrerversorgung, der Kita-Ausbau, die Nachwuchsgewinnung bei der Polizei, die Stärkung des Kulturlandes Sachsen-Anhalt, der Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Entwicklung unserer ländlichen Räume und die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt als Hochschulstandort.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich möchte den Dank am Ende der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten an die bisherigen Ministerpräsidenten unseres Landes aufnehmen. Sie alle haben Verdienste um das Land er-

rungen, jeder mit seinem eigenen Politikstil und seinen eigenen Schwerpunkten.

Nach 25 Jahren erleben wir wieder eine Welt im Umbruch mit Anforderungen an uns als Gesellschaft, die es in diesem Ausmaß noch nie gab. Es gab jedenfalls über ganz viele Jahrzehnte nicht die Situation, dass in dieser Massivität die verfehlte internationale Politik in Form von Flüchtlingsströmen in unser kuschliges Europa kommt. Für Sachsen-Anhalt heißt es in dieser Situation, mit Zuversicht und Realismus in die Zukunft zu gehen, Herausforderungen anzunehmen, Ziele abzustecken und Weichen zu stellen. Mit weniger, meine Damen und Herren, sollten wir uns nicht zufriedengeben.

(Starker Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN, von Herrn Schröder, CDU, von Frau Brakebusch, CDU, und von Herrn Herbst, GRÜNE)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Kollegin Budde. - Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Professor Dr. Dalbert.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Sachsen-Anhalt hat in 25 Jahren viel erreicht. Es ist ein Land, das sich sehen lassen kann, ein erfolgreiches Land, ein lebenswertes Land, ein Land mit selbstbewussten Menschen, mit Menschen, die gelernt haben, unter schwierigen Bedingungen gute Ergebnisse zu erzielen, mit Menschen, die sich nichts gefallen lassen, die auf die Straßen gehen, wenn ihnen die Politik dieser Landesregierung nicht passt, ob es die Theaterleute sind, ob es die Lehrerinnen und Lehrer sind oder ob es die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind, die mit den Feuerwehrautos vor dem Landtag protestieren.

Sachsen-Anhalt ist in diesem Sinne auf einem guten Weg. Aber ist Sachsen-Anhalt wirklich auf einem guten Weg? - Dazu sage ich Ihnen: In den letzten vier Jahren ist Sachsen-Anhalt ganz sicher nicht auf einem guten Weg.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Beginnen wir mit der wirtschaftlichen Situation, weil diese entscheidend ist für die Lage des Landes. Herr Ministerpräsident, ich bin doch sehr verwundert darüber, dass Sie hier Zahlen als Erfolg verkaufen wollen, die doch genau der Beleg des Gegenteils sind. Sie haben das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes angeführt. Genau bei diesem Punkt teilen wir uns mit Mecklenburg-Vorpommern die Rote Laterne. Alle anderen ostdeutschen Länder sind besser als wir. Auch das gehört zur Wahrheit.

Auch beim verfügbaren Einkommen pro Einwohner oder beim Vermögen öffentlicher Hand pro Einwohner bilden wir das Schlusslicht aller 16 Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Pro Arbeitsplatz, nicht pro Einwohner!)

Sie haben in einem Punkt Recht: Wenn man guckt, wie man die Wirtschaft vorantreiben kann, dann sind Forschung und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wichtig. Mittlerweile haben wir sogar 15 außeruniversitäre Forschungsinstitute, die in ihrer Kooperation mit der Wirtschaft im Land ein starkes Pfund für die wirtschaftliche Entwicklung darstellen. Aber auch dazu muss ich Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident: Eine Landesregierung, die die Hochschulen als Spartopf für den Landeshaushalt missbraucht, gefährdet diesen Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Wirtschaftsentwicklung ist die Internationalisierung. Wenn Sie sich die Außenhandelsbilanz anschauen, Herr Ministerpräsident, dann sehen Sie einen klaren Beleg für das Versagen dieser Landesregierung. Seit 2010 ist die Außenhandelsbilanz um 270 % geschrumpft. Seit 2011, seitdem diese Landesregierung Verantwortung übernommen hat, importieren wir mehr, als wir exportieren. Es wäre eine Aufgabe erfolgreicher Wirtschaftspolitik, unserer kleinteiligen Wirtschaftsstruktur bei der Internationalisierung und bei der Erschließung neuer Märkte unter die Arme zu greifen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Natürlich braucht es für eine gute wirtschaftliche Entwicklung Weltoffenheit. Damit kommen wir zu dem Thema, das uns alle zunehmend mehr beschäftigt und in den letzten Tagen auch in diesem Hohen Haus sehr beschäftigt hat: der Umgang mit den Menschen, die zu uns nach Sachsen-Anhalt kommen und hier Zuflucht suchen.

Ich sage Ihnen für meine Fraktion ganz klar: Das Asylrecht ist nicht infrage zu stellen. Jedem, der das Asylrecht infrage stellt oder das Asylrecht mit Obergrenzen versehen will, empfehle ich den Blick in das Geschichtsbuch. Es hat einen guten Grund in unserer deutschen Geschichte, dass das Asylrecht im Grundgesetz steht. Diesem sollten wir uns verpflichtet fühlen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Natürlich wird auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jede Aktivität unterstützen, die es den Menschen erlaubt, in ihrer Heimat zu bleiben, die dazu bei-

trägt, dass Kriege beendet werden, die dazu beiträgt, dass sich Staaten wieder vernünftig organisieren können, die dazu beiträgt, dass Diskriminierung in der Welt aufhört, die dazu beiträgt, dass Menschen zuhause wirtschaftlichen Erfolg haben können. All das werden wir gerne und tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber solange das nicht erfolgreich ist, ist es mehr als menschlich verständlich, dass die Menschen zu uns kommen und hier bei uns Zuflucht suchen. Jede Debatte über eine Obergrenze und über die Grenze der Belastbarkeit ist eine Phantomdebatte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Sie ist auch eine Phantomdebatte in diesem Land, in einem Land mit einer Infrastruktur für eine Million Menschen mehr, in einem Land mit einem Wohnungsleerstand von 12 %. Das ist eine Phantomdebatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten die Integrationsbereitschaft der Menschen bei uns im Land nicht kleinreden. Im Ergebnis einer Umfrage vor drei Wochen hat sich gezeigt, dass sich 80 % der Menschen für die Gewalt gegen Ausländer und gegen Flüchtlinge schämen. In dieser Umfrage hat jeder Zweite gesagt, er möchte helfen. Deswegen finde ich es ein falsches Bild, davon zu sprechen, dass wir ein geteiltes Land sind. Wir sind noch kein geteiltes Land. Noch sind die Menschen bereit, zu helfen. Noch sind sie sehr bereit, sich den Problemen zu stellen und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, die Hand zu reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Herrn Thomas, CDU)

Es ist unsere Aufgabe, dass das so bleibt, dass wir die Strukturen schaffen, mit denen die Menschen tatsächlich helfen können. Wenn jeder, der helfen will, einem Flüchtling die Hand reicht, dann kriegen wir die Integration auch hin.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass jeder Zweite Angst hat. Diese Angst müssen wir auch ernst nehmen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Koalitionsinterner Streit über Tage, der von außen nicht nachvollziehbar ist, ist nicht förderlich. Wohin soll das gehen? Warum streitet man sich über Zahlen? - Genau das unterminiert das Vertrauen der Menschen in die Politikerinnen und Politiker in diesem Land. Das müssen wir abstellen, das müssen Sie abstellen, liebe CDU und SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte noch vieles sagen, aber ich darf es nicht, weil ich nur sieben Minuten lang reden darf.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist ungerecht!)

- Genau. Wir arbeiten daran, dass das besser wird.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das machen die parlamentarischen Geschäftsführer!)

Lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes sagen: Ich freue mich immer, Herr Ministerpräsident, wenn Sie mir gut zuhören. Ich habe in diesem Hohen Haus mehrfach eine generationengerechte Haushaltspolitik angemahnt. Aber wissen Sie, eine Haushaltspolitik wird nicht dadurch generationengerecht, dass man sie generationengerecht nennt. Eine Haushaltspolitik, die immer neue Straßenkilometer bauen will, anstatt die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, ist nicht generationengerecht.

Eine Haushaltspolitik, die an der Bildung und an der Zukunft unserer Kinder kürzt, ist auch nicht generationengerecht.

Wir beobachten in allen Politikfeldern, dass Ihre Landesregierung nur noch verwaltet, dass es in den Debatten nur noch darum geht, Eurohäufchen hin- und herzuschieben.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Ach nö!)

In keinem Politikfeld erleben wir ein mutiges Nachvornedenken. Deswegen sage ich Ihnen sehr deutlich: Wir brauchen einen Aufbruch in der Politik. Wir brauchen einen Aufbruch, der den Menschen in diesem Land Mut macht. Wir brauchen einen Aufbruch der Politik, der den Menschen in diesem Land das Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker wieder zurück gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Kollegin Dalbert. - Wir können Gäste im Haus willkommen heißen, Schülerinnen und Schüler des Dr.-Hermann-Gymnasiums Schönebeck. Willkommen im Landtag!

(Beifall im ganzen Hause)

Sie verfolgen die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Zum Abschluss der Debatte spricht der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Schröder.

#### **Herr Schröder (CDU):**

Herr Präsident! Meile sehr verehrten Damen und Herren! Für die Landespolitiker der ersten Stunde gab es kein Handbuch; kein Papier lag in der Schublade, auf dem stand, wie man so ein Bundesland Sachsen-Anhalt macht. Aus dem Stehgreif musste gehandelt werden. Der Nachbau West be-

gann, nicht selten mit der Abschrift von Gesetzen aus Niedersachsen.

Die Transformationsprozesse in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt waren schmerzhaft. Gewaltige Altlasten im Umweltbereich mussten beseitigt werden. Moderne Verkehrswege entstanden. Sachsen-Anhalt ging seinen Weg, einen spannenden Weg von seiner Wiedergeburt hin zu einem Zukunftsland, vom Nachbau West hin zu einem eigenen Profil im föderalen System Deutschlands.

Nach wie vor gibt es Probleme. Unsere Wirtschaftsleistung und Steuerkraft sind zwar gewachsen, aber immer noch zu gering. Wir haben kein strukturelles Haushaltsdefizit mehr, aber wir müssen solide weiterwirtschaften, um künftig dauerhaft auf eigenen Füßen stehen zu können.

Unsere größten Probleme bleiben der Arbeitsmarkt und die demografischen Veränderungen, die sich jetzt nicht völlig ins Gegenteil verkehren, nur weil wir über die Flüchtlingsthematik reden.

Aber zur Bilanz gehört auch, dass sich unsere Städte und ganze Landstriche so verändert haben, dass sie nicht wieder zu erkennen sind. Umweltschäden wurden beseitigt. Die Qualität des Wohnens war noch nie so hoch wie heute. Die Lebenserwartung unserer Menschen ist gestiegen. Soziale Infrastrukturen, wie Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, sind teilweise moderner als in den alten Bundesländern.

Unser Land ist eine verkehrlich exzellent erschlossene Region im Herzen Europas, auch wenn es noch Verkehrsprojekte gibt, an denen wir arbeiten. Aber gute Infrastrukturen und motivierte Menschen machen Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven Standort auch für Investitionen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht die ganze ehemalige DDR ist heute eine blühende Landschaft. Aber es gibt sie - ich verwende diesen Ausdruck ganz bewusst -, diese blühenden Landschaften, auch und gerade in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der CDU)

Man kann, so hat es Richard Schröder einmal gesagt, die Mauer nicht wegreißen und das Echo stehenlassen. Deswegen möchte ich diese Regierungserklärung auch nutzen, um uns daran zu erinnern, dass wir nicht Schwarzmalerei betreiben oder nur die Probleme ansprechen sollten, sondern auch einmal innehalten und die vielen kleinen und großen Wunder, die geschehen sind, gelegentlich auch mal beim Namen nennen sollten.

In Sachsen-Anhalt war die CDU-Landtagsfraktion von Anfang an dabei, 17 Jahre davon in der Verantwortung, eine Regierung zu tragen. Auch für Sachsen-Anhalt können wir feststellen, dass die

Wiedervereinigung gelungen ist. Die Menschen unserer Nation haben sich gegenseitig beschenkt.

Sachsen-Anhalt ist trotz seines Status als Bindestrichland und mit noch ausbaufähigem Bekanntheitsgrad unter den Bundesländern ein gelungenes Projekt. Wir wollen 25 Jahre Sachsen-Anhalt daher auch zum Anlass nehmen, ein neues Selbstbewusstsein zu wecken.

Es ist nicht nur unsere überreiche Geschichte, die uns so wertvoll macht. Zukunft braucht Herkunft. Zukunft braucht aber auch im Jetzt gute Bedingungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Uns beschäftigen heute Megatrends wie beispielsweise die Digitalisierung, die Steuerung der Migration oder die Gestaltung der Energiewende. Ein Schlüssel unseres Erfolgs bleibt die Bildung. Gute Bildung ist wichtiger denn je. Deswegen werden wir als CDU weiter daran arbeiten, berufliche und akademische Bildung gleichwertig zu behandeln, unsere Schulen - im Übrigen auch die kleinen, sofern sie bestandsfähig sind -, zu sanieren. Wir werden auch die Unterrichtsversorgung sicherstellen.

Die großen Chancen, die die Digitalisierung bietet, wollen wir beherzt nutzen. Das betrifft nicht nur die Umsetzung der digitalen Agenda für Sachsen-Anhalt und schnelles Internet in allen Landesteilen, sondern das betrifft auch die Digitalisierung unserer Kulturbestände, IT-Technik im Schulunterricht, E-Government oder ein modernes Landesdatennetz und einen starken IT-Beauftragten der Landesregierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bauen den Westen längst nicht mehr nur nach, sondern gehen selbstbewusst unseren eigenen Weg.

(Herr Scheurell, CDU: Jawohl!)

Natürlich kann man hier vorn stehen und Entwicklungsschwächen beklagen. Auch wir sagen, dass nicht alle Ziele erreicht worden sind. Natürlich gibt es Probleme, die zu lösen sind. Ich habe der Rede von Herrn Gallert entnommen, dass er diese Entwicklungsschwächen benennt, aber ich habe heute keine Lösungen von ihm gehört.

Dass man unseren Dreiklang aus Konsolidieren, Vorsorgen und Investieren, in Oppositionssprache übersetzt, als Schrumpfen, Schrumpfen, Schrumpfen bezeichnet, ist natürlich durchschaubar, aber es bleibt falsch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den alten Rezepten von Schulden, reglementierter Wirtschaft und vielleicht einem zusätzlichen Feiertag können wir diese Probleme und diese Entwick-

lungsschwächen im Land Sachsen-Anhalt ganz gewiss nicht lösen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden stellt unser Land vor eine gewaltige Herausforderung. Angesichts der immer noch steigenden Zahlen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass wir die gegenwärtigen Zahlen, die immer noch anwachsen und die sich in einem Prozess befinden, nicht dauerhaft bewältigen können und dass wir die sogenannte humanitäre Zuwanderung - so heißt es jetzt - steuern und regeln müssen. Das heißt, dass wir sie auch begrenzen müssen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Die auf unsere Integrationsfähigkeit und auch auf unsere Interessen hin ausgerichtete unterschiedliche Behandlung von Ausländern im Bleiberecht steht ausdrücklich nicht im Widerspruch zu einer auch von uns gewollten Willkommenskultur.

Wir stehen weiterhin für eine bedarfsgerechte Steuerung der Zuwanderung. Darüber hinaus werden wir unserer humanitären Verantwortung auch im Rahmen der bestehenden Verteilungsquote gerecht, indem wir Menschen bei uns aufnehmen und sie menschenwürdig unterbringen und versorgen.

Wir benötigen nicht nur beschleunigte Verfahren, sondern wir brauchen auch klare Grenzen und die Durchsetzung von Ausreisepflichten bei Menschen ohne Flucht- und Asylgrund.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Liebe Katrin Budde, begrenzen, beschleunigen, zurückführen; das war der Dreiklang des Ministerpräsidenten. Er steht nicht im Widerspruch zu der gewollten und notwendigen Integration der Menschen in Sachsen-Anhalt, die eine Bleibeperspektive haben und die bei uns bleiben wollen und auch sollen.

Natürlich kann man jetzt sagen, in den letzten Wochen kamen Menschen, die zu 80 oder 90 % eine Bleibeperspektive haben. Zur Wahrheit gehört dann natürlich auch der Fakt, dass bis Anfang September Menschen zu uns kamen, die zu 70 % diese Bleibeperspektive nicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Wahrheit gehört auch, dass die von Herrn Gallert so wortreich vorgetragene Leidensgeschichte vieler Flüchtlinge sicherlich zutrifft, aber auf die Menschen vom Westbalkan nicht.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Mit Ausnahme der Roma!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Rede entnommen, dass darin nicht nur Not, sondern vor allem auch Elend bezeichnet wird. Es wird gesagt, wir wollen die aufnehmen und denen helfen, die von Elend bedroht sind. - Das ist eben genau das, was über die eigentlichen Asylgründe und über das hinausgeht, was in der Flüchtlingskonvention steht.

(Beifall bei der CDU)

Wirtschaftliche Not ist kein Asylgrund!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Die aktuellen Zahlen bestätigen die Haltung meiner Fraktion, dass eine politische Festschreibung von Mindestzahlen, die wir in den kommenden Jahren aufnehmen sollten, nach wie vor abzulehnen ist. Niemand - sind wir doch einmal ehrlich - vermag den Prozess, der in den nächsten Jahren stattfinden wird, wirklich sicher vorherzusagen. Aber niemand zwingt uns, quasi auf Jahre voraus Zahlen festzuschreiben, die langfristig oberhalb dessen liegen, was wir für integrierbar halten.

Dann habe ich der Rede der GRÜNEN und auch der Rede von Herrn Gallert entnommen, dass es praktisch keine Rolle spielt, was wir wollen. Das ist eine unglaubliche Aufgabe des Gestaltungsanspruchs, den die deutsche und die europäische Politik eigentlich haben sollte.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Und so groß der Grundkonsens darüber ist, humanitären Flüchtlingsschutz zu betreiben, so groß der Grundkonsens auch ist, Menschen, die hier bleiben, auch integrieren zu wollen, ja zu müssen, so groß dieser Grundkonsens auch ist, so groß ist der Unterschied zwischen den Parteien, wenn es darum geht, diesen Gestaltungsanspruch durchzusetzen.

Wenn die Vertreter der LINKEN Frontex abschaffen wollen, die Drittstaatenregelung ablehnen, sichere Herkunftsländer ablehnen, sich für einen Abschiebestopp einsetzen, sich für ein Wahlrecht für Ausländer an dem Ort einsetzen, wo sie ihre jeweiligen Antrags- Registrierungsprozesse durchführen lassen wollen, wenn offene Grenzen für alle und jeden das politische Rezept sind, dann sagen wir, an der Stelle haben wir eine dezidiert andere Meinung.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der Rede auch entnommen, dass offene Grenzen für alle und jeden so eine Art Lehre aus dem Prozess sind, der im Jahr 1989 stattfand. Das teile ich ausdrücklich nicht, genauso wenig wie

Ihr Schwarz-Weiß-Bild, auf der einen Seite die Weltoffenheit und die Menschlichkeit und auf der anderen Seite Abschottung, Angst und sogar Gewalt. Dieses Schwarz-Weiß-Bild ist ein Zerrbild!

Die Botschaft nach der Überwindung der Teilung sollte sein, dass wir eine handlungsfähige Demokratie, eine funktionierende Völkergemeinschaft und mehr Europa bei der Bewältigung dieser Probleme brauchen und nicht etwa weniger.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Es ist geradezu fatal, in einer Rede in diesem Zusammenhang an den Schießbefehl zu erinnern, den es früher gegeben hat; denn es gibt einen Unterschied. Es ist ein Wesen von Staaten, Grenzen zu ziehen und bei gezeigter und gelebter Solidarität - das kann man von Deutschland nun wirklich sagen - Prozesse auch zu steuern und zu regeln

(Herr Borgwardt, CDU: Vor allem war der Schießbefehl nach innen und nicht nach außen gerichtet!)

und seine Außengrenzen zu sichern. Das ist etwas völlig anderes, als wenn eine Diktatur mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl ihre eigenen Menschen einsperrt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Nach 25 Jahren Sachsen-Anhalt ist auch das eine wichtige Botschaft. Der gewachsene gesellschaftliche Konsens in unserer Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, also die Bewahrung unserer Grundrechte, müssen auch gelebt werden. Integration ist daher keine Einbahnstraße.

(Herr Scheurell, CDU: Ja!)

Nur mit einem klaren Bekenntnis zu uns selbst und zu einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft können wir Integration und Teilhabe auch überzeugend einfordern. Es sind unsere kulturellen Werte und unsere historischen Erfahrungen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, ja, wenn Sie so wollen, unsere Leitkultur bilden.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

An ihr wollen wir festhalten. Vor dem Hintergrund des vermutlichen Ehrenmordes in Dessau an einer syrischen Frau sage ich auch das deutlich: Kulturell motivierte Gewalt, vermeintlich der Ehre wegen, darf nie zu Sachsen-Anhalt gehören, auch in den kommenden 25 Jahren nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Diese Botschaft gehört genauso zu einem modernen Bundesland Sachsen-Anhalt wie die Sicher-

stellung einer Zuwanderung von Fachkräften, deren Fähigkeiten wir brauchen.

(Zuruf von der LINKEN: Ängste schüren!)

Die verbesserte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wird uns im Landtag auch in der kommenden Wahlperiode weiterhin beschäftigen, genauso wie die Unterstützung zum Beispiel ausländischer Hochschulabsolventen bei der Verwirklichung ihres Wunsches, in Sachsen-Anhalt bleiben zu können. Das gehört zusammen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durchaus nah bin ich bei Katrin Budde hinsichtlich der Aussage, wir brauchen nicht nur Optimismus, wir brauchen auch Zuversicht, wir brauchen vor allen Dingen Realitätssinn. Nach 25 Jahren sind noch nicht alle Ziele erreicht. Ja, wir haben Aufgaben. Ja, wir haben Schwächen. Es gibt Bereiche, in denen wir besser werden müssen. Aber die Botschaft, wir sind auf einem guten Weg, teile ich ausdrücklich.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das war zu erwarten!)

Das Leitbild der CDU ist ein modernes, ein selbstbewusstes und familienfreundliches Sachsen-Anhalt, ein Zukunftsland im Herzen Europas, das weltoffen ist, Heimat für alle Generationen bietet und auch ländliche Siedlungsstrukturen bewahrt.

Der Ministerpräsident hat heute den Kurs bestimmt. Mit ihm wird unser Land auch in Zukunft auf einem guten Weg bleiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Kollege Schröder. Es gibt zwei Nachfragen. Möchten Sie die beantworten? - Das sieht so aus. Ja. Dann spricht zunächst Herr Abgeordneter Gallert und dann Frau Abgeordnete Lüddemann.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Herr Schröder, mein Problem besteht in der Begrifflichkeit der Grenzsicherung gegen Kriegsflüchtlinge. Das ist ausdrücklich auch das, was der Ministerpräsident in seinem „Volksstimme“-Interview gesagt hat. Immer wenn das gesagt und betont wird, dann stelle ich mir die Frage: Erzählen Sie doch einmal, wie Sie das machen wollen. Der Ministerpräsident ist mehrfach von den Journalisten gefragt worden. Er hat dann gesagt, das ist nicht sein Ding, das müssen andere organisieren. Aber die Grenze muss gesichert werden.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Schenken!)

Wenn Sie sich die Geschichte einmal anschauen, dann stellen Sie Folgendes fest: Die Leute, die jetzt zu uns kommen, nehmen den Tod in Kauf, um zu uns zu kommen. Das wissen wir.

Die Frage lautet: Wie stellen Sie sich das vor? Wie soll Europa oder Deutschland seine Grenzen sichern? - Frau Merkel sagt ganz klar, das kann man nur mit einem Elektrozaun. Aber das wird sie nicht tun.

Heute ist der erste Flüchtling in Bulgarien von einem Grenzer erschossen worden. Angeblich war es Warnschuss in den Hals.

(Frau Brakebusch, CDU: Ein Querschläger in den Hals!)

Da frage ich Sie: Wie wollen Sie das umsetzen? Wie wollen Sie das hinkriegen?

**Herr Schröder (CDU):**

Sehr geehrter Kollege Gallert, ich will es einmal anders formulieren oder andersherum ausdrücken. Was ist denn die Konsequenz dessen, was Sie in Zweifel ziehen, nämlich dass man es steuern kann?

Die Konsequenz Ihres Gedanken ist, dass wir nach Hause gehen, weil wir überhaupt keinen politischen Gestaltungsanspruch mehr haben.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Nö.

**Herr Schröder (CDU):**

Wir können es nicht regeln. Die lassen sich sowieso nicht aufhalten. Das ist Ihre Botschaft.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Beantworten Sie doch einmal meine Frage, Herr Schröder.

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Herr Schröder (CDU):**

Genau Ihre Konsequenz im Denken teile ich ausdrücklich nicht.

(Herr Herbst, GRÜNE: Wir sind doch für unser Land verantwortlich! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich teile aber Ihre Bedenken dahingehend, dass das ein schwieriger Prozess ist, dass es dafür keine fertigen Lösungen gibt, die man jetzt herauszieht, oder dass es eine Lösung gibt, die über Nacht zu einer veränderten Situation führt.

(Minister Herr Stahlknecht: Transitzone! - Zuruf von Frau Grimm-Benne, SPD)

Aber es gibt einen Anspruch der Politik, diesen Prozess zu entschleunigen - es wird keine Grenze geschlossen; es werden Kontrollen wieder eingeführt -, diesen Prozess steuerbar zu halten, diesen Prozess zu regeln und ihn letztlich - das ist auch unser Wollen - zu begrenzen.

Die Verständigung auf europäischer Ebene, gemessen an der Leistungskraft der Mitgliedstaaten in Europa, zum Beispiel in Form von Kontingenten, Flüchtlinge zu verteilen, das Finden von Anschlussregelungen zur Fortentwicklung des Schengen-Abkommens und der Dublin-III-Verordnung, damit man nicht in einen anarchischen Zustand abgleitet, sind Versuche der Politik, die Dinge zu regeln.

Ich sage nicht, dass dieser Prozess einfach ist. Ich sage auch nicht, dass er über Nacht gelingt. Aber die Konsequenz, zu sagen, es gibt keine Alternative zu offenen Grenzen und einem Bleiberecht für alle, ist die Aufgabe unserer Souveränität. Sie ist gezeigte Schwäche, die in dieser Gesellschaft nicht mehrheitsfähig ist und die uns vor schwerwiegende Probleme stellt. Sie ist praktisch die Kapitulation. Sie ist nicht die Lehre, die wir aus dem Prozess von 1989 ziehen können. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

**Frau Lüddemann (GRÜNE):**

Herr Kollege Schröder, ich bin mir noch nicht sicher, ob es eine Zwischenintervention oder eine Frage wird.

**Herr Schröder (CDU):**

Ich kann trotzdem etwas sagen.

**Frau Lüddemann (GRÜNE):**

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich Ihre Verurteilung des Mordes an der jungen Frau in Dessau-Roßlau teile. Ich kannte diese Frau auch persönlich. Das hat mich tief getroffen. Ich habe auch sofort eine entsprechende Pressemitteilung herausgegeben, in der stand, dass das selbstverständlich mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verfolgt gehört.

Mich regt es aber wirklich auf, dass Sie ausgerechnet dieses eine Beispiel für häusliche Gewalt hier so dezidiert herausgreifen, weil das nämlich auch Stimmungsmache ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Herr Borgwardt, CDU: Quatsch! - Weitere Zurufe von der CDU und von der Regierungsbank)

- Das ist häusliche Gewalt. Ich bin seit 25 Jahren auf diesem Feld unterwegs.

**Herr Schröder (CDU):**

Ich sage dazu gleich etwas.

(Minister Herr Stahlknecht: Häusliche Gewalt - völlig irrel!)

**Frau Lüddemann (GRÜNE):**

Ich kann Ihnen Zahlen, Daten und Fakten liefern, denen zu entnehmen ist, wie viel schlimme Geschehnissen im Bereich häuslicher Gewalt zwischen Brüdern, zwischen Geschwistern, zwischen Eltern und Eheleuten wir in diesem Land haben, die wir seit 25 Jahren zu bekämpfen versuchen und nicht in den Griff kriegen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch unerhört!  
- Unruhe bei der CDU)

Ich finde es unredlich, diesen einen Fall hier her auszugreifen.

Die Frage könnte jetzt sein - Sie werden vermutlich etwas dazu sagen -, warum Sie ausgerechnet diesen einen Fall so hervorgehoben haben.

(Herr Lange, DIE LINKE: Weil die CDU so reagiert!)

**Herr Schröder (CDU):**

Sehr geehrte Frau Kollegin Lüddemann. Erstens. Die traurigen Beispiele für Ehrenmorde

(Herr Kurze, CDU: Richtig - Herr Borgwardt, CDU: Sogenannte!)

und aus dem kulturellen Kontext begründete Fälle von Gewaltausübung beschäftigen Deutschland - zum Glück noch nicht Sachsen-Anhalt - schon seit vielen Jahren.

**Frau Lüddemann (GRÜNE):**

Richtig.

**Herr Schröder (CDU):**

Ich verweise auch auf Bundestagsbeschlüsse und Initiativen

(Minister Herr Stahlknecht: BGH; Bundesgerichtshof!)

- Bundesgerichtshof - der CDU im Bundestag. Die Aussage, wir greifen jetzt plötzlich so etwas auf, ist also falsch.

(Herr Kurze, CDU: Richtig!)

Zweitens. Wir sind uns einig - das haben Sie auch gerade gesagt -, dass wir diesen Fall, der sich jetzt in Dessau ereignet hat und vermutlich im gleichen Kontext steht, verurteilen müssen. Warum, wenn wir es genauso verurteilen wie Sie, ist es plötzlich unredlich und Stimmungsmache, nur weil wir es tun? - Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier gesprochen. Wir führen hier die Aussprache zu einer Regierungserklärung zum Thema „25 Jahre Sachsen-Anhalt“. Ich wollte für unsere Fraktion deutlich machen: Wir sind auf einem guten Weg. Wir wollen neues Selbstbewusstsein wecken. Wir wollen diese große Herausforderung in der Flüchtlingspolitik bewältigen - aber so, dass die aufnehmende Gesellschaft sich auch wieder erkennt, auch in den kommenden Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört dazu, das zu benennen, was wir nicht in Sachsen-Anhalt haben wollen. Weil es aktuell ein trauriges Beispiel ist, sage ich: Das ist ein typisches Beispiel, das wir in Sachsen-Anhalt nicht haben wollen. Es gehört dazu, das hier zu benennen. Daher sollte man nicht sagen, das sei Stimmungsmache.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Kollege Schröder, es gibt zwei weitere Nachfragen. Möchten Sie diese beantworten? - Ja. Dann sind zunächst Kollegin Tiedge und danach Herr Kollege Gallert an der Reihe.

**Frau Tiedge (DIE LINKE):**

Herr Schröder, ich möchte nicht das wiederholen, was Frau Lüddemann sagte; das wäre auch mein Einstieg gewesen. Ich kann ihr zu dem, was sie gesagt hat, nur uneingeschränkt meine Zustimmung geben. Natürlich überwiegt bei allen die Verurteilung dieser schlimmen Tat, wobei wir noch abwarten müssen, was letztlich dabei herauskommt.

Ich habe eine andere Frage. Es geht nicht darum, warum Sie das hier thematisiert haben; diese Frage hat Frau Lüddemann gestellt. Ich möchte wissen: Warum haben Sie an dieser Stelle nicht auch auf die NSU-Morde hingewiesen?

(Unruhe)

**Herr Schröder (CDU):**

Wir sind uns darin einig, dass die NSU-Morde ebenso zu verurteilen sind. Wir sind uns, glaube ich, in der Einschätzung einig, dass wir über dieses Thema vielfach in diesem Raum gesprochen haben. Es gibt auch weitere Themen, die ich nicht in meiner Rede angesprochen habe, weil das schlichtweg nicht möglich wäre. Ich weiß jetzt den Kontext der Frage nicht richtig einzuschätzen.

Die Haltung der Union, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass abzulehnen - das geht bis hin zu klaren Formulierungen im neuen Grundsatzprogramm -, ist bei uns genauso deutlich zu erkennen wie die ablehnende Haltung - ich sage es jetzt einmal so - gegenüber der linken Utopie eines Bleiberechts für alle bei offenen Grenzen. Auch

diesbezüglich sehen wir Kritik. Beides gehört zusammen.

Wenn wir hier über Sachsen-Anhalt sprechen und darüber, welche Herausforderungen in Zukunft vor uns stehen, und feststellen, dass eine Gesellschaft polyethnisch wird, dass es Menschen aus anderen Kulturkreisen gibt, die bei uns Bleiberecht haben und die wir integrieren müssen und wollen, dann gibt es eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie sich diese Gesellschaft verändern, wie sie sich aufstellen und wie sie künftig aussehen soll. Aus meiner Sicht gehören Ehrenmorde aus diesem kulturellen Kontext heraus nicht zur deutschen Hausordnung.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Dass Sie das so aufregt, wundert mich. Das ist erstaunlich. Nur Sie dürfen das sagen. Wir nicht. Unglaublich!

**Präsident Herr Gürth:**

Es gibt noch zwei Wortmeldungen, Kollege Gallert und Kollegin Quade.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Herr Schröder, ich mache es kurz.

**Herr Schröder (CDU):**

Ich stehe gern hier.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Wir reden hier über das Thema „25 Jahre Sachsen-Anhalt“ und über die zentrale Herausforderung der Migration. Dabei stellen sich natürlich die Fragen: Was sind die Ankerpunkte? Was sind die Bilder, die am Ende einer solchen Debatte stehen?

Wenn wir über Migration reden, wenn wir über die Bewältigung der Flüchtlingsintegration reden, dann ist es bedenklich, zentral das Beispiel dieser häuslichen Gewalt anzuführen.

**Herr Schröder (CDU):**

Das war nicht zentral, Herr Gallert.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Das teile ich ganz deutlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, mit dem Begriff „Ehrenmord“ kann man sich die Situation zurechtbiegen. Aber wenn wir das tun wollen, dann müssen wir auch einen anderen symbolischen Todesfall aus der Stadt Dessau erwähnen.

(Oh! bei der CDU)

Dieser zeigt die Gefahr auf, die wir zurzeit sehen. Das ist der Todesfall des Oury Jalloh in Dessau.

(Unruhe)

**Präsident Herr Gürth:**

Das war eine Zwischenintervention. - Damit ist jetzt Kollegin Quade an der Reihe.

**Frau Quade (DIE LINKE):**

Herr Schröder, Sie haben gerade gesagt, der Ehrenmord gehört nicht zur deutschen Hausordnung. Welcher Mord gehört denn Ihrer Meinung nach zur deutschen Hausordnung?

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Unruhe)

**Herr Schröder (CDU):**

Einige Wortmeldungen entlarven sich ein Stück weit selbst.

(Beifall bei der CDU)

Das war kein zentraler Bestandteil, es war ein Bestandteil meiner Rede. Es gibt keinen Anspruch auf Vollständigkeit bei der Nennung zu verurteilender Morde in dieser Rede. Darüber sind wir uns, denke ich, einig.

Wir haben Vorstellungen. Der Bundesinnenminister sprach von einer Anerkennungskultur. Ich habe das Wort „Leitkultur“ genommen, weil es in dem Grundsatzprogramm der Landes-CDU steht.

Wir brauchen eine Verständigung darüber, was in diesem Land nicht verhandelbar ist. Es ist mir wichtig, an einer Stelle wie dieser hier heute zu erwähnen, dass wir bestimmte Vorstellungen haben. Dazu gehört unter anderem - ich betone: unter anderem -, dass wir solche Gewalt bis hin zu Mord, der Ehre wegen oder kulturell begründet, strikt ablehnen.

(Beifall bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Das ist doch eine Binsenweisheit! - Herr Lange, DIE LINKE: Welche Morde finden Sie gut? - Unruhe)

Wenn wir uns darüber im Grundsatz einig sind, dann verstehe ich Ihre Empörung nicht.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

**Präsident Herr Gürth:**

Es gibt noch eine Nachfrage, Kollege Schröder. - Kollege Striegel.

**Herr Striegel (GRÜNE):**

Herr Kollege Schröder, ich glaube, alle 105 Abgeordneten hier im Hause sind sich darin einig, dass

Gewalt und Mord immer ablehnenswert sind, egal von wem sie ausübt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie müssen sich schon fragen lassen, warum Sie in einer Debatte, in der wir 25 Jahre zurückschauen auf die Entwicklung im Land Sachsen-Anhalt und in der wir uns die Herausforderungen vergegenwärtigen, die in der derzeitigen Situation vor uns stehen, ausgerechnet dieses und nur dieses Beispiel anführen.

**Herr Schröder (CDU):**

Nicht nur dieses Beispiel.

(Unruhe)

**Herr Striegel (GRÜNE):**

Sie müssen sich fragen lassen, ob das nicht einer Instrumentalisierung dient. Wir müssen diesen Mord ablehnen, genau wie wir ablehnen müssen und sollten, dass vor wenigen Monaten erst ein ehemaliger sachsen-anhaltischer Polizist seine Frau und dann sich selbst umgebracht hat. Diese Gewalt ist genauso schlimm.

Aber es ist falsch, hier den Versuch zu unternehmen, darauf hinzuweisen, dass das eine spezifische Gefahr wäre, die jetzt auf Sachsen-Anhalt zukommt - als solche haben Sie sie beschrieben. Das wirkt Integration zuwider.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Unruhe)

**Herr Schröder (CDU):**

Lieber Herr Kollege Striegel, Ihre Auffassung, ich würde Morde instrumentalisieren, weise ich entschieden zurück.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe)

Diese Debatte müssen wir uns zumuten. Der Punkt ist, dass wir weiterdenken. Natürlich ist die Landesregierung - wie auch die Bundesregierung - gegenwärtig in einer Art Krisenmodus. Es geht jetzt vor allen Dingen darum, die Menschen menschenwürdig unterzubringen, sie zu versorgen, sie über die Wintermonate aus den Zelten zu bringen; es geht um das Unterbringungskonzept. Das alles haben wir hier diskutiert. Es ist wichtig, dass das jetzt geschieht. Die Landesregierung handelt, und sie macht ihre Hausaufgaben. Als CDU-Landesfraktion unterstützen wir ausdrücklich dieses Agieren.

Aber - das ist die Integrationsfrage danach - es wird Menschen geben, die eine Bleibeperspektive haben. Es wird nicht nur die Sekundärmigration geben. Es werden auch welche unser Land wieder

verlassen, sicherlich. Aber es wird im Gegensatz zu früheren Jahren ein wesentlich höherer Anteil von Menschen bei uns im Land bleiben. Auch über den Familiennachzug und andere Dinge werden weitere zu uns kommen, die ebenfalls eine Bleibeperspektive haben.

Vor diesem Hintergrund müssen wir eine gesellschaftspolitische Debatte über die Frage führen, was wir in Sachsen-Anhalt unter Willkommenskultur verstehen, was wir unter einem weltoffenen Sachsen-Anhalt verstehen, das seine Zuwanderung letztlich auch an der Integrationsfähigkeit und am eigenen Bedarf ausrichtet. Das ist dann wohl der Dissens.

Dass wir eine aufnehmende Gesellschaft haben, die sich auch selbst ihrer Werte vergewissern muss, einen gewissen Verfassungspatriotismus lebt - das sind Dinge, die eine Rolle spielen.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Wir wollen deutlich machen - das war nicht ein zentraler Bestandteil der Rede, aber es gehört auch dazu, das zu sagen -: Wenn wir ein solches beklagenswertes aktuelles Beispiel haben, dann müssen wir an der Stelle sagen: Das soll dauerhaft nicht zu Sachsen-Anhalt gehören, auch nicht in den kommenden 25 Jahren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Damit schließen wir die Aussprache zur Regierungserklärung ab. Der Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz etwas zum Durchatmen: Heute Morgen auf der Herfahrt hörte ich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie ein zwölfjähriger Hallenser gefragt wurde, was er denn im Unterricht über Luthers Sprache und Rhetorik gelernt habe. Er gab die klare Antwort, man müsse laut und deutlich sprechen und Kritik aus dem Publikum ertragen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

In diesem Sinne rufe ich den **Tagesordnungspunkt 38** auf:

**Aktuelle Debatte**

**Verhängnisvolle Kürzungspolitik im Bildungsbereich**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/4473**

Die Redezeit beträgt je Fraktion und auch für die Landesregierung jeweils zehn Minuten. Mir wurde

angezeigt, dass die Redezeit zum Teil aufgeteilt wird. Als Erste hat die Antragstellerin das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Lange.

#### **Herr Lange (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz strömenden Regens trieb die Bildungspolitik der CDU-geführten Landesregierung gestern Hunderte Menschen auf die Straße. Auch wenn die Landesregierung und die Koalition enttäuscht sind, die Forderungen zur Rücknahme der Kürzungen an den Hochschulen sind noch nicht verhallt.

(Beifall bei der LINKEN)

Genauso laut und klar wehren sich die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer gegen den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel.

Jetzt höre ich schon die Minister und Sprecher der Koalition sagen: Das ist doch alles nicht so schlimm. Die Hochschulen haben doch unterschrieben und sind auf einem guten Weg. Es gibt doch so viel Geld aus dem Hochschulpakt.

Ich freue mich schon auf die verheißungsvollen Statistiken, die beweisen, wie gut unsere Unterrichtsversorgung ist. Die Signale aus den Einrichtungen sind aber ganz andere. Die Kürzungspolitik der Landesregierung führt zu verheerenden Einschnitten, und das bekommen Sie auch nicht wegdiskutiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Was passiert nun an den Hochschulen? - Auch wenn es den Hochschulen für angewandte Forschung schwerfällt, straffen sie ihre Studienprogramme und der Wegfall ganzer Bereiche kann weitestgehend vermieden werden.

Allerdings darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben, dass das massiv auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Schon jetzt ist der Anteil der Lehraufträge unfassbar hoch, und es steht zu befürchten, dass er noch weiter wächst. Inwieweit sich dieser Prozess auf die Attraktivität der Studienbedingungen auswirkt, wird sich zeigen.

An den Universitäten ist die Lage verschärfter. Sie tragen die Hauptlasten der Kürzungen, und sie sind durch die Beschlüsse der Landesregierung angehalten, aufgelaufene Defizite abzubauen.

Im Klartext bedeutet das, dass unbesetzte Stellen abgegeben werden. Zudem sind ganze Bereiche gefährdet. Wie von der Landesregierung gewünscht, legt die Uni Magdeburg zuerst das Beil an den Geisteswissenschaften an. So soll zum Beispiel Geschichte ganz abgewickelt werden. Zwar konnte die Uni den geisteswissenschaftlichen

Bereich insofern retten, als die Fakultät nicht geschlossen wird. Aber eine klare Ausdünnung findet auf jeden Fall statt.

Ich habe gerade von Geschichte gesprochen. Hieran sieht man wieder einmal den Irrsinn der ganzen Aktionen: Es wird zwei Professoren geben, die noch sehr lange im Landesdienst bleiben und auch entsprechend bezahlt werden müssen. Diese sollen an die Geschichte an der Uni Halle angedockt werden.

Das kann man sicherlich machen. Aber die Uni Halle hat dafür auch kein Budget. Ich bin gespannt, welche Titelgruppe Sie sich jetzt wieder ausdenken, 96, x, y oder z, um das finanziell entsprechend darzustellen.

Meine Damen und Herren! Das Problem ist dabei, dass Vielfalt der Angebote verloren geht, dass nachgefragte Studiengänge geschlossen werden und damit die Ziele der Studienanfängerzahlen für den Hochschulpakt gefährdet werden.

An der Uni Halle wird das Dilemma besonders deutlich. Sie soll 100 nichtbesetzte Stellen abgeben. Dabei fließen diese Stellen in die Kapazitätsberechnungen mit ein. Jeder Bereich hofft, dass seine Stellen einmal wiederbesetzt werden; denn gebraucht werden die Stellen und die Menschen, die Lehre und Forschung betreiben.

Dabei bleibt die Uni in ihrem neuen Konzept hinreichend vage, welche Bereiche genau und in welchem Umfang betroffen sind. Es wird lediglich Bezug auf den Hochschulstrukturplan genommen. Darin steht übrigens noch immer die Schließung des Studienkollegs. Ich hoffe, dass dieser unsinnige Vorschlag in der jetzigen Situation ein für alle Mal vom Tisch ist.

Auch wenn der Abbau der Titelgruppe 96 der Uni als Konsolidierungsbeitrag anerkannt wird, darf man nicht vergessen, dass auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine wichtige Arbeit leisten und dazu beitragen, dass die hohen Studierendenzahlen zu bewältigen sind.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, durch Ihre Kürzungen, dadurch, dass Sie Tarifaufwüchse nur zu 90 % erstatten und einen Inflationsausgleich gar nicht gewähren wollen, gehen den Hochschulen mehr als 1 800 Studienplätze verloren, und das bei den höchsten Immatrikulationszahlen und den hohen Forderungen an Neuimmatrikulationen durch den Hochschulpakt.

Hierin liegt auch das höchste finanzielle Risiko für die Hochschulen. Denn wenn die Attraktivität der Hochschulen abnimmt, können hohe Rückzahlungen drohen. Somit setzen der Hochschulpakt und die Landesregierung völlig falsche Anreize; denn es werden Bereiche geöffnet, die stark nachgefragt

sind, damit man diese Immatrikulationszahlen überhaupt erreicht. Die Qualitätsfrage wird dabei überhaupt nicht mehr gestellt.

Aber glücklicherweise hoffen die Hochschulen auf Verbesserungen ihrer Rahmenbedingungen ab dem Jahr 2016, und das zu Recht. Denn die Mittel aus der BAföG-Reform können genutzt werden, statt sie im Haushalt versickern zu lassen.

Meine Damen und Herren! Es waren CDU-geführte Landesregierungen mit wechselnden Partnern, die den Hochschulen bereits zweimal massive finanzielle Einschnitte zugemutet haben. Sie haben dadurch die Lehre, die Forschung und die Innovationskraft für unser Land geschwächt. Dafür werden Sie sich verantworten müssen. Denn das gehört von uns thematisiert im Parlament, in den Einrichtungen und auf der Straße.

Schon mit den Entscheidungen im Jahr 2004 haben Sie einen Kardinalfehler begangen. Die Schließung der Lehramtsausbildung in Magdeburg war der Anfang dessen, was heute als Lehrermangel das Land beschäftigt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Seit dieser Zeit und schon länger thematisiert meine Fraktion dieses Problem, übrigens gemeinsam mit der GEW. Wie ein Mantra trägt mein Kollege Hohn vor, dass es zu wenige Studienplätze und zu wenige Seminarplätze gebe und dass zu wenige Lehrerinnen und Lehrer eingestellt würden. Sie wussten das alle. Sehenden Auges sind Sie auf den Baum zugesteuert, vor dem wir jetzt alle stehen.

Mit dem Heiligtum des Finanzministers, mit dem Personalentwicklungskonzept in der Hand werden Statistiken bemüht. Die Realität in den Schulen wird ignoriert. Massiv fällt der Unterricht aus. Und nein, es ist kein niveauvoller Unterricht, wenn die Schüler vor Videos geparkt werden oder in den Grundschulen Tag für Tag Bilder malen. Genau das passiert im Moment. Dabei hat die Erkältungssaison noch nicht einmal begonnen. Der Herbst beginnt, wie man draußen sieht. Es ist also absehbar, wie sich der Krankenstand und damit der Unterrichtsausfall entwickeln werden.

Aber clever ist sie ja, die Landesregierung. So ein halbes Jahr vor der Wahl wird plötzlich die Ausbildungskapazität an der Universität erhöht. Gut, die Lehrer kommen erst in sieben Jahren ins System, aber immerhin. Völker, hört die Signale! Die Landesregierung tut was.

Man will sich ja wegen des lästigen Unterrichtsausfalls keine Blöße geben. Also wird hektisch eingestellt. Das will ich gar nicht kritisieren, nur Sie hätten schon viel eher damit anfangen müssen. Denn Sie haben zum einen das Problem, dass Sie die

freien Stellen in manchen Gegenden des Landes und in manchen Schulformen nicht besetzt bekommen.

Zum anderen mögeln Sie schon wieder mit den Stellen. Denn alle Neueinstellungen werden als vorgezogene Stellenbesetzungen deklariert, was in den nächsten Jahren die Frage nach den dann nötigen Einstellungen aufwirft, wenn die Stellen, die nun vorzeitig besetzt werden, zu Buche schlagen. Die Frage ist, wie man das in den nächsten Jahren regeln will.

Meine Damen und Herren! Das Problem dieser Landesregierung ist und bleibt das Personalentwicklungskonzept. Solange Sie von einem Personalabbau an den Schulen ausgehen, werden Sie die Frage beantworten müssen, wie Sie diesen umsetzen wollen. Dass es nicht funktionieren kann, zeigen Ihre jetzigen Aktivitäten. Das dient einzig und allein dazu, den Gesichtsverlust des Finanzministers zu begrenzen.

Meine Damen und Herren! Wir werden in der Bildungspolitik schlecht regiert, wir werden in der Hochschulpolitik planlos regiert und die Personalpolitik ist für das Land eine Katastrophe. Das treibt die Menschen zu Recht auf die Straße. Denn sie merken, dass es Zeit ist für einen Wechsel.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Danke, Herr Kollege Lange. - Für die Landesregierung spricht jetzt der Minister Herr Möllring. Ich frage gleich noch mal. Herr Minister, hinter mir gab es eine Irritation. Herr Minister Dorgerloh spricht auch und Sie teilen sich die Redezeit?

#### **Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Ja.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Wunderbar. Das ist nur bei mir so nicht angekommen. Also sowohl Herr Minister Möllring als auch Herr Minister Dorgerloh werden sprechen und sich die Redezeit von zehn Minuten teilen. Herr Minister Möllring, Sie haben das Wort.

#### **Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Verhängnisvolle Kürzungspolitik im Bildungsbereich“ beantragt, dann sollte man auch zu den Zahlen kommen und nicht nur

allgemeine Ausführungen machen. Deshalb komme ich jetzt einmal zu den Zahlen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Da bis ich aber gespannt!)

Wie stellt sich die Finanzierung des Hochschulbereichs denn in Sachsen-Anhalt dar? - Für die Hochschulbudgets ohne Medizin haben wir in diesem Jahr 328 Millionen € und im nächsten Jahr 334 Millionen € vorgesehen. Das ist ein Aufwuchs. Die Zuschüsse für die medizinische Fakultäten steigen von 106 Millionen € auf 108 Millionen €. Auch die weitere Tendenz im Hochschulbereich ist steigend.

Man darf aber nicht nur die Grundfinanzierung betrachten, man muss auch die weiteren Finanzausstattungen der Hochschulen berücksichtigen. Wir werden im nächsten Jahr Hochschulpaktmittel in Höhe von 54 Millionen € haben. Wir werden aus der Rahmenvereinbarung „Forschung und Innovation“ in diesem Jahr 11 Millionen € ausgeben.

Wir werden Zuschüsse außerhalb der Rahmenvereinbarung „Forschung und Innovation“ aus frei gewordenen BAföG-Mitteln, die nicht im Haushalt versickern, in diesem und im nächsten Jahr in Höhe von jeweils 8,3 Millionen € zur Verfügung stellen. Wir werden Zuschüsse für hochschulnahe Investitionen ebenfalls aus BAföG-Mitteln in Höhe von jeweils 5 Millionen € in diesem und im nächsten Jahr zur Verfügung stellen. Es versickert überhaupt nichts.

Die Mittel für die Beschaffung von Großgeräten belaufen sich in diesem Jahr auf 13 Millionen €. Die Mittel aus den EU-Strukturfonds werden im nächsten Jahr verdoppelt. In diesem Jahr werden 24 Millionen € und im nächsten Jahr 47 Millionen € bereitgestellt.

Addiert man all diese Zahlen, dann stellt man fest, dass zusätzlich zu den Hochschulbudgets in diesem Jahr 116 Millionen € und im nächsten Jahr 135 Millionen € in die Hochschulen fließen. Von Kürzungen kann also gar keine Rede sein.

Darüber hinaus stellen wir für die Flüchtlingsintegration in den nächsten Jahren 4,7 Millionen € zur Verfügung, in jedem Jahr 1,5 Millionen €. Das ist jedenfalls gestern mit dem Nachtragshaushalt so beschlossen worden.

Auch die Mittel für Investitionen in den Universitätskliniken und für den Hochschulbau können nicht unberücksichtigt bleiben. In diesem Jahr sind das 84 Millionen € und im nächsten Jahr 68 Millionen €. Ich will nur einige Dinge benennen.

Der Steintor-Campus in Halle, der vorgestern eröffnet worden ist und der morgen einen Tag der offenen Tür durchführt, hat allein 52 Millionen € gekostet. Davon wurden 20 Millionen € in die Bibliothek investiert. Es ist ein Witz der Geschich-

te, dass 20 Studenten bei der Eröffnung der Bibliothek davor standen, demonstriert und über Kürzungen lamentiert haben. Nein, 52 Millionen € sind dort investiert worden.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Im Jahr 2016 werden in das Proteinzentrum am Weinbergweg 40 Millionen € investiert. Der Neubau der Biochemie wird ab 2016 finanziert. Bis zum Jahr 2020 sollen allein an den Universitätskliniken weitere 80 Millionen € investiert werden. Hinzu kommt die Zahnklinik in Halle, für deren Erneuerung rund 10 Millionen € vorgesehen sind. Bereits fertiggestellt wurde die neue Mediathek der Kunsthochschule ebenfalls in Halle, die mit 6 Millionen € zu Buche schlägt. Für das Herzzentrum in Magdeburg sind Mittel in Höhe von 38 Millionen € im Haushalt veranschlagt.

Neben den Hochschulen schlagen auch die Landeszuschüsse für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in diesem Jahr mit 86 Millionen € und im nächsten Jahr mit 87 Millionen € zu Buche. Auch das geschieht ja in Kooperation mit unseren Hochschulen, weil die Professoren gemeinsam arbeiten.

Also, von einem Finanznotstand in unserem Hochschulbereich sind wir weit entfernt. Natürlich kann man wie der kleine Häwermann immer rufen: mehr, mehr! Aber das Schicksal des kleinen Häwermanns ist ja bekannt.

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Sie rufen immer: weniger, weniger!)

Wir können aber auch über die Lehrerbildung reden. Kein anderer Studiengang war und ist in der Zielvereinbarung so abgesichert wie der Lehramtsstudienbereich. Die Ausbildungskapazität wurde immer nach den Bedarfszahlen des Personalentwicklungskonzepts ausgerichtet.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Eben!)

Im Jahr 2015 beträgt diese Kapazität insgesamt rund 550 Studienplätze. Sie soll und wird zum Wintersemester 2016/2017 auf 700 Studienplätze ansteigen.

Für die Lehrerbildung wurden folgende Mittel zugewiesen: der Martin-Luther-Universität 12 Millionen €, der Otto-von-Guericke-Universität 2,6 Millionen € und der Kunsthochschule Halle noch einmal 200 000 €. Das heißt also, knapp 15 Millionen € stehen zusätzlich zu den Budgets der Hochschulen für die Lehrerbildung zur Verfügung.

Darüber hinaus hat die MLU im Nachtragshaushalt, den wir gerade gestern beschlossen haben, eine Budgeterhöhung für die Erhöhung der Kapazitäten in der Lehrerbildung bekommen.

Wir können also sagen, unsere Hochschulen stehen gut da, außer man macht es wie der kleine Häwelmann und ruft immer: mehr, mehr. Natürlich kann man sich immer vieles wünschen.

Die Studenten sehen das übrigens genauso. Sie können heute in der „MZ“ lesen, als der Demonstrationszug von 900 Leuten vorbei ging, saßen sie in ihren Seminaren und haben studiert. Sie sehen also nicht, dass dort gekürzt wird. Die Studierenden sind vielmehr froh, dass sie so gute Studienbedingungen in Sachsen-Anhalt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Minister. Herr Minister, der Kollege Lange würde gern die Redezeit der Regierung verlängern. Er möchte Ihnen eine Frage stellen. - Bitte.

**Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Ich habe genau fünf Minuten gesprochen, damit der Kollege ebenfalls Zeit hat.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Ich passe schon auf, dass Ihre Redezeit bestehen bleibt; keine Angst.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Ich vertraue dem Präsidenten. - Herr Minister, natürlich kann man alle Zahlen zusammenrechnen und sagen, es sei alles gut, alles super.

**Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Wenn man über Kürzungen spricht, muss man über Zahlen reden.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Ich verstehe doch, dass Sie das so darstellen. Aber können Sie mir bitte einmal sagen, wieso Sie mit Ihrem Hochschulentwicklungsplan festgelegt haben, dass die Hochschulen 1 800 Studienplätze abbauen müssen und ganze Bereiche geschlossen werden müssen, wenn doch eigentlich überall nur Aufwuchs und Wachstum zu verzeichnen sind?

**Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Also, wenn Sie eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragen, dann müssen Sie auch die

Wahrheit ertragen. Das sind die Zahlen, die im Haushaltsplan stehen und die vom Landtag beschlossen worden sind. Die habe ich Ihnen noch einmal vorgetragen, weil Sie gesagt haben, es wird immer weniger. Ich habe Ihnen dargelegt, es wird immer mehr. Die Zielvereinbarung mit den Hochschulen sind eben mit ihnen vereinbart worden.

(Beifall bei der CDU)

Eine Vereinbarung heißt, dass man miteinander redet, dass man sich einig wird - das steckt in dem Wort „Vereinbarung“ drin - und dass man am Ende rechts und links unterschreibt. Dann sind beide damit einverstanden. Dass der eine immer noch mehr haben möchte, das ist so.

Wissen Sie, ich hätte auch gern mehr. Als Hochschulminister wäre es schön, wenn Sie mir noch einmal 100 Millionen € zur Verfügung stellen würden und wenn ich die nächsten fünf Monate noch einmal durch die Hochschulen gehen und Geld verteilen könnte.

Aber woher wollen Sie das Geld nehmen? - Das haben Sie bis heute nicht gesagt. Deshalb müssen Sie die Zahlen so akzeptieren. Wenn Sie eine solche Aktuelle Debatte beantragen, dann müssen Sie eben damit leben, dass Sie die Debatte verlieren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt spricht Herr Minister Dorgerloh. Bitte schön, Herr Minister.

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von mir gibt es Zahlen. Wir haben das Schuljahr mit einer landesweiten Quote in der Unterrichtsversorgung von 104,9 % begonnen. Das ist die Personalausstattung. Davon ziehen wir natürlich die Ausfälle aufgrund längerer Erkrankungen und Elternzeit ab. Dann liegen wir bei einer Versorgung von 101,4 %. Die Zahlen erweisen sich als stabil, nicht zuletzt, weil wir zusätzliche Einstellungen im bereits laufenden Schuljahr realisieren konnten.

Wir haben natürlich das große Thema Flüchtlingskinder in diesem Schuljahr zu bewältigen. Wir haben deutlich mehr als erwartet. Geplant haben wir für dieses Jahr mit 700 Schülern weniger.

Jetzt sind wir bei mehr als 3 400 Schülerinnen und Schülern in der Sprachförderung. Und sie gelingt. Daran haben viele einen Anteil. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Landesschulamt für die wirklich unermüdliche Arbeit in den letzten Monaten bedanken, ebenso beim Ministerium, die in wenigen Tagen ein funktionierendes Konzept ausgearbeitet haben, und vor allen Dingen auch bei den

Lehrerinnen und Lehrern, die mit großem Einsatz die Schüler willkommen heißen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben schnell reagiert und werden bis zu 120 Sprachlehrer in diesem Jahr einstellen. Mehr als 100 sind es schon jetzt. Wir werden im Jahr 2016 über die bis zu 250 Sprachlehrer hinaus noch 50 unbefristete Stellen vorsehen, über die wir gestern im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan gesprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns einen Blick auf die kommenden Neueinstellungen werfen. Insgesamt sind in dem zu Ende gehenden Jahr etwa 600 Lehrkräfte eingestellt worden bzw. werden eingestellt, so viele wie nie in der jüngeren Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der SPD)

Im laufenden Schuljahr werden wir bis zu 670 Lehrkräfte einstellen,

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

die ersten 265 in den nächsten Wochen bzw. Tagen.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Dabei kann man auch nicht von einem Vorziehen sprechen; denn das Schuljahr ist nun einmal nicht mit dem Haushaltsjahr kompatibel.

Es wird wie auch in diesem Jahr sein: Auf eine Ausschreibung folgt unmittelbar die nächste. Ich sage Ihnen einmal, wie viele Lehrerinnen und Lehrer in diesem Schuljahr voraussichtlich altersbedingt bzw. durch Kündigung, Tod etc. ausscheiden: Das Ministerium plant 283, die ausscheiden, und 670 werden wir einstellen.

Zusätzlich haben wir zwei neue Instrumente entwickelt, nämlich erstens die Vertretungsreserve mit 100 Lehrkräften. Im nächsten Jahr werden wir noch einmal 50 zusätzlich einstellen. Zweitens haben wir Vertretungsmittel als Instrument entwickelt, die kurzfristig, passgenau und fächerkonkret helfen sollen. Hierbei haben wir von einigen Hunderttausend Euro auf 2,5 Millionen € aufgestockt. Diese Instrumente müssen natürlich erst ihre Wirkung entfalten.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Denn wir wissen, dass das noch nicht an allen Schulen so ankommt, wie es geplant ist. Aber das ist auch nicht verwunderlich.

Einen dritten Punkt möchte ich noch ansprechen. Auch ich freue mich über den Aufwuchs allein im Bereich Halle bei den Lehrerausbildungszahlen von 550 auf 700; denn wir wissen, dass wir erst ab 2021/2022 große Steigerungen bei den Zahlen ha-

ben werden. Von daher ist das von der Zeitschiene her völlig richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich gibt es bei mehr als 800 Schulen im Land nicht nur jeden Tag eitel Sonnenschein. Das ist auch klar. Ich möchte an dieser Stelle auch nicht den Versuch unternehmen, alles schönzureden, was wir wöchentlich an neuen Herausforderungen, gemeinsam mit dem Landesschulamt, zu bewältigen haben. Man muss auch nicht alles gut finden, aber fair und mit Augenmaß sollte man vorgehen.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Wenn dann - wie gestern von Ihnen, Herr Gallert - vor dem Landtag gesagt wird: Die Landesregierung gibt uns keine Daten - Zitat: Man wüsste man gar nicht, wie der Personalbestand an unseren Schulen aussieht -, dann will ich Ihnen an dieser Stelle einmal die Kleinen und Großen Anfragen allein aus diesem Jahr in Erinnerung rufen: „Unterrichtsversorgung in der Sekundarstufe II“ vom 22. April 2015, „Ausscheiden von Lehrkräften in sogenannten Mängelfächern“ vom 28. April 2015, „Lehrerstunden für Russisch an den Gymnasien“ vom 12. Juni 2015, „Schülerzahlbezogene Lehrerstundenzuweisungen für Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen“ am 28. Juli 2015, „Sprachförderklassen und Sprachfördergruppen für Schülerinnen mit Migrationshintergrund“ vom 14. September 2015, „Personalausstattung der staatlichen Schulen zu Beginn des Schuljahres 2015/2016“ vom 14. September 2015.

Hinzu kommt die Große Anfrage der Union mit der Überschrift „Lehrkräftepersonal und Personalentwicklung in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt“ - damit haben wir sogar den Blick in die Zukunft und nicht nur in die Vergangenheit gewagt - vom 30. März 2015.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Dazu gibt es dann auch noch einen jährlichen Bericht zur Unterrichtsversorgung jeweils im Januar, so auch in diesem Jahr. Sie sehen also, die Zahlen liegen auf dem Tisch und sie sind öffentlich.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn man sich dann hinstellt und öffentlich darüber klagt, man habe die Zahlen nicht, dann ist das unlauter.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Minister, vielen Dank. - Der Kollege Gallert würde Sie gern etwas fragen.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Es ist eine Frage und eine Zwischenintervention. Herr Dorgerloh, unser Problem war immer, dass die Abgangszahlen, die prognostiziert worden sind,

im Vergleich zu den Ist-Zahlen viel zu niedrig lagen. Deswegen frage ich Sie jetzt nicht nach dem Saldo, der zu erwarten ist, sondern ich frage Sie nach dem Saldo des letzten Schuljahres. Wie viele Lehrer sind gegangen und wie viele haben wir eingestellt?

Als zweiten Punkt sage ich nur: Diejenigen, die diese Fragen gestellt haben und Ihre Antworten bekommen haben, haben mir gesagt - übrigens in der vorletzten Sitzung des Bildungsausschusses durch Sie persönlich bestätigt -, dass Sie nicht in der Lage sind zu sagen, wie viele Vollzeiteinheiten zurzeit wirklich vor der Klasse stehen. Sie haben die Zahl der Personen genannt, Sie konnten aber nicht sagen, wie viel Arbeitsvolumen sich dahinter verbirgt. Ihre Antwort im Bildungsausschuss war: Ich kann es nicht sagen. Das, was ich gestern gemacht habe, war, genau das zu wiederholen.

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Machen wir an dieser Stelle keine Erbsenzählerei.

(Zuruf von der LINKEN: Ah!)

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Wer hat denn damit angefangen?

(Unruhe bei der LINKEN)

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Moment. Ich kann Ihnen sehr genau sagen,

(Zuruf von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

wie viele Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausgeschieden sind. Es ist in der Tat so, dass wir - Sie haben völlig Recht - von einer Prognose sprechen. Wir wissen, wie viele Altersabgänge wir haben, entweder in die Freistellungsphase der Altersteilzeit oder in den Ruhestand. Aber hinzu kommt jährlich eine nicht genau bekannte Größe von Leuten, die kündigen. Wir haben auch Sterbefälle dabei und Leute, die aus anderen Gründen den Schuldienst verlassen müssen oder denen wir kündigen. Wir gehen, wie gesagt, von 283 aus.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Ich meine im letzten Jahr.

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Ja, Moment. - Wir haben 627 Abgänge gehabt, haben 600 eingestellt und 200 Lehrerstellen durch bedarfsmindernde Maßnahmen bzw. durch die Rückführung von Abordnungen hinzugewonnen, sodass wir insgesamt auf ein Arbeitsvermögen von round about 800 kommen - bei 627 Abgängen. Im letzten Schuljahr.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Wir danken der Landesregierung für ihre beiden Beiträge. - Auf der Gästetribüne begrüßen wir Damen und Herren der Städtischen Volkshochschule Magdeburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir fahren in der Aktuellen Debatte fort. Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Thomas. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Herr Thomas (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren auf Antrag der Fraktion DIE LINKE über die verhängnisvolle Kürzungspolitik im Bildungsbereich. Ja, wir haben von Herrn Lange das gehört, was wir alle erwartet haben: Wir geben zu wenig Geld aus; angeblich hat die Landesregierung auf der ganzen Linie versagt.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist die Wahrheit!)

Meine Damen und Herren! Was wir von Herrn Lange nicht gehört haben, sind Konzepte dazu, wie wir die Qualität der Hochschulausbildung weiter verbessern können. Was wir nicht gehört haben, ist, wie wir die Profilierung der Universitäten noch besser schärfen können. Was wir von Herrn Lange nicht gehört haben, ist, wie wir das vorhandene Geld so einsetzen, dass wir hier im Land einen effektiven Nutzen von den Absolventen haben.

Herr Lange, wir haben von Ihnen viel von Quantitäten gehört, aber wenig von Qualitäten, und das, Herr Lange, ist zu wenig, wenn man über Hochschulpolitik spricht.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich hätte von Ihnen als Antragsteller der Aktuellen Debatte mehr Substanz erwartet. Ich hätte erwartet, dass Sie hier kein Klagelied anstimmen, sondern uns etwas über die Zukunft der Hochschulausbildung aus der Sicht der LINKEN erzählen, zum Beispiel, warum wir uns in einem kleinen Land wie Sachsen-Anhalt mehr als 500 Studiengänge leisten, warum wir viele Studenten ausbilden, die unser Bundesland verlassen, weil wir oft am Bedarf vorbei ausbilden.

Ich hätte von Ihnen auch erwartet, dass DIE LINKE die Landesregierung bei ihren Bemühungen, die technische Ausbildung zu forcieren, aktiv unterstützt.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Das, was wir heute hier von Ihnen gehört haben, war wenig visionär. Das war Ihr altes Klagelied, das längst durch die Wirklichkeit überholt worden ist, meine Damen und Herren.

Ihnen ist dabei sicherlich entgangen, dass es inzwischen ein Hochschulkonzept des Landes gibt und dass die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen und Universitäten längst unterschrieben sind. Genau diese geben der Bildungslandschaft eine planbare Finanzsicherheit für die nächsten Jahre.

Ich hätte von Ihnen gern etwas zur Hochschulökonomie vernommen. Damit meine ich kein Studienfach, sondern das aktive Einwerben von Drittmitteln. Dafür reicht es nicht festzustellen, es gebe zu wenige Unternehmen. Nein, meine Damen und Herren, Drittmittel haben etwas mit der Schwerpunktsetzung einer Hochschule zu tun, mit ihrem Ruf und mit ihren Prioritäten in der Forschung.

(Zustimmung von Frau Gorr, CDU)

Auch hierbei hat die Landesregierung mit der im Jahr 2005 gestarteten Exzellenzoffensive gehandelt. Die Universitäten konnten damit ihre Wettbewerbsfähigkeit in den Natur- und Geisteswissenschaften sowie in den Ingenieurwissenschaften, in den Wirtschaftswissenschaften und in der Medizin deutlich verbessern. Der durchschnittliche Umfang der Drittmittelwerbungen je Professor konnte inzwischen auf das Doppelte gesteigert werden. Überdurchschnittlich gut schnitten bei der Drittmittelwerbung unsere Fachhochschulen ab.

Meine Damen und Herren! An den Fachhochschulen wurden aus den Mitteln der Exzellenzoffensive Kompetenzzentren angewandter und transferorientierter Forschung eingerichtet, die die Vernetzung in die regionale Wirtschaft erkennbar befördert haben.

Ferner wurden durch die Landesregierung Schwerpunkte in ausgewählten Forschungsbereichen gesetzt und in diesem Zusammenhang mehrere Forschungszentren gemeinsam mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegründet. Ich möchte nur einige nennen: Nanostrukturierte Materialien, Materialwissenschaften oder aber Strukturen und Mechanismen der biologischen Informationsverarbeitung, Biowissenschaften.

Meine Damen und Herren! Für die Otto-von-Guericke-Universität wurde darüber hinaus der besondere ingenieurwissenschaftliche Transferschwerpunkt Automotive Ingenieurwissenschaften gebildet, um die anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit den Wissens- und Technologietransfers zu verbinden. Eine weitere Profilierung im Bereich der Medizintechnik findet durch den im Aufbau befindlichen Forschungscampus „Stimulate“ statt. An den Fachhochschulen sind themenbezogenen Kompetenzzentren für anwendungs- und technologieorientierte Forschung entstanden.

Meine Damen und Herren! Damit sind die nötigen strukturellen Rahmenbedingungen für die künftige

stärkere Drittmittelwerbung, auch aus der Wirtschaft, geschaffen worden. Zunehmend entfalten diese Zentren die erwartete Wirkung. Die hier investierte Förderung über die Rahmenvereinbarung Forschung und Innovation setzte die nötigen Impulse und ermöglichte durch Kofinanzierung eine Vervielfachung der eingesetzten Landesmittel.

Die Landesregierung hat niemand anderen als den Wissenschaftsrat mit einer umfassenden Expertise betraut. Dieser Wissenschaftsrat hat dem Land nicht nur wichtige Hinweise zur weiteren Optimierung des Systems gegeben, sondern im Gegensatz zu den LINKEN auch festgestellt: Das staatliche Hochschulsystem besteht aus einem - ich zitiere -

„regional ausgewogenen Institutionengefüge aus zwei Universitäten, vier Fachhochschulen und einer Kunsthochschule, die von einer Reihe leistungsfähiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen umgeben sind.“

Meine Damen und Herren! Das Hochschulsystem ist in seiner Grundstruktur den Anforderungen angemessen. Der Wissenschaftsrat stellt in seinen Empfehlungen fest, dass die Hochschulen des Landes, gemessen an der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, ihren Auftrag zur Sicherung eines chancen- und bedarfsgerechten Hochschulzugangs im gesamtdeutschen Hochschulsystem, zu dem sich Land und Hochschulen im Rahmen des Hochschulpakts 2020 verpflichtet haben, in den letzten Jahren eindrucksvoll erfüllt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das sehen die Koalitionsfraktionen auch so. Darum geben wir jährlich fast 700 Millionen € nur für die Hochschulen und Universitäten aus. Das ist der größte Einzeletat des Landes. Mir wird es ein ewiges Rätsel bleiben, wie man dabei von einer Unterfinanzierung des Systems sprechen kann.

Meine Damen und Herren! In diesem Jahr gibt das Land Budgetmittel in Höhe von 329 Millionen € für die Hochschulen und Universitäten aus. Im nächsten Jahr steigt die Summe sogar auf knapp 335 Millionen € an. Allein der Zuschuss für die medizinischen Fakultäten beläuft sich in diesem Jahr auf 106 Millionen €, im Jahr 2016 sogar auf 108 Millionen €. Die Peripheriemittel steigen im nächsten Jahr von 116 Millionen € auf 133 Millionen €. Wir haben BAföG-Mittel in Höhe von 15 Millionen € an die Hochschulen weitergeleitet. Wir haben bei der Großgeräteförderung aufgesattelt und auch bei den Investitionsmitteln haben wir insgesamt 11 Millionen € draufgelegt. Unter dem Strich dürften die Hochschulen also recht ordentlich ausgestattet sein.

Herr Lange, wo Sie dabei verhängnisvolle Kürzungen erkennen wollen, wird Ihr Geheimnis bleiben.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass wir zu allen Hochschulstandorten stehen und natürlich auch zur Universitätsmedizin. Auch die Zahnmedizin wird weiterhin am Standort unterstützt. Der Landtag hat Mittel für die Sanierung der Zahnklinik freigegeben. Wir haben den Prozess mitverfolgen können, wie aus einem technischen Betriebsschaden eine völlig neue Zahnklinik entsteht. Das ist ein beredtes Zeichen dafür, wie die Landespolitik hier agiert und wie die Studienbedingungen deutlich verbessert werden, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Kurze, CDU)

Deswegen lassen Sie mich zum Schluss sagen: Das System ist nicht unterfinanziert; vielmehr müssen die Prioritäten durch die Hochschulen und Universitäten so gesetzt werden, dass man den nötigen finanziellen Spielraum für Forschung und Lehre hat.

Aber ich sage Ihnen auch ganz klar: Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht grenzenlos. Sie muss sich immer am finanziellen Rahmen des Machbaren orientieren. Sie muss sich immer am finanziellen Rahmen des Machbaren orientieren, Herr Lange. Ich sage dies zweimal, weil Sie es mit den Zahlen manchmal nicht so einfach haben. Dies haben unsere Hochschulen verstanden und sie haben es gemeinsam mit der Landesregierung in die Zielvereinbarungen geschrieben.

Herr Lange, abschließend habe ich noch eine Bitte: Auch wenn wir uns - und Sie sich insbesondere - bereits im Wahlkampfmodus befinden,

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Sie nicht, das ist klar!)

und Sie versuchen, bestimmte Dinge in unserem Land schlechtzureden, tragen Sie bitte nicht dazu bei, dass sich das Image unserer Hochlandtschaft, dass sich das Bild unserer Universitäten nach außen hin falsch darstellt.

(Frau Bull, DIE LINKE: Wer hat denn damit angefangen?)

Ich fordere Sie auf, keinen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Hochschulen, unserer Rektoren und unserer Studenten zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Kollege Thomas, wollen Sie eine Frage des Herrn Lange beantworten?

**Herr Thomas (CDU):**

Herr Präsident, das möchte ich nicht. Ich möchte auch begründen, warum ich das nicht tun möchte. Wir führen gerade eine Aktuelle Debatte und über alles andere können wir im Ausschuss diskutieren. Dort haben wir genügend Zeit und Möglichkeiten. Ich denke, wir müssen dies heute nicht im Rahmen der Aktuellen Debatte besprechen. Deswegen werde ich die Frage jetzt nicht beantworten. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Das ist Ihr gutes Recht. - Herr Lange hätte jetzt das Recht auf eine Kurzintervention. Er nutzt es.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Dann werde ich das so tun. Erstens. Nicht dass man darüber redet, dass ganze Bereiche an den Hochschulen abgebaut werden und dass Studienplätze abgebaut werden, verschlechtert das Image der Hochschulen, sondern diejenigen, die das tun, die dies zu verantworten haben, verschlechtern das Image der Hochschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Ich stelle fest - Herr Thomas wollte darüber nicht mit mir reden -, dass der Wissenschaftsrat natürlich vernünftige Aussagen über unsere Hochschullandschaft getroffen hat, insbesondere über die Ausgewogenheit. Er hat aber auch empfohlen, dass es in diesem Bereich nicht zu Kürzungen kommen darf. Er hat dies sogar sehr scharf angemahnt. Die Bernburger Vereinbarung läuft dem entgegen.

Drittens. Herr Thomas, ich würde gern mit Ihnen im Ausschuss diskutieren, allerdings höre ich dort von Ihnen sehr wenig.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Thomas möchte jetzt doch sprechen?

**Herr Thomas (CDU):**

Herr Präsident, es ist eine Zwischenintervention. - Herr Lange, Sie würden mehr von mir hören, wenn Sie bis zum Schluss der Ausschusssitzungen anwesend wären.

(Zustimmung bei der CDU und von Staatsminister Herrn Robra - Unruhe bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Wir wollen es jetzt mit den Aussagen zur Ausschussbeteiligung nicht übertreiben. - Herr Lange.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Leider kann ich Herrn Thomas hier keine Frage stellen, aber er würde mir sicherlich darin zustimmen, dass ich bei den Punkten, die die Hochschulen betreffen, immer anwesend bin.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Anwesend ist auf jeden Fall Frau Professor Dalbert und sie hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. - Bitte schön, Frau Kollegin.

**Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer Aktuellen Debatte über Hochschulkürzungen und Unterrichtsversorgung; es geht also um zwei zentrale bildungspolitische Bereiche.

In Bezug auf die Unterrichtsversorgung muss man einfach klar feststellen: Sie ist in diesem Land katastrophal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Minister hat - wenn ich mir das richtig mitgeschrieben habe - gerade gesagt, dass die Unterrichtsversorgung bei 101,4 % liegt. Das ist jenseits von Gut und Böse. Wir können uns darüber streiten, ob 103 % oder 105 % die richtige Größenordnung wäre. Wir sagen klar: 105 %. Aber die Unterrichtsversorgung in diesem Land ist weit entfernt von dem, wo Schule funktionieren kann. Es fällt in erheblichen Größenordnungen Unterricht aus. Den Totalausfall in unseren Schulen kann man inzwischen in Wochen messen. An den Schulen fällt für ein oder an den Gesamtschulen für zwei Wochen der Unterricht aus.

Man muss sich natürlich fragen: Warum ist das so? - Sie haben in diesem Zusammenhang mit vielen Zahlen jongliert. Aber warum dies so ist, kann man relativ einfach beantworten. Wir haben über Jahre hinweg Lehrer und Lehrerinnen ausgebildet. Ich habe seit dem Jahr 1998 selbst daran mitgewirkt. In den Schuljahren 1998 und 1999 habe ich die Verantwortung für round about 220 Lehrer und Lehrerinnen getragen. Zwischenzeitlich sind die Ausbildungszahlen auf bis zu 700 Lehrer angestiegen, die wir ausgebildet, gut ausgebildet haben. Aber wir haben sie nicht eingestellt. Wir haben sie für andere Länder ausgebildet.

Insofern haben wir ein Delta in der Unterrichtsversorgung und in der Anzahl der Lehrer und Lehrerinnen, das sich über Jahre aufgebaut hat. Wir starten in jedem Jahr mit einem Delta von mehreren Hundert Lehrern, die uns in den Schulen fehlen. Dieses Delta versuchen Sie jetzt auszugleichen. Aber Sie können das gar nicht ausgleichen, weil uns die Lehrer und Lehrerinnen gar nicht zur Verfügung stehen.

Die Frage, die ich Ihnen stelle und zu der ich nichts von Ihnen gehört habe, ist: Wie wollen Sie überhaupt an die Lehrer und Lehrerinnen kommen, die uns jetzt fehlen? - Der Markt an Lehrern und Lehrerinnen ist leer gefegt. Sie können auch über Facebook oder andere Medien suchen. Es ist aller Ehren wert, dass Sie jetzt alle Register ziehen, aber die Frage ist: Wie kommen wir an genug Lehrer und Lehrerinnen?

Ich möchte an dieser Stelle auch eines sehr deutlich feststellen: Wir reden über ein Problem bei der Unterrichtsversorgung, das die Landesregierung durch ihr Handeln verschärft hat. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit den Flüchtlingskindern zu tun, die zu uns kommen; denn die Flüchtlingskinder kommen sozusagen noch obendrauf.

Dass wir - es wäre eine große Freude für uns, wenn sie hierbleiben würden - in diesem Jahr vermutlich 10 000 schulpflichtige Menschen mehr in unserem Land haben, das ist ein großes Glück für dieses Land, das müssen wir bewältigen. Aber die Unterrichtsversorgung, der Lehrermangel, über den wir im Moment reden, hat mit den Flüchtlingskindern nichts zu tun. Ich finde es ganz wichtig, dies zu sagen und dies auch nach außen zu sagen und diese beiden Dinge auseinanderzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen stelle ich die Frage: Was wollen Sie tun? Wollen Sie weiter die Stundentafel reduzieren? - Diesen Weg gehen Sie, bis dann die Leistungen immer schlechter und schlechter werden. Noch kompensieren die Schulen, die Lehrer und Lehrerinnen dies, aber das wird nicht auf Dauer gehen.

Zu weiteren bedarfsreduzierenden Maßnahmen, beispielsweise zur Streichung von Stunden für Sonderaufgaben, sage ich Ihnen: Unsere Lehrer und Lehrerinnen fahren schon jetzt auf Verschleiß. Sie können ihnen nicht noch mehr aufbürden.

Insofern frage ich Sie ernsthaft: Was wollen Sie tun? Sind Sie bereit, endlich beispielsweise Ein-Fach-Lehrer als gleichwertige Lehrer an unseren Schulen anzuerkennen? Oder wollen Sie ein sächsisches Modell verfolgen? - Ich habe neulich in der Zeitung gelesen, dass in Sachsen inzwischen 40 % der Lehrer und Lehrerinnen Quereinsteiger seien. Ist dies Ihre Vision davon, wie wir die Unterrichtsversorgung sichern wollen? - Ich weiß es nicht. Ich habe darauf keine Antwort von Ihnen gehört.

Kommen wir zur Ausbildungskapazität. Erst einmal muss man feststellen, dass die Zahl der Einschreibungen für ein Lehramtsstudium gesunken ist. Waren es im Studienjahr 2013/2014 noch 746 Studenten, so waren es im Studienjahr 2014/2015 nur noch 596 Studenten. Die Zahl für das aktuelle Studienjahr liegt mir noch nicht vor.

Aber eines ist auch klar: Wenn uns 600, 700 oder 800 Lehrer und Lehrerinnen im Jahr fehlen - ich will mich jetzt nicht darüber streiten, ob es 600 oder 800 Lehrer sind -, dann reichen 700 Studienplätze doch nicht aus. Wir wissen doch, dass je nach Studienfach eine gewisse Anzahl von Studierenden in andere Studienfächer wechselt und das Studium nicht beendet. Damit produzieren Sie doch schon wieder den nächsten Engpass, abgesehen davon, dass das bei den Referendaren und Referendarinnen erst in fünf Jahren greift und noch später, nach sechseinhalb Jahren, dann mit dem zweiten Staatsexamen. Aber mit diesen Zahlen produzieren Sie schon wieder einen Engpass in der Versorgung mit Lehrern und Lehrerinnen.

Insofern hinterlassen Sie hiermit eine riesige Hypothek für alle, die nach Ihnen kommen; denn dies sind keine leicht zu lösenden Probleme. Man muss sich dann fragen: Woher bekomme ich Lehrer und Lehrerinnen? - Man muss die Ausbildungskapazität erhöhen, man muss mehr Lehrer und Lehrerinnen in die Schulen bekommen. Von Ihnen bekommen wir keine Antwort darauf. Ein Umsteuern wird sehr, sehr schwer werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Harms hat - - Nein, Herr Thomas, Entschuldigung. Für die CDU spricht hierzu oft Herr Harms, deswegen verzeihen Sie mir bitte diese Namensverwechslung. - Herr Thomas hat das Wort Qualität in den Mund genommen. Dazu muss ich sagen: In Bezug auf die Schule betreibt die Landesregierung Arbeitsverweigerung. Qualitätsdebatten werden hier nicht geführt.

Ich nenne nur zwei Themen. Seit mindestens drei Jahren mahne ich an, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie wir uns multiprofessionelle Teams in den Schulen vorstellen, wer dazugehören soll und wie wir sie finanzieren wollen, wenn die nächste EU-Förderperiode ausläuft. Was bekomme ich? - Irgendeine Excel-Tabelle. Aber es findet überhaupt keine Debatte darüber statt, was wir in den Schulen haben wollen und wie wir das am Ende finanzieren wollen.

Wir waren mit dem Ausschuss gerade in Helsinki. Dort gehören Schulsozialarbeit, Förderschullehrer, Schulpsychologen, Schularzt und Krankenschwester zum natürlichen Team an den Schulen.

(Herr Güssau, CDU: Aber nicht mehr lange!)

- Das gehört dort zu den Schulen. - Diese Debatte müssen wir führen. Wir führen sie nicht und die Landesregierung verweigert sich bei diesem Punkt.

Genauso verweigert sie sich bei der Frage, wie wir auf Dauer Inklusion in unseren Schulen hinbekommen, welche Teams wir dazu in den Schulen brauchen und ob wir uns auf Dauer zwei Systeme,

nämlich die inklusive Schule und die Förderschule, leisten können. Auch hierzu höre ich von der Landesregierung nichts. Auf uns kommen auch hierbei in der nächsten Legislaturperiode riesige Hypotheken und große Aufgaben zu.

Als ich dem für die Hochschulen zuständigen Minister zugehört habe, habe ich mir den Kopf gekratzt - -

(Herr Lange, DIE LINKE: Es ist alles gut, Frau Dalbert, darüber müssen wir nicht mehr reden!)

- Gut. Ich danke Ihnen, dass Sie mich darauf hinweisen. - Irgendwie habe ich nicht mitbekommen, dass der Bernburger Frieden aufgekündigt wurde und die Hochschulen keine Kürzungen in Kauf nehmen müssen. Das ist an mir vorbeigegangen.

Ich möchte an dieser Stelle die Forderung meiner Fraktion wiederholen: Der Bund stellt dem Land Sachsen-Anhalt Mittel in Höhe von 30 Millionen € für die Hochschulen zur Verfügung. Diese 30 Millionen € gehören in die Grundfinanzierung der Hochschulen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Früchte Ihrer Politik und der Kürzungsdebatten können wir an den Zahlen an unseren Hochschulen ablesen. Wir haben sinkende Zahlen bei den Einschreibungen, bei den Erstsemestern zu verzeichnen. Das sind die Früchte Ihrer Politik. Das ist schlecht für das Land. Das bedeutet, dass wir die Mittel aus dem Hochschulpakt, mit denen die Hochschulen rechnen, nicht bekommen werden. Das heißt, dass uns ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den demografischen Wandel fehlt, wenn weniger junge Menschen an unsere Hochschulen kommen, und das schwächt natürlich auch die regionale Wirtschaftskraft. Das ist das Ergebnis Ihrer Hochschulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Thomas, auch dazu haben Sie gesagt, dass Sie eine Qualitätsdebatte führen wollen. Das sollten wir tun, aber es ist in den letzten vier Jahren nicht passiert.

(Herr Thomas, CDU: Ich habe dazu auch wenig von dem Kollegen Lange gehört!)

Es gab in diesem Land zum Beispiel keine Debatte zum Thema Hochschule als inklusiver Bildungsort. Jede Kita und jede Schule ist hierbei weiter als unsere Hochschulen. Die Hochschulen sind kein inklusiver Bildungsort. Darüber müssen wir debattieren. Wir müssen auch über die Hochschulen als gute Arbeitgeber diskutieren. Selbstverpflichtungen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse - Fehlanzeige. International konkurrenzfähige Steuerungsinstrumente wie Tenure-Track - auf Eis gelegt. Das ist doch ein Versagen auf der gan-

zen Linie, wenn es um die Frage geht: Wie kann ich die Qualität an den Hochschulen weiterentwickeln?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern bin ich dankbar für die Aktuelle Debatte, allerdings bleiben wir mit einem deprimierenden Ergebnis zurück. Die Hypothek, die uns diese Landesregierung mit Blick auf die Bildungspolitik, die Unterrichtsversorgung, die Qualität von Schule und Hochschule für die nächste Legislaturperiode mitgibt, ist riesig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Die SPD-Fraktion hat sich die Redezeit geteilt. Es beginnt Frau Reinecke und Frau Dr. Pähle schließt sich an. Bitte, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Herr Borgwardt, CDU: Wenn es der Wahrheitsfindung dient!)

#### **Frau Reinecke (SPD):**

Teamwork ist immer gut, Herr Borgwardt. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Ankündigung zur Aktuellen Debatte las, war mir klar, in welche Richtung es geht. Mein Eindruck nach dem gestrigen Tag, dem Aktionstag der GEW - dort habe ich das schon erleben können -, dass sich die Opposition bei diesem Thema warmläuft, hat sich jetzt bestätigt.

(Zuruf von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Ich möchte feststellen, dass wir zu diesem Thema sehr oft, sehr breit, sehr intensiv und auch richtig diskutiert haben. Es gab hierzu Anträge im Landtag. Es wurden Aktuelle Debatten dazu durchgeführt. Es gab viele kleine Anfragen und die Antworten darauf, in denen sehr wohl auch Zahlen genannt worden sind. Wir haben uns auch zu bestimmten Problemen bekannt.

Davon auszugehen, es wurde nichts getan, das kann man hier so nicht stehen lassen. Wir wissen, wo wir hergekommen sind, und haben auch reflektiert. Ich nenne einfach nur noch einmal die Stichworte: PEK, Einstellungskorridor, IMAG - die interministerielle Arbeitsgruppe zum Lehrkräftebedarf und den Schülerprognosen. Es wurde sehr wohl reagiert. Es ist auch eine Änderung in Sicht. Wir haben ganz bewusst die finanziellen Mittel für diesen Bereich in einer gebührenden Höhe erhöht.

(Zustimmung von Frau Schindler, SPD)

Die Zahl der Neueinstellungen ist in folgendem Umfang vorgenommen worden - Herr Minister hat es vorhin schon einmal ausgeführt; ich könnte jetzt die einzelnen Punkte noch einmal benennen -:

220 Stellen laut Personalentwicklungskonzept plus 150 zusätzliche Einstellungen jährlich bis zum Jahr 2025, 100 Stellen zur regionalen Vertretungsreserve und 100 zusätzliche befristete Einstellungen zur Sprachförderung.

Wir haben Kenntnis davon, dass sich das Schulwesen gerade in diesem Jahr besonderen Belastungen ausgesetzt sieht vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Auch darauf haben wir reagiert.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manches braucht aber auch länger. Sicherlich, eine hohe Zahl von Lehrerinnen und Lehrern, die ausscheiden und nicht so schnell zu ersetzen sind wie in den Jahren zuvor, sind zur Kenntnis zu nehmen, die werden auch nicht weggeredet. Aber die Maßnahmen, die hier eingeleitet wurden, müssen, bitte schön, auch erst einmal wirken.

Die derzeitige Situation verlangt dem System Schule besonders viel ab. Vor dem Hintergrund des Themas Migration sind die pädagogischen Herausforderungen enorm. Auch ich möchte mich an dieser Stelle mit einem großen Dankeschön bei allen denen bedanken, die diesen pädagogischen Prozess zurzeit begleiten und gestalten müssen. Ich glaube, das ist an der Stelle auch fraktionsübergreifend Konsens.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

- Danke. - Wir haben zu diesem Thema sehr oft und ausführlich diskutiert, und diese Aktuelle Debatte steht heute für mich schon unter dem Zeichen des Wahlkampfes. Mich ärgern bestimmte Situationen oder bestimmte Sachen, die auch gerade in der letzten Woche aufgelaufen sind. Ich würde Ihnen ganz gerne ein Beispiel bringen.

Die 66 Abgeordneten der Koalitionsfraktionen haben in einem enormen Tempo unwahrscheinlich viele E-Mails erhalten. Ich möchte auf eine eingehen, ohne irgendwelche Namen und nennen, ohne eine Anrede zu nennen. Wir haben eine E-Mail, in der sich ein Lehramtsstudent bekennt, der noch nicht so viel Kenntnis hat von den Dingen.

„Allerdings stehe ich diesem Thema nicht sonderlich versiert gegenüber. Deshalb habe ich eine Rundmail unterschrieben, welche an alle Abgeordneten ging.“

- das stimmt nicht, sondern an alle Abgeordneten der Koalitionsfraktionen -

„verfasst von Herrn Thomas Lippmann in seiner Funktion GEW-Vorsitzender. Dieser hat sich mit Ihnen als Abgeordnete in Verbindung gesetzt. Von diesen Ansichten

möchte ich mich insoweit distanzieren, als dass ich nicht alle Kenntnisse zu diesem Prozess habe. Ich werde dieses Thema aber mit Interesse weiterverfolgen.“

Liebe GEW, sage ich einfach einmal, was habt ihr euch dabei eigentlich gedacht?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Bisher legen wir immer großen Wert darauf, nicht mit Pauschalkritik umzugehen, sondern konkrete Sachen anzusprechen. Keiner von uns scheut sich hier in der Runde,

(Herr Güssau, CDU: Das hatten wir klar gesagt!)

direkt vor Ort zu gehen, sich die Probleme und Sorgen anzuhören, auch wenn wir nicht immer gleich die Patentrezepte parat haben. Aber was hier abgelaufen ist, das ist unter der Gürtellinie. - Entschuldigung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich würde deshalb abschließend für meinen Bereich noch einmal anmerken: Wir können die Probleme nur mit Besonnenheit und Sachlichkeit lösen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Frau Reinecke, Frau Bull würde Ihre Redezeit gerne verlängern. - Bitte schön.

#### **Frau Reinecke (SPD):**

Ich möchte nicht antworten.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Sie wollen nicht antworten? - Dann interveniert sie kurz, und Frau Pähle kann sich schon aufstellen.

#### **Frau Bull (DIE LINKE):**

Das macht sie. - Ich finde, es ist ein Stück weit befremdlich, wenn ein legitimer Prozess einer Gewerkschaft und eines Landeselternrates und vieler - in Halle waren es wirklich mehrere Hundert - auf diese Art und Weise in Misskredit gebracht wird.

Wir wissen genau, 14 100 Lehrkräfte haben wir derzeit vor der Schule. 14 300 waren es noch vor zwei Jahren. Dass die Misere in diesem Land groß ist, das wissen Sie sehr genau, wenn Sie in vielen Schulen unterwegs sind.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt hat Frau Dr. Pähle das Wort.

#### **Frau Dr. Pähle (SPD):**

Vielleicht gestattet es mir Frau Bull, auf die Intervention kurz zu antworten. - Frau Bull, es ist das legitime Recht eines jeden Bürgers, einer jeden Bürgerin, sich an die Abgeordneten zu wenden; darum geht es nicht. Worum es geht, ist: Die GEW bringt momentan die Leute auf die Bäume

(Frau Bull, DIE LINKE: Das hat sie schon längst!)

und hat keinen Plan, wie sie sie wieder herunterholt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die von Ihnen angestrebten Zahlen zur Neueinstellung von Lehrern, darüber kann man trefflich diskutieren, das können wir gerne alles tun. Die grundsätzliche Frage wird sein:

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Finden wir sie? - Wir finden sie nicht deshalb nicht,

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

weil Sachsen-Anhalt keinen Neueinstellungskorridor hat, sondern wir finden sie nicht, weil einfach der Markt bundesweit leergefegt ist.

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Wir können gerne darüber streiten, warum die MLU den Bereich der Lehrerbildung immer noch nicht als ihren Schwerpunkt begreift.

(Frau Bull, DIE LINKE: Gerne!)

Warum es dort notwendig ist, darum zu kämpfen, die Kapazitäten hochzufahren. Weshalb das Zentrum für Lehrerbildung sagt: Hätten sie nicht die Mittel vom Bund bekommen, wäre ihre Bedeutung in der Universität heute noch lange nicht so anerkannt wie jetzt. Das alles sind Sachen, über die müssen wir uns auch unterhalten.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei der CDU - Herr Güssau, CDU: Sehr gut!)

Wenn Sie etwas zusammen mit uns tun wollen, um das Problem zu lösen - und hier gibt es niemanden, der das Problem nicht lösen will;

(Zustimmung bei der SPD - Frau Hohmann, DIE LINKE: Gerne machen wir das!)

wir alle wissen, wie es aussieht, und wir alle wollen Lösungen finden -, dann gehen Sie mit uns allen in die Schulen. Begeistern Sie junge Leute für das Lehramt. Erzählen Sie ihnen aber bitte nicht, sie sollen Deutsch und Sozialkunde für das Gymnasium studieren, sondern Sekundarstufe, und zwar Mathe, Physik, Chemie; das sind die Mangelfächer.

Dann reden wir gerne über Neueinstellungen in diesen Bereichen; denn dort brauchen wir sie.

Auch an den Förderschulen brauchen wir Lehrer, die für Integration und Inklusion zuständig sind. Wir brauchen Lehrer an den berufsbildenden Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Das ist das, was wir brauchen.

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Ich bin in vielen Punkten, auch was die Unzulässigkeit von Kürzungen im Bildungsbereich betrifft, sicherlich Ihrer Meinung. Aber es immer so auf diese Punkte zuzuspitzen, wird der Komplexität des Systems nicht gerecht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Ich bin noch lange nicht dabei, zu sagen, unsere Hochschulen haben mit 500 Studiengängen zu viele. Wir dürfen auch nicht nur für Sachsen-Anhalt ausbilden und wir dürfen auch nicht nur für das ausbilden, was der Markt braucht. Aber bitte, bitte sorgen Sie mit dafür, nicht zu einer hochgeladen emotionalen Diskussion zu kommen, die den Leuten suggeriert: Wir schaffen Lösungen von heute auf morgen. Für beide Sachen ist der Bildungsbereich, weder in den Schulen noch im Hochschulbereich, geeignet. Das sind langfristige Prozesse. Wir können uns gerne darüber unterhalten, wie wir das machen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Herr Güssau, CDU: Sehr gut!)

Der Instrumentenkasten, wie wir das Problem lösen, wird sicherlich vielfältig sein. Man wird Sachen abschichten müssen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Stehen Sie noch zum PEK? Wie sieht das aus?)

- Das PEK für den Lehrerbereich ist jetzt schon durch die Anpassung an den Bedarf in diesem Bereich nicht mehr die Verhandlungsgrundlage. Wir haben Neueinstellungen vorgezogen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Genau, das ist der Punkt! Vorgezogen, sagen Sie! - Herr Lange, DIE LINKE: Das PEK stimmt nicht mehr! Nun sagen Sie es doch endlich!)

- Herr Lange, wenn ich Ihnen jetzt sage, das PEK stimmt an der Stelle nicht mehr, was ist dann anders?

(Frau Bull, DIE LINKE: Dann müssen wir anders planen und eine ehrliche Rechnung aufmachen!)

Das, was jetzt mit den zusätzlichen Stellen passiert für Sprachförderung, mit der Vertretungsreserve, ist schon ein Hinausgehen über das PEK. Es ist eine Anpassung an die Realität. Ich

bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Leider ist meine Redezeit abgelaufen.

(Herr Güssau, CDU: Schade! - Zuruf von der SPD: Schade! - Herr Lange, DIE LINKE: Sie haben alles gesagt!)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Frau Dr. Pähle, Sie hätten jetzt noch eine Minute Redezeit. Das ist hier ein bisschen durcheinander gekommen. Frau Bull möchte Ihre Redezeit auch noch verlängern. Eine Minute und dann Frau Bull.

#### **Frau Dr. Pähle (SPD):**

Ich nutze jetzt erst einmal die Minute. - Ich sage, dieser Landtag steht am Ende seiner Legislaturperiode.

(Herr Hoffmann, DIE LINKE: Das stimmt! Das ist gut so!)

Es gibt viele Überlegungen in allen Parteien, wie man dieses Problem lösen kann. Jetzt sage ich das auch mit selber heruntergefahrener Lautstärke und Emotionalität.

Der Bildungsbereich ist ein Bereich, der mit Vorausschau und mit Planungen einhergehen muss. Da nutzt es nichts, wie gesagt, von heute auf morgen den Leuten zu suggerieren, wir haben Lösungen. Vielmehr hoffen wir alle zusammen, dass sich im nächsten Landtag eine Mehrheit findet, die strukturell an das Problem herangeht.

Das fängt bei der Studienorientierung in den Gymnasien an. Das geht weiter beim Thema „Lehr- amtsausbildung zukunftsfähig gestalten“. Auch da haben wir schon einiges getan. Alle diese Sachen müssen umgesetzt werden, müssen Zeit haben, sich zu entwickeln.

Wir müssen darüber reden, wie Sachsen-Anhalt attraktiv wird. Wir müssen darüber reden, wie wir es hinkriegen, dass die Lehrerinnen und Lehrer, die bei uns am Ende ihres Studiums stehen und für das Lehramt zur Verfügung stehen, nicht nur in Halle bleiben wollen und nicht nur in Magdeburg, sondern in die Altmark, ins Mansfelder Land gehen und dort bleiben. Dafür sind Ideen gefragt. Das sind Ideen, die sind wesentlich wichtiger, als sich darüber zu beschweren, was in den letzten Jahren alles schiefgegangen ist. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Mit der Redezeit war jetzt alles in bester Ordnung. - Jetzt wäre Frau Bull bereit und willens, an das

Mikrofon zu treten, und dann habe ich Frau Hohmann noch gesehen. - Bitte, Frau Bull.

**Frau Bull (DIE LINKE):**

Frau Pähle, in der Zielkurve sind wir uns dann fast wieder einig. Ich gebe auch zu, dass es kompliziert sein wird, diesen Weg zu korrigieren. Trotzdem gehört zur Wahrheit dazu: 2004 ist beschlossen worden, dass die Lehrerbildung in Magdeburg geschlossen wird. Die staatlichen Seminare sind zentralisiert worden. Das Personalentwicklungskonzept dieser Landesregierung ist erfolgreich.

Diese Misere haben wir jetzt. Ich sage noch einmal, in der Zielkurve kommen wir wieder nahe zueinander, aber es wird viel zu tun sein, und es wird schwierig sein, diese ganzen Pfade, die gelegt wurden in den letzten zehn Jahren, zu korrigieren.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Da gebe ich Ihnen Recht. Auch Halle ist nicht glücklich damit, dass sie die Ingenieurwissenschaften weggenommen bekommen haben.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das war auch falsch!)

- Das war auch falsch. Aber ich glaube, zur Realität gehört auch, dass es bei einer vielfältig aufgestellten Forschungs- und Hochschullandschaft in unserem Land an vielen Stellen sinnvoll ist, Dinge zusammenzufassen. Ob es sinnvoll ist bei der Lehrerbildung, darüber kann man noch einmal trefflich streiten.

(Herr Lange, DIE LINKE: Man hätte die Kapazitäten erhöhen müssen in Halle!)

Aber ich sage auch, warum es an anderen Stellen im Hochschulbereich - ich nenne hier nur die Landwirtschaft - nicht dazu kommt. Dass die Martin-Luther-Universität zusammen mit der Hochschule Anhalt nicht zu gelebten Kooperationen kommt, ist ein Problem.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das sehe ich auch so!)

Das zeigt sich an vielen Stellen. Nicht alles an der Zusammenlegung und Konzentration ist immer schlecht. Man muss dann sehen, wie man es weiterentwickelt, wenn die Entwicklung, die man erhofft hat, nicht eingetreten ist. Das werden wir hier gemeinsam diskutieren müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt hat Frau Hohmann das Wort.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich musste meine Emotionen ein bisschen im Zaum halten, aus dem

ganz einfachen Grund: Ich bin 30 Jahre lang Lehrerin an einer Schule gewesen. Und wir haben schon vor fünf Jahren, bevor ich hier in den Landtag gekommen bin, diese Probleme der Unterrichtsversorgung gehabt.

Soweit ich Bescheid weiß und soweit ich auch im Bildungsausschuss mit gewesen bin, haben wir mehrfach und ganz intensiv darauf abgezielt, Anträge einzubringen, um diese Misere, die wir heute haben, schon anzumahnern und hier gegenzusteuern. Wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen, wir würden das nur aus wahlkampfaktischen Gründen machen, halte ich das eigentlich nicht für richtig.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Das habe ich nicht gesagt.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Ich finde, die fünf Jahre hatten Sie Zeit gehabt, genau diesem Stand, den wir heute haben, entgegenzuwirken. Aber alles, was ich in dem Ausschuss erlebt habe - das war meine erste politische Erfahrung mit einem Landtag -: Nur weil es von der Opposition kommt, wird es abgelehnt, und sich überhaupt nicht inhaltlich damit zu beschäftigen, das halte ich wirklich für sehr, sehr dramatisch.

Wir können nur immer wieder auffordern: Nehmt endlich wirklich dieses Personalentwicklungskonzept gerade im Bereich der Lehrer weg; wir brauchen sie dringend. Das, was hier momentan gemacht wird, wird auf dem Rücken der Lehrkräfte getan. Das finde nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Frau Hohmann, dass die Unterrichtsversorgung an den Schulen a) hervorragend ist, behauptet niemand. Sie ist b) aber auch sehr unterschiedlich. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: In dem Bereich, in dem ich zuständig bin - das hat gerade im Bereich der Lehrerbildung dann auch mit Kolleginnen aus Ihrer Fraktion in den Bildungsausschuss hineingewirkt -, haben wir es hingekriegt, einen Antrag zur Gestaltung der Lehramtsausbildung gut zu formulieren, der auch Spielraum belässt, um zukünftigen Entwicklungen Raum zu geben.

Die Umstellung und das Prüfen, inwieweit Kapazitäten in den Studiengängen für das Lehramt jenseits der gewählten Schulform genutzt werden können, ist da ein Schritt. Das ist alles richtig. Da sind wir sogar bei Ihnen. Es nützt aber alles nichts, wenn diejenigen, die anfangen, einen Lehramtsstudiengang zu studieren, klipp und klar sagen: Ich will nur an ein Gymnasium.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch in den anderen Stufen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, dass es Leute gibt, die sagen, jawohl, ich will in die Sekundarschule gehen. Die Sekundarschullehrer retten uns nämlich - ganz ehrlich gesagt - den Hintern.

(Zustimmung bei der SPD)

An der Stelle passiert zu wenig. Da kann man nicht nur danach rufen, dass es mehr Lehrerstellen insgesamt braucht, sondern man muss auch dafür sorgen, dass es genügend Leute gibt, die man einstellen könnte, wenn sie denn fertig ausgebildet sind. Da sind wir alle zusammen noch ganz am Beginn des Weges. Da wäre ich froh, wenn den nicht nur einzelne Fraktionen gehen, sondern vielleicht alle gemeinsam.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Frau Dr. Pähle, Frau Professor Dalbert möchte Sie noch etwas fragen.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Meine Zeit läuft weiter.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Lassen Sie die Zeit laufen. - Bitte, Frau Professor Dalbert.

**Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Frau Dr. Pähle, ich habe zwei Fragen an Sie. Fangen wir mit Ihrer letzten Einlassung an. Wir haben im Ausschuss darüber debattiert, ob es nicht sinnvoll wäre, die Ausbildung nach den didaktischen und entwicklungspsychologischen Belangen zu strukturieren, also Primarstufen- und Sekundarstufenlehrer, unabhängig von der Schulform. Das ist von CDU und SPD abgelehnt worden.

Wir wissen, dass die Berufswahl oder die Studienwahl etwas damit zu tun hat, dass die Leute eine Neigung haben, die Schule zu wählen, die sie kennen. Die Abiturienten kennen die Sekundarschule gar nicht. Insofern ist das auch ein Grund, außer dass es auch vernünftig wäre, vom Inhalt her zu sagen, wir machen Stufenlehrer. Das ist von CDU und SPD abgelehnt worden. Das wäre ja ein wichtiger Schritt, um genau das Problem, das Sie ansprechen, zu lösen.

Insofern finde ich das jetzt einen schwierigen Punkt, dass Sie einen Vorschlag ablehnen, der zu diesem Problem eine gute Lösung wäre. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Ich würde gern von Ihnen wissen, ob Sie denn 700 Studienplätze für Lehramtsstudierende in der Zukunft für ausreichend erachten.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Zu dem ersten Punkt, Frau Dalbert. In dem Beschluss „Lehramtsausbildung zukunftsfähig gestalten“ haben wir ein Bekenntnis zur klassischen Ausbildung mit der Möglichkeit und dem Überprüfen, die Umstellung auf diese Stufenlehrer vorzubereiten und auszuüben. Ja, diese Formulierung ist ein Kompromiss; das ist so. Darüber wird man erneut diskutieren müssen.

Aber - das sage ich auch -: Auch die Umstellung weg von der klassischen Lehramtsausbildung in den verschiedenen Bereichen so, wie sie jetzt ist, auf den Stufenlehrer wird man nicht von heute auf morgen hinkriegen; da gibt es verschiedene Sachen, die man bedenken muss, die man auch rechtlich klären muss. Darüber wird man dann diskutieren müssen. Ich persönlich wäre gern bereit, weiter darüber zu diskutieren und zu schauen, was geht und was nicht geht.

Frau Dalbert, ganz ehrlich, ob 700 Studienplätze reichen oder ob sie nicht reichen, ist, glaube ich, eher ein Glaubensbekenntnis als eine realistische Aussage; denn bei diesen Zahlen ist immer die Frage: Wie entwickeln sich die Kapazitäten in anderen Bundesländern? Kriegen wir es hin, dass nicht unsere Absolventen nach Sachsen, nach Brandenburg gehen, sondern wir Absolventen aus Brandenburg und Sachsen gewinnen können? - All diese Sachen stehen offen. Von der Warte her ist das Festhalten an einer reinen Zahl ein reines Glaubensbekenntnis und hat wenig mit der realistischen Lösung der Probleme zu tun.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben damit die Aktuelle Debatte beendet. Beschlüsse zur Sache werden nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 38 abgearbeitet. Wir begrüßen ganz herzlich auf der Besuchertribüne Damen und Herren der CDU-Ortsgruppe „Sieben Säulen“ Dessau-Roßlau. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 36**, wo wir nach § 45 der Geschäftsordnung des Landtages die Fragestunde aufrufen:

Beratung

**Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 47. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt**

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/4468**

Es liegen sechs Kleine Anfragen vor. Das Thema der **Frage 1** lautet „**Regelungen zur Beflaggung**“

**im Land Sachsen-Anhalt**“. Es beginnt die Abgeordnete Frau Tiedge. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Frau Tiedge (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Laut Landesgesetz ist das Hissen der Landesfahne mit Wappen (Dienstflagge) ausschließlich Dienststellen der Landesbehörden vorbehalten. Alle anderen Einrichtungen, Vereine, Privatpersonen etc. dürfen nur die Landesflagge (ohne Wappen) hissen. Die Kabinettsitzung vom 14. Juli 2015 beschäftigte sich laut der „Volksstimme“ vom 15. Juli 2015 mit diesem Thema. Ministerpräsident Reiner Haseloff soll das Innenministerium in Abstimmung mit allen Landtagsfraktionen beauftragt haben zu prüfen, ob eine Gesetzesänderung mit dem Ziel einer „Flaggenfreigabe“ bis zum 3. Oktober 2015 möglich ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der gegenwärtige Stand des Prüfauftrages einschließlich einer daraus resultierenden Gesetzesänderung?
2. Worin liegen die Ursachen dafür, dass bis zu dem heutigen Zeitpunkt noch keine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht wurde?

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank für die Frage. - Für die Landesregierung antwortet der Minister für Inneres und Sport Herr Stahlknecht. Bitte sehr, Herr Minister.

**Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anfrage der Abgeordneten Frau Gudrun Tiedge beantworte ich gern und wie folgt.

Wir haben seitens der Landesregierung, als wir den Wunsch des Ministerpräsidenten gehört haben, einen hochmodernen Gesetzentwurf zur Regelung des Wappenführens und all der damit verbundenen Dinge vorgelegt. Wir persönlich aus der Sicht der Landesregierung fänden es sehr gut, wenn das Landeswappen auch von jedermann genutzt werden könnte. Wir sehen keinen Missbrauch.

Wir haben diesen Regierungsentwurf den regierungstragenden Fraktionen zugeleitet. Es gibt dort eine große Mehrheit, das zu machen. Es gibt aber auch an einigen Stellen noch Abstimmungsbedarf, den ich nicht näher personifizieren will. Wenn vielleicht diese Personifizierung überzeugt werden könnte, dass das gemacht werden könnte, wären wir sofort in der Lage, das in dieses Hohe Haus einzubringen und in dieser Legislaturperiode noch zu verabschieden. Dann könnte am Wahltag jeder von uns die Fahne seines Wunsches aufhängen. - Herzlichen Dank.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Minister.

Die **Frage 2** zum Thema „**Schiffsgefäße mit geringerem Tiefgang**“ stellt die Abgeordnete Frau Professor Dalbert. Bitte schön. Ich muss lachen, weil meine Mutter den Begriff „geringen Tiefgang“ immer auf Reden mit geringem Tiefgang bezogen. Sie werden uns jetzt eine tiefgängige Frage stellen.

**Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Ich gebe mein Bestes, Herr Präsident. - Laut einer Aussage des Ministers für Landesentwicklung und Verkehr Thomas Webel vom 15. März 2015 arbeitet Sachsen-Anhalt derzeit an einem Programm zur Entwicklung und zum Einsatz von Schiffsgefäßen mit geringerem Tiefgang (Containerbarge), welches im Rahmen der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 gefördert werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie, in welcher Höhe, wird das Projekt gefördert?
2. Wann ist mit Ergebnissen des Projektes zu rechnen?

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht der Minister für Landesentwicklung und Verkehr Herr Webel. Bitte, Herr Minister.

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Professor Dalbert, wir arbeiten seit vielen Jahren daran, dass wir die Schiffe den Flüssen anpassen, und versuchen, möglichst erfolgreich zu sein.

Deshalb haben wir das Projekt - das ist die Antwort zur Frage 1 - bei der EFRE-Förderung angemeldet. Das Projekt wird rund 5 Millionen € kosten und wird auch mit rund 5 Millionen € gefördert. Es wird finanziert im Rahmen der EFRE-Förderung 2014 bis 2020.

Zur Frage 2: Mit den ersten Ergebnissen ist aus derzeitiger Sicht im Jahr 2019 zu rechnen. Dann ist die abschließende Erprobung eines Prototypen geplant. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass im Ergebnis der Erprobung des Prototyps bis zum Jahr 2023 drei Barge zum Einsatz kommen.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Minister, einen kleinen Moment, nicht gleich weglaufen. Herr Czeke hat eine Zusatzfrage.

**Herr Czeke (DIE LINKE):**

Herr Minister, vielen Dank. - Wenn mich mein Langzeitgedächtnis nicht täuscht, gab es mal ein Ex-Projekt flachgehendes Flussschiff. Denn wir haben uns damals sehr dafür interessiert, dass man die Schiffe den Flüssen anpasst. Was unterscheidet das jetzige Projekt von dem damaligen? Hat das Kind nun einen anderen Namen, um wieder Geld in die Maschine zu bringen?

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Czeke, Sie kennen ja die Finanzsituation vor einigen Jahren, wenn es um die Erprobung solcher Elbebargen gegangen ist. Uns ist es gelungen, die EU davon zu überzeugen, dass das für Sachsen-Anhalt wichtig ist und dass die EU dieses Projekt fördert.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. - Herr Hoffmann hat doch noch eine Frage. Wir hatten seine Wortmeldung missgedeutet.

**Herr Hoffmann (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, ich habe auch ein Langzeitgedächtnis und ich weiß, dass die Schiffswerft Roßlau sogar einen Prototyp gebaut hatte. Inwiefern spielt das bei der Geschichte noch eine Rolle?

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Hoffmann, wenn wir diese Maßnahme mit EU-Mitteln finanzieren, werden wir das ausschreiben müssen. Die Schiffswerft kann sich sehr gern daran beteiligen.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Das war das Thema Schiff.

Jetzt kommen wir zur **Frage 3** zum Thema „**Abriss von Mietwohnungen in Quedlinburg**“. Der Abgeordnete Herr Seppuhn hat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Herr Steppuhn (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Welterbestadt Quedlinburg beabsichtigt, in ihrem Stadtteil Quarmbeck Mietwohnungen, die der städtischen Wohnungsgesellschaft gehören, mithilfe von Fördermitteln abzureißen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es vonseiten der Stadt Quedlinburg oder der städtischen Wohnungsgesellschaft Anfra-

gen bzw. angekündigte Anträge an das Land oder den Bund, um den Abriss von Mietwohnungen im Ortsteil Quarmbeck finanziell mit Fördermitteln zu unterstützen?

2. Welche Fristen gibt es, bezogen auf die voran gegangene Frage, bei der Beantragung von Fördermitteln für den Abriss von Mietwohnungen, wenn dieser in den Jahren 2016 bis 2022 stattfinden soll?

Ich werde dazu sicherlich gleich noch Nachfragen haben. - Danke schön.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Steppuhn. - Es antwortet erneut Herr Minister Webel. Bitte schön, Herr Minister.

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrn Steppuhn wie folgt.

Zu Frage 1: Nach aktuellem Kenntnisstand des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr beabsichtigt die Stadt Quedlinburg, für ihre Wohnungsgesellschaft per 30. November 2015 für das Programmjahr 2016 die Abrissförderung für einen Teil der Mietwohnungen in Quedlinburg, Ortsteil Quarmbeck, zu beantragen.

Zu Frage 2: Die Fristen zum Antragsverfahren sind in den Städtebauförderrichtlinien, veröffentlicht im Ministerialblatt, geregelt. Danach sind die Förderanträge der Gemeinden für das Programm Stadtbau Ost, Programmteil „Abriss/Rückbau“, bis zum 30. November für das jeweils darauf folgende Programmjahr bei der Bewilligungsstelle einzureichen.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Der Kollege Steppuhn hat eine Nachfrage.

**Herr Steppuhn (SPD):**

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank. Ich habe zwei Nachfragen. Die erste Frage: Wie bewerten Sie es, dass in Zeiten zunehmender Zuwanderung und Wohnungsknappheit in Sachsen-Anhalt überhaupt noch Wohnungen unter Einsatz von Fördermitteln abgerissen werden?

Die zweite Frage: Wie gehen Sie in diesem Zusammenhang damit um, dass der Bund über die Kreditanstalt für Wiederaufbau nunmehr finanzielle Mittel in Höhe von 1 Milliarde € zur Verfügung stellt, um maroden Wohnungsbestand wieder zu ertüchtigen? - Danke schön.

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Steppuhn, wir haben immer noch die kommunale Selbstverwaltung. Die Städte haben ihre städtischen Entwicklungskonzepte, die sehr langfristig angelegt sind. Ich denke, man sollte die Kommunen selbst entscheiden lassen, wo sie Rückbau betreiben wollen oder wo sie auf Rückbau verzichten, was es auch schon in Sachsen-Anhalt gibt.

Als Zweites stellt auch der Bund den Ländern 500 Millionen € bereit, die natürlich entsprechend dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden sollen, um auch die Wohnungen für Asylbewerber oder für Flüchtlinge herzurichten. Deshalb, denke ich einmal, tangiert das Programm der KfW das Land Sachsen-Anhalt nicht. Das ist ein Programm, das die Wohnungsunternehmen ohne Genehmigung des Landes in Anspruch nehmen können.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU - Herr Steppuhn, SPD, meldet sich zu Wort)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Das wäre jetzt eigentlich eine Frage zu viel.

**Herr Steppuhn (SPD):**

Ja, nur zur Klarstellung. Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass die Mittel für dieses Programm gerade von 500 Millionen € auf 1 Milliarde € aufgestockt worden sind?

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Sie verwechseln das KfW-Programm mit den am 24. September in Berlin verabredeten 500 Millionen €, die man im Rahmen der Wohnungsbauförderung für Flüchtlingsunterkünfte und für die Erhaltung von Flüchtlingsunterkünften zur Verfügung stellen möchte.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt ist Frau Hohmann an der Reihe, wenn Sie einverstanden sind, Herr Minister. Frau Hohmann möchte Sie auch noch etwas fragen. - Bitte.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Minister, ich hätte erst einmal eine Verständnisfrage. Sie sprachen von Abriss und Rückbau. Abriss ist allen klar - abgerissen. Rückbau: Was, ganz genau, kann man darunter verstehen? - Das wäre die erste Teilfrage.

Die zweite wäre: Gibt es für die Entwicklung von Stadtteilen generell im Land Sachsen-Anhalt Förderprogramme und inwieweit werden in Ihrem Haus Beratungen vorgenommen oder Unterstützung geboten?

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Frau Hohmann, die erste Frage: Abriss ist komplett weg, Rückbau etagenweise. Sie werden es schon verfolgt haben, dass man von ehemals Sechsgeschossen zwei oder drei Etagen heruntergenommen und diese umgestaltet hat.

Die zweite Frage?

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Das war die Frage nach Förderprogrammen in Sachsen-Anhalt.

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Ja, Förderprogramme gibt es. Im Rahmen der sozialen Stadt können auch Quartiere gefördert werden. Das ist kein Problem. Das Programm Stadtumbau Ost hat mehrere Programmteile und auf diese können die Kommunen natürlich auch zurückgreifen.

Die Beratung gibt es bei uns im Ministerium, aber auch im Landesverwaltungsamt, das in unserem Auftrag die Zuwendungsbescheide für Stadtumbau-mittel herausgibt.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Danke schön.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank.

**Frage 4** stellt die Kollegin Frau Dr. Paschke zum Thema „**Bisher nicht erteilte Zuwendungsbescheide**“. Bitte schön, Frau Dr. Paschke.

**Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Derzeit führt DIE LINKE im Landkreis Stendal eine kommunale Herbsttour durch. Es werden unterschiedliche Akteure vor Ort aufgesucht, die hauptberuflich oder ehrenamtlich wichtige Aufgaben des gesellschaftlichen Lebens erfüllen.

Die meisten haben geringe Eigenmittel und sind teilweise auf kommunale Zuschüsse, Spenden sowie Landes- und Bundesmittel oder auch auf Gelder aus den EU-Fonds angewiesen. Ich nenne beispielhaft die Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt und Stalking, den Frauenhausverein, aber auch das Innovations- und Gründerzentrum BIC Altmark GmbH.

Sie alle warten derzeit, im Oktober, immer noch auf ihre Zuwendungsbescheide aus der Landesebene für das laufende Jahr 2015. Teilweise gab es Zusagen, dass spätestens bis zum Sommer die Bescheide vorliegen werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen weiteren Bereichen sind die Zuwendungsbescheide an Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger für das Jahr 2015 ebenfalls noch nicht erteilt?
2. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die Tatsache, dass erst im letzten Quartal des laufenden Jahres die für die Finanzierungssicherheit notwendigen Bescheide erteilt werden?

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank für die Fragen. - Für die Landesregierung antwortet der Minister für Arbeit und Soziales Herr Bischoff. Bitte schön, Herr Minister.

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantworte die Fragen 1 und 2 der Abgeordneten Frau Dr. Paschke für die Landesregierung wie folgt.

Im Ergebnis einer Abfrage unter allen Ressorts, die Fördermittel vergeben - das war ja in der zweiten Frage gefordert; in den wenigen Tagen, die jetzt zur Verfügung standen -, kann ich Ihnen mitteilen, dass es neben den von Ihnen beispielhaft aufgeführten Zuwendungsempfängern noch diverse andere Bereiche gibt, an die aus ganz unterschiedlichen Gründen noch keine Zuwendungsbescheide ausgereicht werden konnten. Deshalb kann und möchte ich hier nur kurz auf einige konkrete Fälle eingehen.

Was die von Ihnen aufgeführte Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking und den Frauenhausverein in Stendal angeht, freut es Sie sicher zu hören, dass diese Bescheide sowie auch der an die Beratungsstelle für Opfer sexualisierter Gewalt in Stendal am vergangenen Freitag per Post versandt wurden.

(Zustimmung von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

Hinsichtlich des ebenfalls genannten Innovations- und Gründerzentrums der BIC Altmark GmbH verhält es sich nach den mir vorliegenden Informationen so, dass diese Mitte Juni 2015 einen Förderantrag bei der Investitionsbank gestellt hat, woraufhin zum 1. Juli 2015 der vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt worden ist.

Da es sich um ein EU-Förderprogramm handelt, laufen die umfangreichen administrativen Abstimmungsprozesse noch. Die endgültigen Förderbescheide werden derzeit erstellt.

Darüber hinaus verzögert sich aber auch der Beginn diverser anderer Programme, die von der EU

kofinanziert werden. Ich habe die Aufstellung für die anderen Häuser mitgebracht.

(Minister Herr Bischoff hält ein Papierkonvolut hoch)

Es wäre einfach zu viel, das aufzuzählen. Es geht zum Beispiel um Programme im Arbeitsmarktbereich. Diese Programme wurden zum Teil in der Förderperiode von 2014 bis 2020 neu aufgelegt. Aufgrund der beihilferechtlichen Vorgaben entsteht ein nicht unerheblicher Abstimmungsbedarf mit der Kommission, sodass sich diese Programme teilweise noch in der Vorbereitung befinden.

Ein wesentlicher Grund, der bei den institutionellen Förderungen vielfach zu Verzögerungen bei der Bewilligung führt, ist die notwendige Billigung der Wirtschaftspläne bzw. der Übersichten nach § 26 der Haushaltsordnung.

Das Abstimmungsverfahren zwischen den verschiedenen Akteuren - das Finanzministerium und der Landesrechnungshof sind dabei - gestaltet sich oft schwierig, insbesondere wenn wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr auftreten oder wenn es sich um eine erstmalige Förderung handelt.

Im Bereich meines Ministeriums betrifft das beispielsweise die Landesvereinigung für Gesundheit, den Kinder- und Jugendring und auch die Aids-Hilfe-Vereine.

Abschließend vielleicht noch ein Beispiel aus dem Sport. Die Mittel im Bereich der Dopingprävention konnten bisher nicht bewilligt werden, da die notwendige Verwaltungsvereinbarung der Länder erst im September abgeschlossen wurde und die Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt zur Umsetzung der Maßnahmen noch nicht beendet sind.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Minister. Frau Dr. Paschke hat eine Nachfrage und danach auch Herr Dr. Thiel.

**Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):**

Herr Bischoff, meine erste Frage ist: Können Sie das unkompliziert zur Verfügung stellen, was Ihre Recherche betraf in den Häusern?

Meine zweite Frage ist: Wenn es Zuwendungen gibt, die eigentlich jedes Jahr kommen, halten Sie es dann als Landesregierung für legitim, dass erst im letzten Quartal des laufenden Jahres die Zuwendungsbescheide ausgereicht werden?

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Zur ersten Frage - darauf habe ich gewartet -: Das stelle ich Ihnen zur Verfügung, auch wenn in den folgenden Tagen noch Rückmeldungen aus den

Häusern kommen. Das war in der Kürze nicht zu machen.

Die zweite Frage: Legitim - wenn sie den Zuwendungsbescheid irgendwann bekommen, dann ist es legitim.

**Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):**

Verantwortbar.

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Aber ob es nachvollziehbar ist - - Ich bekomme es in meinem Bereich in vielen Förderbereichen mit. Ich halte es für die Träger für schwierig. Ich bin froh gewesen - wir haben auch etliche Schwierigkeiten durch Personalengpässe beim Landesverwaltungsamt, worauf wir nur bedingt Einfluss haben -, dass viele Träger oder einige Träger - ob es viele sind, weiß ich nicht - Zwölftelabschläge bekommen. Sie bekommen die Zuwendung aber in voller Höhe. Das wissen sie auch. Manchmal war der Zuwendungsbescheid noch offen.

Ich halte das für eine Praxis, die nicht befriedigend ist. Wir sind daran, sie zu lösen, weil wir Personalstellen beantragen. Wir sind aber nicht Herr des Verfahrens im Landesverwaltungsamt, zumindest weil die größere Zahl der Stellen vom MI und vom MF bewilligt werden sollen. Also, das ist eine schwierige Situation.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Dr. Thiel.

**Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):**

Herr Minister, zwei Fragen. Die erste Frage: Die Landesregierung hat im Mai eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Meister zu dem Thema beantwortet, was die verzögerte Umsetzung der FuE-Richtlinie betrifft. Es wurde darauf verwiesen, dass es noch ein umfangreiches Prozedere in Abstimmung mit der Europäischen Union zu bewältigen gab. Mittlerweile haben wir Oktober. Hängt es möglicherweise damit zusammen, dass es aufgrund des Auszahlungstopps für das Land Sachsen-Anhalt, was die Bereitstellung von EU-Mittel betrifft, eine unverhältnismäßig lange Verzögerung gegeben hat? Würden Sie diese Auffassung teilen?

Die zweite Frage: Es hängt sicherlich nicht damit zusammen, dass wir im März des nächsten Jahres Landtagswahlen haben, sodass am Ende des Jahres noch eine Fülle von Fördermittelbescheiden zu übergeben sind.

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Ich sage einmal, zur ersten Frage hätte hier auch der Finanzminister stehen können. Wir haben uns

im Kabinett aber darauf geeinigt, dass ich sie beantworte. Er könnte sie besser beantworten. Ob es mit der Auszahlung zusammenhängt? - Das kann sein oder kann nicht sein.

Zur zweiten Frage. Die würde ich für den Bereich, den ich habe, direkt verneinen. Es ist denkbar schlecht, wenn man am Ende eines Jahres, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode mit den Trägern Krach hat, weil sie immer noch keinen Zuwendungsbescheid bekommen haben. Das ist für den Wahlkampf denkbar schlecht. Daher glaube ich eher, dass es peinlich ist, wenn man so lange warten muss, und ich glaube, jedenfalls aus meiner Sicht, dahinter ist kein wahltaktisches Agieren zu vermuten.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank.

**Frage 5** stellt jetzt der Kollege Grünert. Es geht um die **vorübergehende Erleichterung des Haushaltsausgleichs für die Kommunen in Sachsen-Anhalt**. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Herr Grünert (DIE LINKE):**

Danke, Herr Präsident. - Das Ministerium für Inneres und Sport schuf mit den Erlassen vom 20. Dezember 2012 und vom 22. November 2013 für die Jahre 2013 bis 2016 die Möglichkeit zur vorübergehenden Erleichterung des Haushaltsausgleichs.

In der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage heißt es in der Drs. 6/3703 vom 15. Dezember 2014:

„Ein Entwurf zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik, die künftig als Kommunalhaushaltsverordnung neu gefasst werden soll, wird derzeit erarbeitet. In diesen Entwurf soll die Regelung zur vorübergehenden Erleichterung des Haushaltsausgleichs durch Verrechnung von Fehlbeträgen mit der Rücklage aus der Eröffnungsbilanz bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 entsprechend den Erlassen übernommen werden. Es ist beabsichtigt, diese Verordnung nach inhaltlichen Abstimmungen im Lenkungsbeirat Doppik in der zweiten Hälfte des Jahres 2015, spätestens zum 1. Januar 2016, in Kraft treten zu lassen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe könnten eine Fortschreibung dieser Möglichkeit, gegebenenfalls auch mit modifiziertem Inhalt, über das Haushaltsjahr 2016 hinaus rechtfertigen?
2. Was kann über den Arbeitsstand zur Schaffung der angekündigten neuen Kommunalhaushaltsverordnung berichtet werden?

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. - Es antwortet der Innenminister Herr Stahlknecht. Bitte, Herr Minister.

**Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Frage des Abgeordneten Herrn Grünert wie folgt.

Der Erlass gilt bis einschließlich des Haushaltsjahres 2016 und damit in der Regel bis zum dritten Jahr nach der Eröffnungsbilanz. Danach gibt es keine Gründe, eine Verrechnung mit dem Ziel der Erleichterung der Doppik-Einführung bei der Haushaltsplanung zuzulassen. Der Lenkungsbeirat Doppik hat sich abgestimmt und beschlossen, in die neue Verordnung keine weiterführende Regelung aufzunehmen.

Zur kommunalen Haushaltsverordnung. Diese ist fertig, wird noch einmal abgestimmt und soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank. Nachfragen gibt es nicht.

Dann stellt jetzt der Kollege Hoffmann die letzte Frage, die **Frage 6**. Es geht um die **Verhandlungen zu Regionalisierungsmitteln**. Bitte, Herr Kollege.

**Herr Hoffmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Rande der gemeinsamen Beratung der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 24. September 2015 wurde eine Einigung zur künftigen Höhe, Dynamisierung und Verteilung der Regionalisierungsmittel herbeigeführt. Nach ersten Schätzungen drohen Sachsen-Anhalt Mindereinnahmen und Angebotsreduzierungen in erheblichem Ausmaß.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich welche Vertreter der Landesregierung in der oben genannten Beratung zum Punkt der Regionalisierungsmittel verhalten?
2. Welche Nachbesserungen konnten auf der Konferenz der Verkehrsminister sowie der Konferenz der Ministerpräsidenten am 8. und 9. Oktober 2015 erzielt werden?

Ich will ergänzen, wegen der Aktualität: Es gab inzwischen auch einen Vermittlungsausschuss. Es müssten also Ergebnisse vorliegen. - Ich bin einmal gespannt, wer antwortet.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Hoffmann. - Für die Landesregierung antwortet Staatsminister Herr Robra. Bitte, Herr Staatsminister.

**Herr Robra, Staatsminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich antworte, weil ich bei der Sitzung dabei war. Ich möchte mir aber erlauben, mich nicht ganz auf die Fragen im engeren Sinne zu beziehen, weil sich die Dinge seit dem Mittwoch im Vermittlungsausschuss und heute im Bundesrat natürlich weiterentwickelt haben. Gestatten Sie mir bitte, dass ich das in meine Antwort einbeziehe.

Am 24. September 2015 gab es eine umfassende Einigung über viele Punkte, die von einer Verhandlungsdelegation ausgehandelt worden waren: 670 € pro Fall und Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens und bei Ablehnung sogar noch einen Monat darüber hinaus; 500 Millionen € Kompensationsmittel, die schon erwähnt worden sind, für den sozialen Wohnungsbau; 350 Millionen € für die unbegleiteten Minderjährigen; 0,9 Milliarden € für das Betreuungsgeld. Der Bund hat Wert darauf gelegt, in diesem Gesamtpaket auch die Regionalisierungsmittel in Höhe von 8 Milliarden € mit einer 1,8-prozentigen Steigerung einzubeziehen.

In dem Beschluss, der sich über alle diese Themen erstreckte, heißt es für die Länderseite, dass die Verteilung nach dem Vorschlag der Länder - Klammerzusatz: Kieler Schlüssel - erfolgt.

Die Länder gingen mehrheitlich davon aus, dass das, was zwingende Grundlage des Kieler Schlüssels ist, nämlich die jährliche 1,25-prozentige Mindeststeigerung der in absoluten Zahlen zur Verfügung stehenden Mittel, die sogenannte Sperrklinke - ich sage auch gern „das Sicherheitsnetz“ -, dazu gehört. Später stellte sich heraus, dass es einzelne Länder gab, die das anders sahen und einen Kieler Schlüssel zugrunde legen, der nur dann funktioniert, wenn 8,5 Milliarden € im Topf sind bei einer Steigerung von 2 %.

Inzwischen hat der Vermittlungsausschuss getagt und einen Gesetzentwurf zum Regionalisierungsgesetz verabschiedet, mit dem geregelt wird, dass der Bund die 8 Milliarden € beisteuert bei einer Steigerung von 1,8 %, also die Bundeseite wird durchgesteuert. Für die Länderseite hat sich der Bund die Ermächtigung für eine Rechtsverordnung geben lassen, die nur mit Zustimmung des Bundesrates gezogen werden kann. Dieser Punkt ist also vertagt worden.

Das Land Sachsen-Anhalt hat im Vermittlungsausschuss dieser Regelung nicht zugestimmt, weil wir den Bund bis zur abschließenden Einigung weiterhin mit im Boot behalten wollten. Sie ist aber mit den Stimmen der anderen 15 Bundesländer dann mit Mehrheit so beschlossen worden.

Genauso war es heute im Bundesrat. Der vom Vermittlungsausschuss vorgeschlagene Gesetzentwurf hat die Zustimmung von 15 Bundesländern, aber nicht die von Sachsen-Anhalt gefunden. Wir

hätten erwartet - auch im Bundesrat konsequenterweise -, dass das Gesamtpaket erst abgeräumt wird, einschließlich des Inputs, den der Bund zu erbringen hat, wenn alles geregelt ist.

Es ist auch dabei geblieben, dass die Verordnung der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Das Land Sachsen-Anhalt hat im Bundesrat eine Protokollerklärung abgegeben, der inzwischen alle neuen Länder beigetreten sind und die folgenden Wortlaut hat - ich zitiere -:

„Im Hinblick auf die mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassende Rechtsverordnung der Bundesregierung (§ 5 Abs. 4 Regionalisierungsgesetz) weisen die Länder Sachsen-Anhalt“

- und mittlerweile auch die anderen neuen Länder -

„auf die Beschlüsse der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder vom 24. September 2015 und der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. bis 17. Oktober 2014 hin, wonach zwingende Grundlage des Verteilungsschlüssels die jährliche 1,25-prozentige Mindeststeigerung der in absoluten Zahlen zur Verfügung stehenden Mittel für jedes Land ist.“

Von einer solchen Regelung würden neun Länder profitieren, während sieben Länder von dem - ich nenne es einmal umgangssprachlich so - „nackten“ Kieler Schlüssel profitieren würden. Wir gehen davon aus, dass sich auch die Länder, die sich noch nicht abschließend entschieden haben, die Einhaltung dieser sogenannten Sperrklinke einzufordern, unserer Auffassung anschließen, dass das die zwingende Grundlage eines jeden Verteilungsschlüssels, insbesondere des Kieler Schlüssels, ist, dessen wesentlicher Bestandteil diese Sperrklinke ist. Das bleibt nun abzuwarten. Die Verhandlungen gehen weiter.

Ich gehe davon aus bzw. hoffe es sehr, dass wir uns, weil das die Geschäftsgrundlage aller bisherigen Befassungen mit diesem Thema war, damit durchsetzen, dass als zwingende Grundlage die sogenannte Sperrklinke am Ende auch Gegenstand dieser Rechtsverordnung des Bundes sein wird.

Der Bund hat wiederholt erklärt, dass er keine Regelung gegen die neuen Länder zur Verteilung der Mittel auf die Länder verabschieden wird. Das werden wir in den weiteren Verhandlungen und Gesprächen mit dem Bund durchsetzen müssen.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Staatsminister, es gibt Nachfragen. - Als Erster Herr Hoffmann und danach Herr Hövelmann.

#### **Herr Hoffmann (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, ich bin ein wenig irritiert, weil man in den letzten Meldungen, die mir zugereicht worden sind, schon nicht mehr von einer Sperrklinke spricht. Habe ich Sie richtig verstanden, es schon eine Verordnung - zumindest im Entwurf - gibt, die - -

(Staatsminister Herr Robra schüttelt den Kopf)

- Gut. Also, ist das akustisch falsch angekommen.

#### **Herr Robra, Staatsminister:**

Es gibt noch keine Verordnung. Es gibt die Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung für den Bund.

#### **Herr Hoffmann (DIE LINKE):**

Okay, den Kenntnisstand habe ich auch. Dann ist das richtig.

Ist es zutreffend - - Ich gehe davon aus, dass sich auch der Thüringer Ministerpräsident der jetzigen Arbeitsrichtung verweigert hat. Er hat mit einem Brief an Frau Merkel - der ist jetzt relativ frisch - dem Protokoll dieser Beratung vom 24. September 2015 widersprochen und damit den Eindruck erweckt, dass die Beratung über das Thema Regionalisierungsmittel völlig unzureichend war und mit ihm offensichtlich nicht wirklich stattgefunden hat. Würden Sie diese Auffassung teilen?

#### **Herr Robra, Staatsminister:**

Richtig daran ist, dass das Thema Regionalisierungsmittel in der Konferenz als solches keine Rolle gespielt hat, sondern dass diese Verhandlungsdelegation, von der ich schon gesprochen habe - vier Ministerpräsidenten und der Bundesminister der Finanzen -, den Auftrag der gesamten Korona bekommen hat, diese Finanzfragen auszuverhandeln.

Aus der Sicht aller Beteiligten ging es dabei in allererster Linie um die Themen, die im Zusammenhang mit dem Anlass der Konferenz standen, nämlich: Wie finanzieren wir die Lasten, die alle Länder im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu tragen haben?

Zur allgemeinen Überraschung kamen die Herren aus der Verhandlung mit einem Gesamtergebnis zurück, das vom Bundesminister der Finanzen dahingehend begründet worden ist, dass der Bund jetzt Klarheit über die Gesamtbelastung haben wollte. Auch das Betreuungsgeld, das im engeren Sinne nichts mit den Flüchtlingen zu tun, wurde mit geregelt. Auch das war eine Forderung der Länder.

Es ist auch für uns erfreulich, dass wir die Mittel für die Betreuung nach dem Königsteiner Schlüssel

bekommen und nicht nach irgendeinem Fallschlüssel, der sich mit anderem, zum Beispiel der Frage, wie viele Zahlfälle bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in den jeweiligen Ländern gegeben hat, beschäftigt.

Es war dann offenbar die *Conditio sine qua non* des Bundes für dieses Gesamtpaket, die Regionalisierungsmittel einzubeziehen. Das war für uns alle - daraus mache ich keinen Hehl - und auch für den Thüringer Ministerpräsidenten überraschend.

Gleichwohl haben am Ende alle zugestimmt, sie konnten auch zustimmen, weil es für diejenigen, der die Zusammenhänge und die zuvor gefassten Beschlüsse kannte, zum Beispiel den aus Oktober 2014 in Potsdam, überhaupt keine Frage war, dass der Vorschlag der Länder diese zwingende Grundlage, wie er in dem Beschluss seinerzeit bewusst formuliert war, die sogenannte Sperrklinik einbezieht.

Insofern war es dann ein allseitiges Erstaunen, dass einige Länder - möglicherweise auch der Bund - davon ausgingen, den Kieler Schlüssel zugrunde zu legen, der einmal beispielhaft darauf beruhte, dass 8,5 Milliarden € und eine zweiprozentige Steigerung kommen.

An der Stelle fiel dieser Dissens, der es dann gewesen ist, allen Beteiligten auf. Seitdem ist die Lage so, dass eine ganze Reihe von Ländern, insbesondere die ostdeutschen Länder sagen - Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen müssten das ebenso sagen; denn sie profitieren davon -, dass sie sich von der zugrundeliegenden Beschlussfassung distanzieren wollen.

Das Land Sachsen-Anhalt fühlt sich dadurch verklappt; das muss ich deutlich sagen. Den anderen ostdeutschen Ländern geht es genauso. Wir haben das Gefühl, dass ein paar Finanzakrobaten versuchen, uns über den Tisch zu ziehen. Das lassen wir nicht mit uns machen. Deswegen haben wir es jetzt so gesteuert, dass wir den Fuß weiterhin in der Tür behalten, auf die Ausgestaltung der Verordnungsermächtigung durch den Bund maßgeblich Einfluss nehmen wollen und sehr zuversichtlich sind, dass wir das Schiff in den Hafen steuern werden, egal wie groß der Tiefgang dieses Schiffes sein mag.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Danke. - Herr Hövelmann, wollen wir den Kollegen Hoffmann erst noch eine Nachfrage stellen lassen?

(Herr Hövelmann, SPD: Ja!)

- Bitte, Herr Hoffmann.

#### **Herr Hoffmann (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, nur eine Wertung. Das, was Sie gerade als Vorgang

beschrieben haben, belegt die Konfusion in der Wahrnehmung, was mit diesem Thema derzeit tatsächlich passiert.

Um die Konfusion meinerseits nicht noch auf die Spitze zu treiben: Habe ich Sie richtig verstanden, dass man aufgrund der Art und Weise, wie das Thema am Rande dieser Konferenz behandelt wurde, tatsächlich bei den Ländern den Eindruck erweckt hat, man würde auf der Basis des Vorschlags der Länder aus dem Jahr 2014 verhandeln, also diese 8,5 Milliarden € einschließlich der entsprechenden Nebenregelungen? Es hörte sich jetzt so an, als ob man diesen Eindruck erweckt hätte. Denn dann hätten natürlich alle zustimmen können.

#### **Herr Robra, Staatsminister:**

Ja, so lautete der Text: nach dem Vorschlag der Länder. Damit war für uns klar: Potsdamer Beschluss der Ministerpräsidenten; zwingende Grundlage ist die 1,25-prozentige Steigerung. Dann kommt der Klammerzusatz „Kieler Schlüssel“. Dazu sagten dann ein paar ganz Schlaue - dazu gehörte bedauerlicherweise, muss ich sagen, der sonst von mir sehr hoch geschätzte derzeitige Wirtschaftsminister Reinhard Meyer aus Schleswig-Holstein; er war ja mein CdS-Kollege in Mecklenburg-Vorpommern -: Ja, aber hallo, Kieler Schlüssel ist doch nur die Rechenmatrix. Darauf sagte ich ihm: In deiner Rechenmatrix, die du jetzt als Kieler Schlüssel bezeichnest, spielt die Sperrklinik gar keine Rolle, weil bei einer Finanzausstattung von 8,5 Milliarden € und einer 2-prozentigen Steigerung diese gar nicht greift und völlig in der Luft hängt.

Diese sozusagen vor der Klammer stehende Präzisierung „Wir brauchen eine Haltelinie, wir brauchen eine Regelung, nach der kein Land unter Wasser gedrückt wird, wir brauchen eine Besitzstandswahrung“ macht überhaupt nur dann Sinn - begrifflich, logisch -, wenn die Mittelausstattung vom Bund den Hoffnungen und Erwartungen der Verkehrsminister nicht in vollem Umfang entspricht. Das ist jetzt eingetreten. Die 8 Milliarden € vom Bund und die 1,8-prozentige Steigerung sind das letzte Wort. Damit muss man leben; das ist akzeptabel. Wir alle wissen, wie das von den Bundestagsfraktionen gesehen wird, bei denen einige der Meinung sind, die Länder forderten sowieso zu viel.

Jetzt haben wir die Situation, von der man sagen muss: Jetzt greift sie. Wenn man es durchrechnet, dann sieht man, dass alle anderen Effekte, die die Verkehrsminister zugrunde gelegt haben, eintreten und dass die Länder, die bisher sehr viel bekommen haben, bis zum Jahr 2030 tendenziell weniger erhalten und die Länder, die bisher sehr wenig bekommen haben, etwas mehr erhalten.

Man sieht aber auch: Der Besitzstand wird gewahrt; denn - das habe ich mir von Thomas Webel als Verkehrsminister erklären lassen - diese Sperrklinke ist von dem Gedanken getragen, dass man nicht von jetzt auf gleich Verkehre abbestellen muss, sondern dass man den Status quo auch inhaltlich in der Ausgestaltung der Verkehre sichern kann.

Wir müssen gemeinsam - diesbezüglich wäre ich dankbar, wenn diejenigen, die gute Beziehungen nach Niedersachsen und nach Rheinland-Pfalz haben, dies unterstützen; Hessen machen wir selbst - dafür werben, damit diese Länder einsehen, dass sie von dieser Regelung, die Reinhard Meyer in Schleswig-Holstein - aus seiner Sicht nachvollziehbar - haben möchte, benachteiligt werden und dass Vertrauensschutz in solchen Fragen gelten muss. Wir erwarten, dass die Länder, die sich auf solche Regelungen verständigt haben, sie dann auch durchhalten und nicht versuchen, sich in den Busch zu schlagen, wenn es für sie einmal etwas günstigere Regelungen geben könnte.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Hövelmann, bitte.

**Herr Hövelmann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Auch wenn es den Eintritt in die Mittagspause weiter verzögert; es geht am Ende um die Klarheit der Haushalte unseres Landes in den nächsten 15 Jahren.

Ich will die Frage konkret stellen: Ist es richtig, dass selbst im günstigsten Fall, wenn diese Sperrklinke, von der Sie sprachen, gilt, dem Land Sachsen-Anhalt im Vergleich zu heute in den nächsten 15 Jahren etwa 130 Millionen € verlorengehen, ohne dass einrechnet worden wäre, dass wir in fünf, in zehn oder in 15 Jahren nicht die Preise des Jahres 2015 haben werden?

Wenn man das einrechnet - es gab die Dynamisierungsforderung seitens der Länder, weil wir auch Preissteigerungen in dem Bereich zu verzeichnen haben -, sind wir weit über diesem Betrag von 130 Millionen €, der uns ohnehin verlorengeht.

Das heißt, im günstigsten Fall droht uns dieser Verlust, und im ungünstigsten Fall, wenn es nicht so funktioniert, wie Sie es jetzt vorgetragen haben, dass der gemeinsame Konsens diese Sperrklinke ist, dann beträgt - jedenfalls nach dem, was ich gehört habe - der materielle Verlust für den Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt mehrere hundert Millionen Euro. Ist das richtig?

**Herr Robra, Staatsminister:**

Dieser Effekt träte ein im Vergleich mit der Fortschreibung der heutigen Regelung. Die Fortschrei-

bung der heutigen Regelung stand aber, wenn ich die Kompromisse der Verkehrsminister sehe, als solche nie zur Debatte, oder nur unter der Prämisse, dass der Bund seine 8,5 Milliarden € und seine 2 % einbringt. Das tut er nun aber nicht. Man darf sich so etwas wünschen; dann muss man die andere Seite eben einbeziehen. Gegenüber der Fortschreibung bedeutet das einen Verlust, aber es bedeutet keinen Nominalwertverlust.

Wir haben jetzt die neue Regelung, bei der durch die 1,25-prozentige Steigerung gegenüber dem jeweiligen Status quo sichergestellt ist, dass es kontinuierlich leicht bergauf geht. Durch die heutige Protokollerklärung der Bundesregierung im Bundesrat ist auch sichergestellt, dass die Steigerung der Trassenpreise begrenzt wird. Man wird sehen, inwieweit sie sich daran hält. Die Verkehrsminister werden sehr darauf zu achten haben, dass das auch eingehalten wird.

Damit soll insgesamt sichergestellt werden, dass durch die neue Regelung, sofern die Sperrklinke greift, die sich nicht die Ministerpräsidenten ausgedacht haben, sondern die die Verkehrsminister in einem sehr langwierigen und schwierigen Verhandlungsgeschehen ausgehandelt haben, keine Verkehre nur wegen der Neuregelung, die nach 2019 zu erwarten ist, abgestellt werden müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Damit ist die Fragestunde abgeschlossen. In der aktualisierten Fassung unseres Zeitplans steht, dass der Tagesordnungspunkt 33 um 13.50 Uhr behandelt werden soll. Wollen wir das so lassen? - Wir lassen das so. Um 13.50 Uhr fahren wir in der Tagesordnung fort. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 13.02 Uhr.

Wiederbeginn: 13.50 Uhr.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Erste Beratung

**Das Leid ehemaliger Heimkinder in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR aufarbeiten und anerkennen**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/4414**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/4475**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Lüddemann.

**Frau Lüddemann (GRÜNE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich hatte gehofft, wenigstens die Aufmerksamkeit der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker zu erreichen. Ich hoffe, dass mir das jetzt gelingen wird.

(Zuruf von der CDU: Wir sind da!)

Es sind nicht allzu viele Kollegen da, sodass es nicht allzu laut werden kann.

(Herr Borgwardt, CDU: Wir hören ganz besonders intensiv zu!)

- Darauf hoffe ich sehr. - Das Thema ist zugegebenermaßen kein die Massen bewegendes, aber ich glaube, es ist doch ein sehr wichtiges und sehr intensives Thema, bei dem es um sehr viel Leid geht, das verursacht wurde, und das durchaus ein ziemliches Problem in einem Rechtsstaat ist.

Obwohl über das Thema Heimfonds für Kinder und Jugendliche aus Behinderteneinrichtungen und Psychatrien sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene schon mehrmals diskutiert wurde, ist im Ergebnis nichts passiert. Das muss ich eingangs feststellen.

Daher halten wir Bündnisgrüne es für nötig, mit diesem Antrag direkte Forderungen an die Landesregierung zu stellen. Und dies tun wir - dies sei vorab erwähnt - nicht nur hier bei uns im Land. Wer sich im Vorfeld etwas mit unserem Antrag beschäftigt hat, dem wird aufgefallen sein, dass gleichlautende Anträge von Grünen-Fraktionen in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen bereits im September und im Oktober 2015 eingebracht wurden. Das Thema muss aus unserer Sicht auch länderübergreifend behandelt und länderübergreifend bearbeitet werden. Daher haben wir hierzu eine konzertierte Aktion gestartet. In Sachsen, an dem sich Sachsen-Anhalt oft und gern ein Beispiel nimmt, wurde dieser Antrag einstimmig beschlossen. Ich finde, das ist ein schönes Zeichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Landtage in NRW und in Bayern haben ähnliche Beschlüsse schon vor längerer Zeit gefasst.

Worum geht es uns im Detail? - Ein Heimfonds für Kinder und Jugendliche existiert bereits, genauer gesagt: für Kinder und Jugendliche, die in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe untergebracht waren und die dabei Leid, Zwang und Unrecht erfahren mussten. Bisweilen kommen die geschilderten Misshandlungen Folter gleich. Das muss man so deutlich sagen. Erschüttert habe ich Augenzeugen- und Erlebnisberichte zur Kenntnis nehmen müssen, bei denen es um körperliche Züchtigung und sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ging.

Dementsprechend wird dieser erste Fonds, werden die Entschädigungszahlungen, die daraus möglich sind, vielfach genutzt. Der Fonds bietet neben dem monetären Aspekt zumindest eine kleine symbolische Wiedergutmachung. Die Wiedergutmachung wird auch nicht in Form von Geld ausbezahlt, sondern in Form der Erstattung von Sachleistungen. Aber immerhin ist es ein bisschen Wiedergutmachung. Vor allem aber sichert es den Betroffenen öffentliche Anerkennung und eine Würdigung ihres Leides. Das spielt für diese Menschen eine große Rolle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sinnvoll dieser Heimfonds auch ist, er hat leider einen großen Haken. Darum geht es heute. Waren Betroffene als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in Psychatrien untergebracht, dann haben sie nämlich keinen Anspruch auf Entschädigung. Der bestehende Heimfonds greift nur für Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.

Aber auch in Behinderteneinrichtungen und Psychatrien fanden Misshandlungen statt. Man muss in diesem Zusammenhang über tagelange Fixierungen sprechen, über den regelmäßigen Gebrauch von Zwangsjacken, über Kopf-unter-Wasser-Drücken, über Zwangsarbeit und Zwangsmedikation. Doch Hilfe für Heimkinder, die zwischen 1949 und 1990 in der DDR in Einrichtungen der Behindertenhilfe und in der Psychiatrie Unrecht erfahren haben, gibt es de facto bis heute nicht. Ihr Leid erfährt bis heute keine öffentliche Anerkennung. Somit werden diese Menschen zum zweiten Mal zu Opfern. Sie wurden - so schlicht, so schlimm - beim ersten Fonds vergessen.

Wie schmerzhaft und bitter dieses Übersehen-Werden ist, können wir Außenstehenden wohl nur in Teilen nachempfinden. Auf der Bundesebene gibt es zahlreiche Petitionen dazu. Wir haben uns auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit einigen davon befasst. Darin ist Erschütterndes zu lesen.

Diese Ungleichbehandlung muss endlich aufhören. Wir brauchen dringend einen zweiten Fonds. Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen: Eine Debatte darüber, ob ein Fonds generell eine gute Lösung ist, ist aus meiner an dieser Stelle nicht angebracht. Wir haben diese Debatte in dem erwähnten Ausschuss geführt. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat zu dieser Frage nach meiner Kenntnis auch in ihrer letzten Sitzung noch einmal generell debattiert.

Aber der Status quo ist real. Es gibt den Heimkinderfonds - so heißt er abgekürzt - nun einmal, und es gibt eine Gruppe von Betroffenen, die schlicht und ergreifend ausgeschlossen ist. Es braucht Lösungen für diese Gruppe. Die Frage, Fonds oder

nicht Fonds, ist aus meiner Sicht bereits entschieden. Mit dem Heimkinderfonds sind Fakten geschaffen worden. Wir können den Ausgeschlossenen jetzt doch nicht einfach sagen: Na ja, im Nachhinein können wir gar nicht so genau sagen, ob das überhaupt eine gute Idee war; deshalb lassen wir es jetzt für euch bleiben.

Die bisherige politische Zurückhaltung, die die Landesregierung an den Tag gelegt hat, kann ich an dieser Stelle sogar ein Stück weit nachvollziehen. Die Kalkulationen für den ersten Fonds waren - man kann es so sagen - suboptimal. Der finanzielle Nachsteuerungsbedarf ist entsprechend groß. Es geht bundesweit um einen dreistelligen Millionenbetrag.

Das ist für Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitiker sicherlich schwer auszuhalten, aber ich glaube, diese Kalkulationsschwierigkeiten müssen hingenommen werden, weil sich die Situation so entwickelt hat. Man muss diese Dinge politisch aushalten; denn das erlittene Unrecht wiegt so schwer, dass es an Ignoranz grenzen würde oder diese Grenze sogar überschreiten würde, wenn man diese eine Gruppe weiterhin ausschließt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist eine zeitnahe Lösung aufgrund des derzeitigen Diskussionsstandes eher unwahrscheinlich. In der 90. Sitzung der ASMK im Jahr 2013 wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Die Grundlagen für einen Fonds sollte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeiten. In der 91. Sitzung im Jahr 2014 ruderte die ASMK aber wieder zurück und ließ nun prüfen, inwieweit eine Entschädigung über die bestehenden Regelsysteme wie beispielsweise das Opferentschädigungsgesetz oder die Rentenversicherung erfolgen könne. Die Prüfung ergab: Diese Systeme greifen in den besagten Fällen nicht. Betroffene aus Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien können von dort keine Hilfe erwarten.

Daraufhin kam noch einmal ein bisschen Bewegung in die Sache. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den zuständigen Bundesministerien und den Konferenzen der Ministerien der Länder, legte am 31. August 2015 einen sogenannten Vorschlag zur Schaffung einer Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ vor. Neben grundsätzlichen begrifflichen Klärungen und Darstellungen zu den bestehenden Fonds und möglichen Formen eines neuen Fonds umfasst dieser Vorschlag auch drei Finanzierungsmodelle für einen Heimfonds-Ost.

Am 9. September 2015 gab es in Berlin eine Anhörung zu diesem Vorschlag, an der Betroffene und einschlägige Verbände teilnahmen. Alle drei vorgeschlagenen Finanzierungsoptionen scheiterten jedoch, weil mindestens ein Partner - Bund, Länder und Kirchen sind hierbei im Boot - nicht zugestimmt hat. Das Treffen endete ohne Einigung

und - das war, wie ich meine, zu erwarten - unter großer Kritik der eingeladenen Betroffenen. Der Zeitplan, den die Arbeitsgruppe avisierte, ist damit natürlich auch vom Tisch.

Ich darf aus diesem Vorschlagspapier kurz zitieren:

„Der Zeitplan ermöglicht es - eine Verständigung aller Beteiligten vorausgesetzt -, dass der Entscheidungsprozess zur Errichtung der Stiftung noch im Jahr 2015 abgeschlossen und mit der Ausführung des Vorschlags im Jahr 2016 begonnen werden kann.“

Da diese Verständigung ausblieb, ist, wie gesagt, auch dieser Zeitplan obsolet. Das Verfahren schlingert weiter und lässt die Betroffenen hilflos und resigniert zurück. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir GRÜNE so nicht hinnehmen. Ich zähle darauf, dass wir, ähnlich wie im Sächsischen Landtag, Zustimmung dafür in den anderen Fraktionen finden.

Lassen Sie uns also die Landesregierung auffordern, sich auf der Bundesebene für diesen zweiten Fonds einzusetzen und ihn finanziell zu unterstützen. Wir wollen einen Einsatz der Landesregierung für eine Fondslösung entsprechend dem bestehenden Fonds. Die nächste ASMK, die für den 18. und 19. November 2015 in Erfurt avisiert ist, böte eine gute Gelegenheit dafür. Dort sollte aus unserer Sicht ein klarer Beschluss für einen solchen Fonds gefasst werden.

Neben einer monetären Entschädigung braucht es aber auch die Aufarbeitung des Unrechts, das in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR stattgefunden hat. Daher wollen wir die Landesregierung des Weiteren auffordern, zusammen mit den anderen Ostländern eine Studie in Auftrag zu geben, eine Studie, die das System der Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in der DDR und die dortige Unterbringungspraxis aufarbeitet.

Dafür wären zumindest eine Sichtung bestehender Archive und die Durchführung von Interviews mit Betroffenen und Beteiligten nötig. Eine solche wissenschaftlich betriebene Aufklärung des damaligen Unrechts tut not. Es bedarf im Anschluss an das Vorhaben einer öffentlichen Debatte zu den Studienergebnissen. Die Ergebnisse könnte man beispielsweise in eine Ausstellung überführen.

Auf diesem Wege erreichen wir, wenn schon keine Wiedergutmachung - eine solche ist schlicht und ergreifend unmöglich -, doch zumindest eine öffentliche Würdigung der Opfer und ein Eingestehen der damals verübten Verbrechen an Kindern und Jugendlichen. Es geht um die Gewissheit der damaligen Opfer, dass ihr Einzelschicksal in einer gesellschaftlichen Geschichtsschreibung gewürdigt wird, dass am Ende die Täterinnen und Täter eben doch als solche begriffen und ihre Taten offiziell

als Unrecht bezeichnet werden. Wir erreichen auf diese Weise, dass die biografische Selbstbeschreibung offizielles Geschichtsverständnis wird, dass ihnen die Geschichte im Nachhinein Recht gibt.

Die umfassende Aufarbeitung des damaligen Unrechts macht es auch erforderlich, trotz der inzwischen vergangenen Zeit strafrechtliche Konsequenzen zu prüfen. Zwar dürften die allermeisten Straftaten inzwischen verjährt sein, aber es ist nicht auszuschließen, dass die Todesfälle, die es unstrittig gab, durch damaliges Unrecht bedingt wurden. Das ist zweifelsfrei zu klären.

Verehrte Landesregierung, insbesondere natürlich der zuständige Minister Bischoff! Die Sächsische Staatsregierung wurde mit dem bereits erwähnten Beschluss vom 7. Oktober 2015 aufgefordert, noch vor der 92. ASMK auf die anderen Ostländer zuzugehen und die Möglichkeit einer gemeinsamen Studie zu eruieren. Ob das schon passiert ist, dazu werden Sie sicherlich etwas ausführen.

Den entsprechenden Landtagsbeschluss habe ich erwähnt. Ich hoffe sehr, dass über dieses Anliegen mit den Ostländern - unabhängig davon, was der Landtag heute beschließt - ergebnisoffen diskutiert wird. Es stünde uns allerdings gut zu Gesicht, wenn wir ähnlich wie in Sachsen eine gemeinsame Beschlussfassung hinbekämen. In diesem Sinne bitte ich um Abstimmung über unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr für die Einbringung, Kollegin Lüdde-  
mann. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bischoff. Bitte sehr.

#### **Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn der Rede grundsätzlich sagen: Der Respekt vor dem Schicksal der Betroffenen in den Einrichtungen macht es erforderlich, dass wir in dieser Frage sachlich und mit der gebotenen Würdigung darüber diskutieren, was angemessen ist und was machbar ist.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Das ist eigentlich meine größte Sorge. Ich bin trotz meiner Herkunft ein großer Skeptiker - nicht hinsichtlich der Betroffenen. Diese haben nicht nur Respekt verdient, sondern auch ein Stück weit entweder symbolische Wiedergutmachung oder adäquate Wiedergutmachung. Aber ich bin absolut dagegen - dagegen kämpfe ich zurzeit auch auf der Bundesebene -, dass den Betroffenen etwas versprochen wird, was man nicht einhalten kann.

(Zustimmung)

Solange die Finanzierung zum Beispiel eines Fonds nicht geregelt und weder hier noch im Bundestag beschlossen ist, will ich nicht jemandem etwas in Aussicht stellen, was er eventuell nicht bekommen kann. Das ist die Erfahrung aus dem Heimkinderfonds. Das halte ich für unehrlich. Deshalb habe ich große Bedenken.

Aber ich will noch etwas vorweg sagen, Frau Lüd-  
demann. Den Antrag kann ich nicht kritisieren. Ich weiß auch nicht, wie die Debatten woanders gelaufen sind. Sie sagten, es sei bisher nichts passiert, und haben selbst zitiert, dass wir seit 2013 nicht nur auf jeder Sozialministerkonferenz, sondern auf jeder Gesundheitsministerkonferenz und auf jeder Kinder- und Jugendministerkonferenz darüber gesprochen haben. Genau darüber. Sie sagen, die sind vergessen worden. - Das ist nicht so. Das ist das Nächste, was ich sagen will.

Durch den runden Tisch, bei dem es um Opfer sexueller Gewalt generell ging, kam der Heimkinderfonds. Wir haben gesagt, okay, das sehen wir ein - das war eine kurzfristige Entscheidung -, weil wir alle ein schlechtes Gewissen haben, dass wir über jene, die betroffen waren und in bestimmten Heimen in der DDR untergekommen sind, hinweggehen. Wir haben uns nicht genügend Zeit dafür gelassen zu prüfen, wie man das machen will. Als es beim Heimkinderfonds so weit war, haben wir gesehen, dass die Betroffenen nicht nachweisen konnten, wo sie untergebracht waren und was sie konkret erlebt haben. Meist waren nicht einmal Unterlagen vorhanden, in welchem Heim sie waren. Also haben wir gesagt, alle, die in einem Heim waren, haben Anspruch auf diesen Fonds. Alle, egal was sie erfahren haben.

Wer den Betroffenen-Bericht aus Erfurt gelesen hat, weiß, dass es sehr unterschiedlich war. Es gibt welche, die sehr viel Leid erfahren haben, und es gibt welche, für die war es ein Glück - sie haben das auch so beschrieben -, im Heim gewesen zu sein, weil es zu Hause katastrophal war. Einige sind auch selbst Erzieherin oder Erzieher geworden. Es ist also eine große Gemengelage. Aber wir haben die im Blick - das halte ich für richtig -, die in den Heimen leben.

Bei den Behinderten ist es mir besonders wichtig. Wer die Heime der DDR kennt, egal ob kirchliche oder nichtkirchliche, in denen Behinderte untergebracht waren - das war teilweise in Alteneinrichtungen -, weiß, das war menschenunwürdig.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der LINKEN)

Ich könnte hier zum Beispiel sagen, dass die Menschen nackt auf dem Boden lagen und Ähnliches. Sie wurden dort eher gehalten als dass man mit ihnen richtig umgegangen wäre. Aber es gab auch positive Beispiele. Bei dieser Frage bin ich sehr vorsichtig geworden.

Die westlichen Bundesländer haben es einfacher. Sie hatten ab 1975 das Opferentschädigungsgesetz. Da sind alle entschädigt worden. Für die Ostländer besteht jetzt die Frage, dass wir das gemeinsam mit den kirchlichen Einrichtungen bis 1990 aufarbeiten müssen. Da gibt es kein Opferentschädigungsgesetz. Wir wissen es nicht.

Hinzu kommt, dass wir nicht wissen, wie wir das machen sollen. Wie sollen betroffene Behinderte klarmachen, dass sie Gewalt erlebt haben? Sie haben manchmal Vormünder, sind selbst nicht in der Lage dazu oder haben ein bestimmtes Alter und Ähnliches. Wir brauchen Regelungen, die praktikabel sind.

Zum Zweiten - jetzt komme ich zu Ihrem Vorschlag -: Über die Studie reden wir bereits seit einigen Jahren. Ich könnte vielleicht beanspruchen - ich schaue einmal im Protokoll nach -, ob das meine Idee war. Ich möchte die Studie nicht machen, damit sie in die Geschichte eingeht, sondern damit sich die Betroffenen dort wiederfinden. Das finde ich als Dokumentation gar nicht so schlecht.

In den 40 Jahren DDR gab es sehr unterschiedliche Therapieformen, sehr unterschiedliches Verständnis von Therapie, was man heute nicht mehr machen würde, was heute vielleicht schon als Gewalt ausgelegt werden würde. Ich hätte gern eine Studie, die klarmacht, was zu jeder Zeit Willkür und was Gewalt war und was damals vielleicht eine anerkannte Form im Umgang war, ob Erziehung, Therapie oder Ähnliches. Davon sind wir noch weit entfernt.

Erst wenn die Studie vorliegt, würde ich gemeinsam mit den Verbänden überlegen, was im Sinne von Wiedergutmachung oder Anerkennung von Unrecht wichtig ist. Davon sind wir noch weit entfernt.

Vorletzter Punkt, Frau Lüddemann: Es geht mir wirklich nahe. Ich habe mit den Behindertenverbänden geredet. Die werden das nicht laut sagen. Sie werden überall sagen, wenn wir die Anerkennung bekommen, wollen wir sie auch haben. Fast alle haben gesagt, viel wichtiger ist das Bundesleistungsgesetz. Wenn für die Betroffenen jetzt nichts kommt, nützt es uns auch nichts, wenn ihr in der Vergangenheit schaut. Darauf lege ich mein größeres Augenmerk. Es war mit den Ministerpräsidenten und den Finanzministern im Fiskalpakt vereinbart, dass das Bundesleistungsgesetz kommt. Darauf hoffe ich noch immer. Die, die jetzt leben - die Behinderten sind in ihrer Behinderung nicht anders, wenn sie noch leben -, hätten heute einen größeren Vorteil davon, wenn es beim Bundesleistungsgesetz Entlastung gäbe, damit wir zum Beispiel auch beim Blindengeld - je nach Haushaltslage eines Landes - nichts einsparen müssen.

Der letzte Punkt ist auch ein sehr ernsthafter. Ich bin Mitglied in den Bundesgremien. Wissen wir - damit wir nicht wieder eine Gruppe von Betroffenen vergessen -, wer darauf noch Anspruch hätte, zum Beispiel von denen, die zwangsadoptiert wurden? Wissen wir, wie in der DDR in Lehrlingswohnheimen usw. umgegangen wurde? - Ich habe letztes gesagt - und ich bin überzeugt, dass die Diskussion kommt -, Kinder und Jugendliche zählen bis 26 Jahre. Wir hatten in der DDR eine Wehrpflicht bis 26 Jahre. Wissen Sie, was in den Kasernen der DDR los war? Viele von Ihnen, die dort gedient haben, wissen das. Dort waren Gewalt und Schikane an der Tagesordnung.

Wenn man etwas diskutiert, muss alles in Betracht gezogen werden. Sonst vergesse ich wieder jemanden. Das ist auch mein Petitionum. Man kann vielleicht nicht alles Unrecht wiedergutmachen, glaube ich jedenfalls. Dann lieber heute etwas Ordentliches machen. Wenn man es anpackt, muss man alle in den Blick nehmen. Mit der Studie gehe ich mit Ihnen auf jeden Fall konform. Die sollte man angehen. Bei dem anderen brauchen wir Diskussionen. Wir haben für die nächste Sozialministerkonferenz einen Vorschlag vorliegen. Ich sage ganz offen, dann werden wir wahrscheinlich wieder die Chefs der Staatskanzleien bitten.

Ich möchte eine Zusage des Landtages und des Finanzministeriums, dass im Bedarfsfall auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Sonst spielt man den Menschen etwas vor und verspricht es. Wenn man es dann nicht macht, ist es eine doppelte Bestrafung. Darin gebe ich Ihnen Recht. Dann ist das Leid, das man schon einmal erfahren hat, noch einmal bitter.

Ich bleibe an dem Thema dran. Aber ich bitte Sie, das in der ganzen Breite zu sehen. Vielleicht gehört es auch zur Aufarbeitung dazu, dass es ein Glück war, dass es die Wende gab. Vieles, was geschehen ist, eingeschränktes Leben usw., kann man nicht wiedergutmachen. Viele durften zum Beispiel nicht studieren. Die Wiedergutmachung war die Wende. Ich hoffe, wir machen es jetzt gut, damit alle Menschen eine gleichwertige Chance haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Es gibt eine Nachfrage, Herr Minister, von Frau Zoschke. - Bitte sehr.

#### **Frau Zoschke (DIE LINKE):**

Herr Minister, ich stimme mit Ihnen überein, was die Notwendigkeit dieser Studie betrifft, auch mit der von Ihnen skizzierten inhaltlichen Seite. Sie sagten aber gerade in Ihrem Beitrag, dass Sie schon sehr lange über diese Studie nachdenken.

Ich hätte gern gewusst, woran der Beginn dieser Studie scheitert, wenn die Sozialminister auch im Osten die ganze Zeit schon über solch eine Studie nachdenken.

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Darüber muss man auch offen reden, weil es Diskussionen gibt, die manchmal am Kamin laufen - erst einmal unter uns, aber nicht nur. Es scheiterte bisher daran, dass wir uns gedrückt haben - ich auch - zu sagen, lasst uns lieber auf den Grund gehen. So wie mit dem Heimkinderfonds - den kritisiere ich nicht, die Betroffenen haben Glück - können wir es nicht weitermachen. Dann geschieht genau das, was Frau Lüddemann sagte, wenn Ihr es schon einmal so gemacht habt, muss es auch weiter gelten. Das mag ich gar nicht weiterdenken. Dann kommen die anderen Gruppen, die ich eben nannte, hinzu.

Wenn man einmal etwas gemacht hat, das gut gemeint ist, es aber nicht so weitergeht, vielleicht auch, weil man es finanziell nicht schafft, muss man ein Stück zurückgehen und grundsätzlich darüber reden. Bei dieser Frage sind wir jetzt. Wir sagen, lasst uns noch einmal genauer überlegen. Eine Studie kann man auch innerhalb von zwei Jahren machen. Man muss nicht denken, dass alle, die noch einen Anspruch haben, darüber hinwegsterben.

Es ist auch noch nicht klar, wie man die Nachweise führt. Es kann ein riesiger Verwaltungsaufwand sein, wenn die Betroffenen - so ist es jetzt angedacht - selbst oder ihre Vormünder nachweisen müssen, in welcher Einrichtung sie zu welcher Zeit Gewalt erlebt haben. Das ist eine Sache, über die man noch einmal nachdenken muss, was man damit bezweckt. Das Anliegen selbst - d'accord. Wenn wir das Geld haben, sollte man es auch tun, aber lieber noch einmal einen Augenblick überlegen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Herr Minister. - Wir haben eine Fünfminutendebatte. Als erster Debattenredner spricht der Abgeordnete Herr Jantos für die CDU.

**Herr Jantos (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen ehemaligen Heimkindern der DDR wurde unvorstellbares Leid angetan. Sie wurden gedemütigt, erniedrigt, ausgebeutet und missbraucht. Noch heute haben zahlreiche Opfer unter den Folgen zu leiden. Das strenge Erziehungssystem der DDR sperrte nichtangepasste Kinder weg, zwang sie zur Arbeit und gefährdete so die kindgerechte Entwicklung.

Da als Folge der Euthanasie des Nationalsozialismus zahlreiche Heime für Behinderte und Psychiatrien leer standen und andere Heime überfüllt waren, wurde vielen Kindern das gleiche Schicksal zuteil. Sie wurden in Einrichtungen für Behinderte und psychisch Kranke gebracht, obwohl keine Behinderung vorlag.

Dies alles sind schreckliche Verbrechen, die uns betroffen machen. Neben diesem schweren Leid fühlen sich die Betroffenen seit Jahren zum zweiten Mal in der Opferrolle. Zwar wurde der im Zuge der erfolgten Aufarbeitung eigens eingerichtete Fonds für Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990 erst im Februar dieses Jahres aufgestockt, jedoch wurden die in Behindertenheimen und Psychiatrien untergebrachten Heimkinder als Anspruchsberechtigte nicht berücksichtigt.

Im Rahmen der 90. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2013 wurde dieses Anliegen erstmals aufgegriffen und ein entsprechender Beschluss gefasst, um dem erlittenen Unrecht und Leid abzu- helfen.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sehen ebenso das erlittene Leid der ehemaligen Heimkinder, die zu Zeiten der DDR in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien untergebracht waren, und sind uns unserer Verantwortung gegenüber diesen Menschen bewusst. Es ist daher zu begrüßen, dass sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz um dieses Anliegen kümmert. Herr Minister führte es gerade aus. So besteht Einigkeit, dass die Studie zur wissenschaftlichen Aufarbeitung unter Federführung des Bundes erarbeitet werden soll. Einigkeit besteht auch darüber, dass eine Unterstützung nur im Rahmen einer Billigkeitsleistung erfolgen kann.

Aus unserer Sicht bedarf es daher des vorliegenden Antrags einschließlich des Änderungsantrages nicht. Wir würden diesen Antrag eigentlich ablehnen. Aber in der gegenwärtigen Diskussion - ich habe gerade mit meiner Kollegin gesprochen - und unter der Sicht dessen, was der Minister gerade sagte, sind wir für eine Überweisung beider Anträge in den Ausschuss. Wir müssen uns dort wirklich tiefgründig mit dem Thema befassen; denn eines ist richtig: Es wäre vollkommen falsch, jetzt irgendwelche Erwartungen zu wecken, die niemand erfüllt. Dann würde zu dem Leid und zu dem Vergessensein dieser Menschen hinzukommen, dass sie sich auch noch vor den Kopf gestoßen und nicht beachtet fühlen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Kollege Jantos. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Frau Hohmann.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die auf Bundesebene aufgelegten Heimkinderfonds werden stark nachgefragt. Das haben wir eben gehört. Viele betroffene Menschen machen ihre Ansprüche gelten. Das ist auch gut und richtig so. Viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden mitbekommen haben, dass deshalb die Mittel für die Heimkinderfonds Ost und West im letzten und in diesem Jahr kräftig aufgestockt wurden. Es ist insgesamt eine sehr begrüßenswerte Entwicklung, dass sich Bund und Länder mit den Heimkinderfonds erlittenem Unrecht stellen und Verantwortung übernehmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus der Fachwelt mehren sich jedoch die Stimmen, auch für Kinder und Jugendliche, die in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien untergebracht waren, entsprechende Entschädigungssysteme aufzubauen. Die derzeitigen Heimkinderfonds berücksichtigen diese Zielgruppe nicht. Sie konzentrieren sich auf die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, damit komme ich zu Ihrem Antrag. Ich kann es relativ kurz machen und sagen, dass meine Fraktion Ihren Antrag unterstützen wird. Jedoch sehen wir in zwei Punkten Änderungs- bzw. Diskussionsbedarf. Auf einen der Punkte bezieht sich unser Änderungsantrag. Punkt 4 Ihres Antrages wollen wir verändern. Wir schlagen vor, die Jugend- und Familienministerkonferenz und die Gesundheitsministerkonferenz zusätzlich aufzunehmen. Dies macht aus unserer Sicht Sinn, da die Zielgruppe ehemalige Kinder und Jugendliche ausmacht und vor allem, weil es sich bei Psychiatrien um Einrichtungen des Gesundheitswesens handelt.

Unser Änderungsvorschlag ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Sozialministerkonferenz nur einmal pro Jahr tagt und mit dem Einbezug der beiden genannten Ministerkonferenzen ein zügigeres Vorankommen in der Sache wahrscheinlicher wird.

Ohne eine solche ressortübergreifende Beteiligung befürchten wir, dass die Diskussion nur im jeweiligen Fachausschuss geführt wird und alle Beteiligten dann auf den jeweils anderen verweisen. Eine Entscheidung würde so vermutlich nicht getroffen werden.

Ebenso sprechen wir uns für einen Dialog mit den Kirchen aus, die sich neben dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits für die Einrichtung eines solchen Fonds ausgesprochen haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In einem zweiten Punkt sehen wir Diskussionsbedarf, der sicherlich im Rahmen der Ausschussberatungen geklärt werden kann und deshalb nicht Teil un-

seres Änderungsantrages ist. Es geht uns um die Frage, ob die strafrechtliche Verfolgung in diesem Antrag richtig aufgehoben ist.

Einen entsprechenden Fonds einzurichten, ist die eine Seite. Die Frage der strafrechtlichen Verfolgung ist die andere Seite, nämlich grundsätzlich eine Angelegenheit der unabhängigen Justiz. Um diesen Punkt zu klären, sollten beide Anträge neben dem Ausschuss für Arbeit und Soziales auch in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung überwiesen werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Frau Kollegin Hohmann. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Späthe.

**Frau Dr. Späthe (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aufarbeitung ist ein Thema, das uns seit langer Zeit und in Bezug auf viele Sachverhalte beschäftigt. Gerade das, was in den Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen vor vielen Jahren stattgefunden hat, bedarf unbedingt der Aufarbeitung. Das sind wir denjenigen, die noch heute schwer an der Last der Erfahrungen in solchen Einrichtungen tragen, schuldig.

Anders als bei der Fondslösung für Kinder und Jugendliche aus Heimen der Erziehungshilfe gibt es für Menschen mit Behinderungen oder mit psychiatrischen Erkrankungen in entsprechenden Einrichtungen keine Hilfeleistung. Gerade bei erlittenem Leid mit zweierlei Maß zu messen, ist nicht hinnehmbar. Ich denke, in diesem Punkt sind sich alle einig.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ließ mich dennoch an einigen Stellen etwas verwundert zurück. Verwunderlich ist die Tatsache, dass die beiden ersten Punkte des Antrags, der, wie Sie erwähnten, in Mecklenburg-Vorpommern wortgleich gestellt worden war, dort noch vor der Beschlussfassung zurückgezogen wurden. Die Gründe dafür sind bekannt.

Warum haben Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diese beiden Punkte in der Version für Sachsen-Anhalt nicht gleich weggelassen? Der Antrag zielt nämlich darauf ab - ich bin etwas verwundert, dass das bis dato in der Debatte keine Rolle gespielt hat -, lediglich die Vorgänge auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aufzuarbeiten.

Gab es in der ehemaligen BRD diesbezüglich keine Vorkommnisse? Was veranlasst Sie zu einer

solch einseitigen Sicht? Was ist mit denen, die in ähnlichen Einrichtungen damals im westlichen Teil Deutschlands lebten?

In der ASMK ist man da bereits weiter. Auch schon in den Sitzungen der Jahre 2013 und 2014 haben sich die Sozialministerinnen und -minister mit den Hilfen für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. in stationären psychiatrischen Einrichtungen in Ost und West auseinandergesetzt.

Heute liegt uns bereits der Bericht der Arbeitsgruppe der Ministerkonferenzen, nämlich der ASMK, der Jugend- und Familienministerkonferenz, der Gesundheitsministerkonferenz, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesministeriums für Gesundheit, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Kirchen vor. Der Bericht datiert vom 7. und 8. Oktober 2015, also taufisch.

Der Vorschlag für ein Hilfesystem für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 für die Bundesrepublik Deutschland bzw. von 1949 bis 1990 auf dem Gebiet der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und in psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben, wurde zustimmend aufgenommen.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe beinhaltet ein Hilfesystem in der Rechtsform einer unselbständigen Stiftung des Privatrechts. Auch die wissenschaftliche Aufarbeitung, die im Antrag gefordert wird, ist dort verankert.

Bereits am 9. September 2015 hat es mit Betroffenen, Experten in eigener Sache, und Interessenvertretern eine Anhörung gegeben. Im Ergebnis steht schon fest, dass es eine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung geben wird, und zwar nicht nur für den Osten Deutschlands.

Es besteht darüber hinaus Einigkeit, dass erlittenes Unrecht und Leid nicht einfach übergangen werden kann. Wir sind es denen schuldig, die heute immer noch unter den Erfahrungen leiden. Sie brauchen sowohl eine öffentliche als auch eine individuelle Anerkennung.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Es geht darum - so formulieren es die Amtschefs -, das erlittene Unrecht und Leid aufzuarbeiten, finanziell anzuerkennen sowie daraus resultierende andauernde Belastungen abzumildern. Dem ist inhaltlich nichts hinzuzufügen.

Allerdings konnte sich die Arbeitsgruppe - auch das genannt worden - nicht auf einen einheitlichen Vorschlag zu Finanzierung einigen. Insbesondere auch unsere Regierungsvertreter - Minister Bischoff hat es formuliert - signalisieren einen hohen Diskussionsbedarf.

Dem sollten wir Rechnung tragen. Darüber sollten wir uns berichten lassen. Deshalb beantragen wir die Überweisung beider Anträge in den Sozialausschuss. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Es gibt eine Nachfrage, Frau Dr. Späthe.

**Frau Dr. Späthe (SPD):**

Nein, danke.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Nein. - Frau Zoschke, möchten Sie intervenieren? - Bitte.

**Frau Zoschke (DIE LINKE):**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Problem ist, dass ich nebenbei auch Vorsitzende des Ausschusses bin. Die Vertreterinnen der Koalitionsfraktionen haben jetzt beide unter anderem von einer tiefgründigen Beratung gesprochen.

Wir sind jetzt im Oktober. Das heißt, der Ausschuss trifft sich planmäßig noch drei Mal. Wir haben eine wahnsinnig lange Liste. Ich hätte gern von beiden gewusst, wie sie sich eine tiefgründige Bearbeitung dieser Thematik im Ausschuss vorstellen. Das ist heute von der Sache her offensichtlich nicht möglich, da beide nicht wollen.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte Frau Lüddemann das Wort. - Sie verzichtet auf einen Redebeitrag.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Die Überweisung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales ist unstrittig. Über die Überweisung in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung müssen wir abstimmen.

Wer die Anträge zur Mitberatung in den Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung überweisen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit sind der Ursprungsantrag und der Änderungsantrag in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 33.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 30** auf:

Beratung

**Waldschutz befördern - Pflanzenschutz weiterhin ermöglichen**

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/4367**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Geisthardt. Bitte sehr.

**Herr Geisthardt (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, es ist kein schlechtes Omen, dass wir diesen Antrag heute als letzten Punkt behandeln.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Die Letzten werden die Ersten sein!)

- Das steht zwar in der Bibel, aber ich hoffe, dass sich das auch in irdischen Gefilden bewahrheitet.

Wir bringen heute einen Antrag zum Waldschutz und zum Pflanzenschutz ein. Das liegt uns sehr am Herzen, weil wir uns - wir haben das mehrfach ausgeführt - zu einer nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft bekennen. Wir haben uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auch schon mehrfach für eine Beschleunigung der Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, die im Forstbereich verwendet werden sollen, ausgesprochen.

Diese Situation hat sich nach wie vor nicht entspannt. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag und nehmen darin auch die berechtigten Interessen der Waldeigentümer im Land auf. Denn wir haben sehr häufig die Frage - das geht sicherlich allen Kolleginnen und Kollegen so, die sich in diesem Bereich bewegen -, was mit unserem Wald passiert und wie die Zukunftsaussichten sind.

Denn wir haben durchaus vor dem Hintergrund des Klimawandels und der steigenden Anzahl von Tagen mit Extremwettererscheinungen im Wald eine Zunahme von Kalamitäten. Eine Kalamität ist - für diejenigen, die nicht so im Thema stehen - eine Massenerkrankung von Waldbeständen, die zu großflächigen Ausfällen führt und mit wirtschaftlichen Folgen verbunden ist.

Wir hatten innerhalb unserer Landtagsitzungen auch schon in anderer Weise darüber gesprochen, dass wir hier etwas tun müssen, dass wir den Wald erhalten und mehr wollen. Das ist ein Beitrag dazu.

Solche Kalamitäten sind entweder wetterinduziert, also äußern sich in Sturmschäden oder Schneebruch, bzw. indirekt über den Befall mit Schädlingen oder auch beides gemeinsam. Schädlinge sind etwa Nonnen, Kieferneule oder Schwammspinner. Wer einmal mitbekommen hat, wie unangenehm der Eichenprozessionsspinner sein kann, der weiß es zu schätzen, dass es Mittel gibt, um Abhilfe zu schaffen.

Solche Ereignisse haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Ich will nur darauf hinweisen,

dass in der Letzlinger Heide mittlerweile auf einer Fläche von etwa 4 000 ha - das sind etwa 10 % der Waldfläche dieses Forstamts - deutliche Fraßschäden vorhanden sind.

Das führt dazu, dass kein Austrieb der äußerlich intakten Knospen stattfindet und dass Sekundärschädlinge Fuß fassen. In diesem konkreten Fall war es ein Pilz, der eigentlich im Mittelmeerraum beheimatet ist, der sich durch die Klimaveränderungen aber mittlerweile auch bei uns eingenistet hat. In der Folge mussten 200 ha Wald geschlagen und 400 ha stark durchforstet werden.

Jeder, der ein bisschen Ahnung davon hat, kann sich vorstellen, was das heißt. Deswegen werden wir um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald nicht herum kommen. Dabei ist wichtig, dass es auf wissenschaftlicher Basis geschieht, und dass nicht irgendein Hersteller solcher Mittel auf seinen Prospekt schreibt, alles ungefährlich, alles unproblematisch.

Wir wollen uns mit diesem Thema verstärkt auseinandersetzen. Wir wollen uns auch darüber berichten lassen, was das Land bisher unternommen hat und was vonseiten der Waldbesitzer unternommen worden ist, damit wir ein klares Bild bekommen. Deshalb sollten wir auch prüfen, ob es in besonderen Fällen Unterstützungsleistungen geben kann.

Auf der Bundesebene gehen wir davon aus, dass die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln überprüft wird, weil die Verfahren mittlerweile zu lange dauern und auch zu kompliziert sind. Der Wald sollte nicht das Nachsehen haben, nur weil man sich möglicherweise nicht einigen kann.

Denn federführend ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Dieses muss das Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt herstellen und sich mit dem Julius-Kühn-Institut und mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung ins Benehmen setzen. Wer die deutsche Bürokratie kennt - wir haben heute schon mehrfach darüber gesprochen -, der weiß genau, wie lange das dauert. Dann ist der Wald leer gefressen, bevor irgendein Mittel zugelassen wird.

Problematisch ist es auch, dass die Bekämpfung von Schadinsekten über Luftfahrzeuge mittlerweile sehr stark reglementiert ist. Ich sage es ganz offen: Ich sehe Pflanzenschutzmittel im Wald eigentlich nur als Ultima Ratio an. Aber gegenwärtig haben wir Situationen, in denen wir ohne sie nicht auskommen.

Zur Situation ganz konkret. Für den Forst war bis zum Ende des vergangenen Jahres nur noch Dimilin 80 WG für die Applikation mit Luftfahrzeugen zugelassen. Danach gilt noch einmal eine Verbrauchsfrist. Das heißt, bis Mitte nächsten Jahres kann das Mittel eingesetzt werden. Aber wir haben

bis dahin keine Bestandsgefährdungsprognose. Damit ist es nicht mehr möglich, dass dieses Mittel nach dem Ablauf dieser Zeit eingesetzt werden kann.

Die anderen Mittel, „Dimilin S“ und „Karate Forst flüssig“, sind zwar formal zugelassen, aber in der Praxis ist das sehr schwierig. Wir hatten bis zu einer Einigung mit den genannten Stellen ein problematisches Zulassungsverfahren. Die Anwendungsmöglichkeiten sind eingeschränkt gewesen.

Also, ich wiederhole es: Im Kalamitätsfall sind diese Auflagen nicht zu erfüllen. Das heißt also, wir sind auf der einen Seite dafür, dass sehr hohe Standards im Zulassungsverfahren gelten. Das ist gut und richtig. Aber auf der anderen Seite führen sie halt dazu, dass bestimmte Probleme im Wald nicht gelöst werden können. Deswegen brauchen wir einen vernünftigen Ausgleich.

Das Land kann allerdings jetzt eingreifen und in Ausnahmefällen die Anwendung dieser Mittel zulassen. Das werden wir auch in Abstimmung mit unserer Forstlichen Landesanstalt tun, die uns in der Beziehung entsprechend berät.

Wir brauchen eine verstärkte Zusammenarbeit, auch mit den Produzenten solcher Mittel, und wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen; denn wir haben es mittlerweile mit einem ähnlichen Prozess wie in der Pharmazie. Es werden keine neuen Antibiotika mehr hergestellt, weil es sich angeblich nicht lohnt, weil angeblich die Bedingungen dafür nicht vorhanden sind. Hierbei ist es für die Firmen ähnlich; sie wissen nicht, ob die Mittel, die sie herstellen, letztlich in Gebrauch genommen werden können.

Ich denke, neue Herausforderungen erfordern neue Handlungsrichtlinien. Lassen Sie uns daher gemeinsam ein Zeichen für die Forst- und Holzwirtschaft im Land setzen! Sie ist ein sehr großer und wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftssystems.

Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Kollege Geisthardt für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Aeikens.

Doch zuvor können wir Damen und Herren des Bundesfreiwilligendienstes Sangerhausen bei uns begrüßen. Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

#### **Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz unserer Wälder ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen. Deshalb begrüße ich diesen Antrag der Regierungsfractionen außerordentlich.

Wir wissen, dass das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln im Wald seit Jahren auf einem außerordentlich niedrigen Niveau erfolgt. Selbst in Jahren mit Schädlingsvorkommen sind in der Regel weit weniger als 1 % der Waldfläche eines Bundeslandes betroffen.

Die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln, auch aus der Luft, beschränkt sich dabei auf Schadereignisse, die ganze Bestände bedrohen, zum Beispiel beim Eichenprozessionsspinner, der neben einem hohen Baumschädigungspotenzial auch ein hohes gesundheitsgefährdendes Potenzial besitzt.

Wenn eine akute Gefährdung des Eichenbaumbestandes und der Verlust von ganzen Eichenwäldern drohen, kann der Eichenprozessionsspinner auf der Grundlage des Pflanzenschutzrechts bekämpft werden. Ich meine, es ist vernünftig, meine Damen und Herren, dass man in solchen Fällen Pflanzenschutzmittel einsetzen darf.

(Zustimmung von Herrn Harms, CDU, und von Frau Gorr, CDU)

In diesem Jahr gab es eine erfolgreiche Koordinierung der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners und des damit verbundenen Einsatzes von Luftfahrzeugen mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales. Ich danke dem Kollegen Bischoff ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir wollen auch in Zukunft unsere Eichenwälder schützen und Gesundheitsschutz betreiben. Die Notwendigkeit von Bekämpfungsmaßnahmen bzw. eines Pflanzenschutzmitteleinsatzes im Wald ergibt sich aus der Auswertung von Kontroll- und Monitoringmaßnahmen. Diese Maßnahmen werden durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt koordiniert und durch das Landeszentrum Wald durchgeführt.

Alle Waldbesitzer werden durch das Landeszentrum Wald, insbesondere durch die Waldschutzbefauftragten der Betreuungsforstämter, über die Maßnahmen zeitnah informiert. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse und deren anschließender Auswertung wird entschieden, ob eine Bekämpfung notwendig ist.

Grundsätzlich ist eine Bekämpfung nach Pflanzenschutzrecht auch in Naturschutzgebieten möglich. Hier werden nach entsprechender Vorprüfung und Abstimmung mit den Naturschutzverbänden Pflanzenschutzmaßnahmen durchgeführt. Davon haben wir in der Vergangenheit auch schon Gebrauch machen müssen. Hierbei erfolgt aber auch eine Einzelfallprüfung unter Abwägung der Schutzgüter. Auch das ist vernünftig.

Herr Geisthardt hat bereits dargelegt, wie kompliziert die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist. Es handelt sich hierbei um ein außerordentlich aufwendiges Verfahren. Wir sollten uns - das finde ich im Antrag richtig formuliert - bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass dieses bürokratische Verfahren verschlankt wird.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Darüber hinaus werden wir im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln Maßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes sowie der Lückenindikation entwickeln, die mit den Pflanzenschutz- und Forstbehörden der Länder sowie Vertretern der Wirtschaft und Verbände gemeinsam erarbeitet werden sollten.

Wir stehen mit allen Beteiligten in engem Kontakt und in engen Abstimmungen. Allerdings muss man auch konstatieren, dass die Einflussmöglichkeiten der Pflanzenschutzbehörden sowie der Forstverwaltungen der Länder zurzeit eher begrenzt sind.

Im Rahmen eines nationalen Aktionsplanes sollen verbesserte Lösungen unter Einbeziehung der Pflanzenschutz- und Forstbehörden erarbeitet werden, auch unter Einbeziehung der Naturschutzbehörden. Wir wollen dann Lösungen im Einzelfall umsetzen. Nach meinem Eindruck ist eine Zusammenarbeit zwischen Industrie, zuständigen Landesbehörden und den Zulassungsbehörden bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bereits vielfach gegeben, aber durchaus verbesserungsfähig.

Das Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ist eindeutig durch Bundes- und EU-Recht geregelt, sollte aber auch eindeutig vereinfacht werden. Trotz der komplizierten rechtlichen Situation wird die Landesregierung das Anliegen des Landtages gern aufgreifen und sich auch weiterhin für einen effektiven und wirksamen Waldschutz zugunsten unserer Wälder einsetzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke, Herr Minister. - Es ist eine Fünfminuten-debatte vorgesehen. Als erster Debattenredner

spricht Herr Czeke für die Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr.

#### **Herr Czeke (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, jetzt hätten Sie sich fast versprochen und wollten doch Regierungsantrag sagen. Nein, er ist schon von den Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Hätten wir einen ähnlichen gestellt, ach herrje, dann wären doch gleich wieder Vokabeln gekommen wie Schaufensterantrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema ist aber sehr ernst. Deshalb wollen wir uns gern damit befassen. Allerdings, Herr Kollege Geisthardt, ein Selbstbefassungsantrag im Ausschuss hätte es auch getan.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich habe an der Veranstaltung teilgenommen, die der Waldbesitzerverband im vergangenen Jahr durchgeführt hat, und kann nur sagen: Ja, wir hatten einen ähnlichen Antrag zu den Pflanzenschutzmitteln und der Rolle in den Forsten, allerdings noch in kirchlicher Beherbergung.

Herr Minister, Sie haben eben das Monitoring selbst angesprochen. Monitoring bedeutet immer auch den Einsatz von Personal. Ich darf durchaus sagen: Diesbezüglich sind Sie wahrlich nicht gut aufgestellt. Das ist die Problematik.

Forstreviere und Personalentwicklung müssen in Einklang gebracht werden. Dabei sind die Forstaufseher, wie sie das neue Waldgesetz vorsieht, nach meiner Überzeugung zwar eine Hilfe, aber eigentlich doch nur eine Mogelpackung. Herr Dr. Aeikens, hier muss einfach mehr drin sein!

Die Situation aufgrund der noch wenigen Mittel sprach Kollege Geisthardt an. Eines läuft im April des kommenden Jahres aus, eines läuft noch bis 2018. Das bedeutet tatsächlich, dass die Industrie aufgrund der geringen Mengen, die zum Einsatz kämen, wenig Interesse zeigt, etwas Neues zu entwickeln. Würde sie das aber tun, würden sich auch die Kosten refinanzieren. Darin bin ich mir ganz sicher.

Sie sprachen es eben an: Ja, mehr eigene Forschung wäre möglich. Ob die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen tatsächlich mehr leisten kann, kann ich aus meiner Sicht nicht einschätzen. Das wäre aber durchaus eine Variante.

Der Flächenverbrauch ist in der Bundesrepublik eindeutig zu hoch. Damit kommen wir zu den Problematiken, die auch von Wichtigkeit sind: Wie

ist es mit dem CO<sub>2</sub>-Austausch? Wie ist es mit den Zielen! Wie ist es mit der Erderwärmung?

Es siedeln sich Pilze an - Kollege Geisthardt hat es angesprochen -, die eigentlich aus dem Mittelmeerraum stammen. Ich habe die Abhandlung zum Diplodia-Triebsterben und den Pilzen hier. Ich will Sie damit jetzt nicht auf die Folter spannen.

(Frau Niestädt, SPD: Ich möchte gern auf die Folter gespannt werden!)

- Wir können das gern machen. - Wichtig wäre hier, dass man sich bei Diplodia sapinea genauer anschaut, was das Synonym für das Triebsterben ist. Wenn dann tatsächlich die Kiefernbuschhornblattwespe mit den Beständen fertig ist, dann wirkt der Pilz zusätzlich in dem Absterbeprozess unterstützend.

(Unruhe bei der SPD)

Von der Diplodia sapinea gibt es noch Unterarten, so unbekannter Art, dass ich sie jetzt nicht nennen werde, weil die Stenografinnen ansonsten noch in die Lexika gehen müssten. Ich habe es aber hier; es ist auch veröffentlicht.

Das ist mit den Antibiotika für Menschen vergleichbar: Wenn es zu Resistenzen kommt und die Wirksamkeit eingeschränkt ist, ist es sehr schwierig, noch etwas Wirksams in Größenordnungen zu finden. Das ist wohl wahr.

Wenn wir einmal in den ursprünglichen Forstabschnitt bei Letzlingen schauen, dann stellen wir fest, dass ist dort eine Kombination aus mehreren Prozessen vorhanden. Dabei geht es auch um Temperaturen, Vorschädigungen und auch um Niederschläge. Ich hoffe, wir können uns im Ausschuss tiefgründig damit beschäftigen.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Das habe ich jetzt mit aufgenommen, weil der Klimawandel eines der Kernprobleme, die wir dabei haben.

Es gibt auch Aussagen des Umweltbundesamtes, die eindeutig besagen, dass aufgrund der neuen Regelung die Länder mittlerweile die Anwendung in Hoheit haben. Wenn aber eine Landesbehörde zu dem Schluss kommt, dass es nicht zu dem Totalausfall kommen wird und ein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aus der Luft mit Luftfahrzeugen - gemeint sind Hubschrauber - nicht greift, dann ist das eine Sache, die wir im Ausschuss noch einmal besprechen müssen. Dafür ist das Umweltbundesamt definitiv nicht verantwortlich.

Die Zulassung wird geregelt und genehmigt; das ist richtig. Das hat auch der Minister gesagt. Dabei sind die EU- und die Bundesebene gefragt. Aber die Anwendung, also der Einsatz, liegt in Landes

hoheit. Das müssen wir der Vollständigkeit halber den Waldbesitzern sagen.

Ich hoffe, wir werden eine Berichterstattung erhalten, die uns alle weiterbringt.

Ich empfehle meiner Fraktion, den Antrag, weil es eine Berichterstattung geben soll, passieren zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Kollege Czeke. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Barth.

#### **Herr Barth (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Czeke, für Ihre Vorlesung zum Thema der Forstschädlinge. Ich denke, das können wir an anderer Stelle noch einmal erweitern. Man lernt ja nie aus.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Immer wieder gern!)

In einem muss ich Ihnen Recht geben. Es ist tatsächlich so: Es ist kein Schaufensterantrag, weil das Thema viel zu ernst ist. Deshalb, denke ich, kann es nicht schaden, wenn wir uns damit im Ausschuss auch noch einmal befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Wälder ist eine der dringlichsten Aufgaben, um unser Klima zu schützen, die biologische Vielfalt zu erhalten, die Erholungsfunktion zu wahren und den nachwachsenden Rohstoff im Sinne der Nachhaltigkeit auch für kommende Generationen zu erhalten.

Das haben Sie bestimmt schon hundert Mal in diesem Hohen Hause gehört. Aber man kann es nicht oft genug sagen.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Aeikens und von Minister Herrn Bischoff - Herr Czeke, DIE LINKE: Das ist jetzt die Vorlesung!)

Es geht um nicht mehr oder weniger als um die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. In diesem Sinne - das möchte ich ausdrücklich betonen - ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in unseren Wäldern nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch als erforderliche Umweltschutzmaßnahme zu werten.

Wir haben es heute mit einer Vielzahl von Umwelteinflüssen zu tun, die in ihrer Summe ein gewaltiges Gefährdungspotenzial für unsere Wälder beinhalten. Länger anhaltende Trockenperioden, die Einschleppung invasiver Arten und das Auftreten von Kalamitäten stellen Gefahren dar, denen wir mit effizienten Mitteln begegnen müssen.

Ein solches effizientes Mittel ist und bleibt auf absehbare Zeit der Einsatz und die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln durch Luftfahrzeuge, sprich Hubschrauber. Aufgrund der Nebenwirkungen ist aber ein Höchstmaß an Sensibilität erforderlich. Die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln aus der Luft kann und darf auch nur das letzte Mittel sein, um bedrohte Waldbestände zu schützen.

Mit dem zweistufigen Zulassungs- und Genehmigungsverfahren nach § 18 Abs. 2 des Pflanzenschutzgesetzes wurde ein Weg gefunden, der diesem Anliegen gerecht wird.

Die für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zuständige Bundesbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, regelt die grundsätzliche Zulässigkeit bestimmter Pflanzenschutzmittel für die Applikation mit Luftfahrzeugen.

In der zweiten Stufe sind die Genehmigungsbehörden auf der Ebene der Bundesländer für die flächenbezogene Genehmigung zuständig.

Mit dieser klaren Aufgabenteilung wird sichergestellt, dass im Falle eines Auftretens von Schädlingskalamitäten zügig und sachgerecht reagiert werden kann.

Eine Grundvoraussetzung für die effektive Bekämpfung von Schädlingskapazitäten ist nach unserer Ansicht auch insbesondere die Betreuung der Besitzer kleiner Waldflächen. Deshalb legen wir viel Wert darauf, dass die Betreuung der Besitzer kleiner Waldflächen durch das Landeszentrum Wald auch zukünftig gesichert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Insbesondere die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes rechtfertigen es, dass Steuergelder verwendet werden, um den ganzheitlichen Schutz unserer Wälder zu gewährleisten.

Ein Problem, welches insbesondere auch einer langfristigen Lösung bedarf, ist die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für unsere Wälder. Von meinen Vorrednern ist dies bereits mehrfach angesprochen worden. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die an der Zulassung beteiligten Bundesbehörden mit den Ländern sowie den Herstellerfirmen eng zusammenarbeiten. Wichtig ist, dass wirksame und zugleich umweltschonende Pflanzenschutzmittel erhalten bleiben und neue entwickelt werden. Dies darf nicht an den Entwicklungskosten oder Aufwendungen für die Zulassung scheitern.

In diesem Sinne ist es wichtig, dafür einzutreten, dass auch in Zukunft die notwendigen Maßnahmen zum Schutz unserer Wälder ergriffen werden.

Im Namen der SPD-Fraktion bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Herr Kollege Barth. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Professor Dr. Dalbert.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Waldschutz befördern, das wollen auch wir. Aber es muss klar sein: Wir wollen möglichst wenig Pflanzenschutzmittel im Wald.

Schauen wir uns den Antrag an. Punkt 1. Es ist sicherlich eine gute Sache, dass die Landesregierung über das Gefährdungspotenzial und die Schwerpunkte von Kalamitäten im Wald berichtet. Dazu braucht es aber keinen Antrag; eine Selbstbefassung zu diesem Thema hätte ausgereicht.

Auch Punkt 2 finde ich nachvollziehbar. Wir haben in Sachsen-Anhalt mehr als 50 000 Waldbesitzer; viele sind Besitzer sehr kleiner Waldflächen. Es ist gut, dass wir der Verantwortung nachkommen, diese Waldbesitzer zu beraten.

Ich denke, der Kern Ihres Antrages ist Punkt 3 Buchstabe a bis c. Ich finde es nicht nachvollziehbar, was Sie hierin beantragen.

Ich muss auch sagen: Die Debatte, die wir bisher geführt haben, war - bis auf die wissenschaftlichen Beiträge des Kollegen Czeke - ein bisschen absurd. Denn niemand im Hohen Haus will Pflanzenschutzmittel im Wald verbieten. Das ist auch nicht Gegenstand dieses Antrages.

Was ist der Gegenstand Ihres Antrages? - Unter Punkt 3 Buchstabe a formulieren Sie, dass Sie das Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln beschleunigen wollen.

Warum wollen Sie es beschleunigen? - Zum einen ist es technisch nicht richtig, dass wir das können; auch die Bundesebene kann das nicht. Das wird durch eine EU-Verordnung gesteuert.

Das Verfahren der Zulassung neuer Mittel dauert relativ genau ein Jahr. Ich denke, ein Jahr, um ein neues Pflanzenschutzmittel zuzulassen, ist kein zu langer Zeitraum. Denn es geht auch darum, zu prüfen, welche Auswirkungen ein Pflanzenschutzmittel auf Nichtzielorganismen hat. Insofern sind weder wir als Land noch wir als Bund zuständig. Die europäische Ebene ist dafür zuständig. Ein Jahr ist ein völlig angemessener Zeitraum.

Unter Punkt 3 Buchstabe c Ihres Antrages möchten Sie eine engere Verschränkung der zulassenden Bundesbehörden, der für den Waldschutz zu-

ständigen Landesbehörden und der Herstellerfirmen.

Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Nein, das wollen wir nicht. Denn es ist ein Wert, dass auf der einen Seite die Herstellerfirma, die ihr Produkt herstellt, und auf der anderen Seite eine unabhängige Zulassungsbehörde steht. An dieser Stelle wollen wir überhaupt keine engere Verschränkung. Es ist gut, dass sie nicht verschränkt sind. Miteinander reden können sie. Das werden sie auch weiterhin tun. Aber warum soll die Kooperation mehr verschränkt werden? - Hierfür haben Sie kein Argument vorgebracht. Das lehnen wir ab. Verflechtungen darf es an dieser Stelle nicht geben.

In Punkt 3 Buchstabe b sprechen Sie von langfristigen Ausnahmegenehmigungen, um zeitnah, effizient und umweltschonend Schädlinge aus der Luft bekämpfen zu können. Sie wissen doch, dass das ein völlig überflüssiger Punkt ist. Denn auch heute werden bereits Ausnahmen für nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel genehmigt. Das ist doch alles möglich. In den Fällen, in denen es notwendig ist, wird das genehmigt. Diese Ausnahmen sind bereits möglich.

Sie suggerieren, dass bei den genehmigten Pflanzenschutzmitteln die Zulassungsbehörden zu langsam arbeiten würden. Auch das ist nicht der Fall. Uns ist kein Fall bekannt, in dem das Umweltbundesamt eine Genehmigung versagt hat. Bei dem Schadensfall in Brandenburg hat das UBA beispielsweise innerhalb von einem Tag den Einsatz von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln genehmigt. Daher frage ich mich, was der Sinn dieses Antrages ist.

Wenn man böse ist, könnte man den Eindruck gewinnen, Sie wollten sozusagen den Giftschränk der Waldbesitzer auffüllen. Dazu sage ich Ihnen klar: Es braucht Pflanzenschutzmittel im Wald. Dagegen hat auch niemand etwas. Es gibt gezielte Zulassungsverfahren. Es gibt Ausnahmeverfahren. All dies haben wir schon. Ich denke, wir haben in diesem Bereich eine gute Ordnung.

Im Bereich der Prävention können wir uns natürlich verstärken. Welche Form der Waldwirtschaft ist gut für eine Prävention von Schädlingsbefall? Welche anderen Mittel der nicht-giftigen Bekämpfung von Schädlingen, beispielsweise Fallen, gibt es in diesem Feld?

All das sind Aufgaben, die vor uns liegen. Aber Ihren Antrag lehnen wir ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Kollegin Dalbert. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Geisthardt das Wort.

**Herr Geisthardt (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Czeke, wir haben uns selbstverständlich darüber Gedanken gemacht, ob wir einen Selbstbefassungsantrag stellen oder nicht. Aber ich denke, es ist angesichts der Wichtigkeit des Themas angemessen, dass wir das Plenum einbeziehen. Die Diskussion zeigt, dass dies richtig war.

Frau Kollegin Dalbert, ich habe gesagt, Pflanzenschutzmittel im Wald halte ich für die Ultima Ratio. Wenn es andere Möglichkeit gibt, dann würde ich gern darauf verzichten. Aber offensichtlich können wir das nicht in jedem Fall.

So viel zum Schluss: Ich habe dem Wald einen Satz von Goethe in den Mund gelegt:

„Der Worte sind genug gewechselt. Lasst mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechselt, kann etwas Nützliches geschehn.“

- Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Herr Kollege Geisthardt, es gibt eine Nachfrage von Frau Frederking.

(Zuruf von der CDU)

**Herr Geisthardt (CDU):**

Ein Goethe-Kolleg werden wir heute nicht machen.

**Frau Frederking (GRÜNE):**

Herr Geisthardt, Sie haben die Fragen, die Frau Dalbert in ihrem Redebeitrag aufgeworfen hat, noch nicht beantwortet.

Die Zulassung ist geregelt, die Genehmigung ist geregelt und die Ausnahmen sind geregelt. Deshalb stellt sich die Frage: Welche neue Qualität hat Ihr Antrag? - Wir können nicht verstehen, inwieweit der Inhalt Ihres Antrages den Waldschutz befördern sollte.

**Herr Geisthardt (CDU):**

Sehr verehrte Frau Kollegin Frederking, ich glaube nicht, dass mir die Frau Präsidentin jetzt die Möglichkeit gibt, vielleicht 20 Minuten ein wissenschaftliches Kolleg zu halten. Lassen Sie uns das im Ausschuss machen; denn dort gehört es hin und dort ist die fachliche Expertise dabei. Dann können wir die Fragen, die heute aufgeworfen worden sind, auch fachlich richtig beantworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Damit ist die Debatte beendet. - Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 6/4367 ein. Der Natur nach ist über diesen Antrag direkt abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 30 ist erledigt.

Wir sind am Ende der 99. Sitzung des Landtages angelangt. Ich berufe die 48. Sitzungsperiode für den 12. und 13. November 2015 ein. Ich wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende.

Schluss der Sitzung: 15 Uhr.

